

Döhrn, Roland et al.

Article

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: In schwierigem Fahrwasser

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Döhrn, Roland et al. (2016) : Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: In schwierigem Fahrwasser, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, Vol. 67, Iss. 1, pp. 37-110

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/145325>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt,
Martin Micheli, Svetlana Rujin und Lina Zwick

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: In schwierigerem Fahrwasser¹

Kurzfassung

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland setzte sich bis Ende des Jahres 2015 fort, wenn auch mit etwas abnehmendem Tempo. Treibende Kraft blieb die Inlandsnachfrage, während der Außenhandel per saldo den Anstieg des BIP dämpfte. Infolgedessen ist die Entwicklung zweigeteilt: Für die Industrie deuten die Indikatoren auf ein alles in allem verhaltenes Wachstum hin, während die Dienstleistungssektoren wohl weiterhin kräftig zulegen. Daran dürfte sich im Prognosezeitraum wenig ändern.

Für 2016 erwarten wir eine Zunahme des BIP um 1,4%. Es erhöht sich damit in einem Maße, das in etwa der Zunahme des Produktionspotenzials entspricht. Getragen wird die Expansion voraussichtlich allein von der Inlandsnachfrage, während der Wachstumsbeitrag des Außenhandels wohl negativ bleibt, weil die Einfuhren bedeutend stärker zunehmen als die Ausfuhren. Angesichts der ungünstigen Perspektiven auf den Auslandsmärkten dürften die Unternehmensinvestitionen eher moderat zunehmen. Kräftig expandieren hingegen die privaten Konsumausgaben, die Wohnungsbauinvestitionen und der Staatsverbrauch. Eine Ursache sind die durch die Flüchtlingsmigration induzierten Transfers, die Konsumausgaben des Staates und die Aktivitäten zur Verbesserung des Wohnungsangebots; eine andere Ursache ist die Zinspolitik der EZB. Die geringen Kapitalmarktrennten erhöhen die Attraktivität von Investitionen in Immobilien und Käufen langlebiger Konsumgüter. Stimulierend wirken zudem die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik und die in diesem Jahr ungewöhnlich kräftige Anhebung der Altersrenten.

Im kommenden Jahr dürfte die Expansion an Kraft gewinnen, da die dämpfenden Effekte seitens der Außenwirtschaft wegfallen. Zusätzliche staatliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau und Sonderabschreibungen lassen lebhaftere Wohnungsbauinvestitionen erwarten. Zugleich dürften die Realeinkommenswirkungen der gesunkenen Ölpreise auslaufen und die durch die Migration bedingten Konsumausgaben des Staates

¹ Abgeschlossen am 15.3.2016. Wir danken Fritz Flothkötter für die Mitarbeit. Kritische Hinweise zu früheren Fassungen des Berichts gaben Katharina Fischer, Christoph M. Schmidt, Torsten Schmidt und Sabine Weiler. Für die technische Unterstützung danken wir Waltraud Lutze und Gabi Pomorin.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2015 bis 2017

	2015	2016 ^P	2017 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	1,7	1,4	1,6
Erwerbstätige ² , in 1000	43 032	43 475	43 800
Arbeitslose ³ , in 1000	2 795	2 760	2 910
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	6,4	6,3	6,5
Verbraucherpreise, Veränderung in %	0,2	0,4	1,5
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	1,8	2,1	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Mrd. €	19,4	4	8
in % des BIP	0,6	0,1	0,2
Leistungsbilanzsaldo ⁷			
in Mrd. €	257,0	255	258
in % des BIP	8,5	8,2	8,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

wohl geringer werden. Daher wird die Inländische Verwendung etwas schwächer, im längerfristigen Vergleich aber immer noch kräftig steigen. Die Zunahme des BIP schätzen wir vor diesem Hintergrund auf 1,6% im Jahresdurchschnitt.

Augenblicklich wird die Teuerung wesentlich durch den Rückgang des Rohölpreises bestimmt, er wird im Prognosezeitraum an Wirkung verlieren. Angesichts der erwarteten kräftigen Steigerungen der Inlandsnachfrage wird sich der inländisch determinierte Preisanstieg voraussichtlich etwas beschleunigen. Alles in allem erwarten wir eine Inflationsrate von 0,4% in diesem und von 1,5% im kommenden Jahr.

Die Beschäftigung dürfte im Prognosezeitraum weiter steigen, auch weil die Expansion vom personalintensiveren Dienstleistungssektor getragen wird. Da aber die nach Deutschland gekommenen Asylbewerber in zunehmendem Maße auf den Arbeitsmarkt treten, und deren Beschäftigungschancen gering sind, zeichnet sich für den Verlauf des Prognosezeitraums eine Zunahme der Arbeitslosigkeit ab; die Arbeitslosenquote dürfte 6,3% in diesem und 6,5% im kommenden Jahr betragen.

Angesichts der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der staatlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration dürfte der Budgetüberschuss des

Staates von 19 Mrd. € im Vorjahr auf knapp 4 Mrd. € in diesem Jahr sinken. Für 2017 ist zwar mit weiteren Haushaltsbelastungen aus der Flüchtlingsmigration und einer expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik zu rechnen, der Überschuss dürfte aber auf 8 Mrd. € zunehmen, weil Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen im Höhe von 3,8 Mrd. € zu Buche schlagen.

Allerdings bewegt sich die deutsche Wirtschaft in einem schwierigen Fahrwasser. Risiken resultieren vor allem aus dem internationalen Umfeld. Die Dynamik des Welthandels hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verlangsamt, und aufgrund der Flüchtlingsmigration wurden in der EU wieder Personenkontrollen an den Grenzen eingeführt. Sollten sich diese Tendenzen fortsetzen, wäre das „Geschäftsmodell“ einer offenen, auf einen intensiven internationalen Warenaustausch ausgerichteten Volkswirtschaft gefährdet. Die Folge wären strukturelle Anpassungsprozesse, die einen Teil des deutschen Kapitalstocks entwerten würden und mit einem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden wären.

Summary

The economic upswing in Germany continued – at decelerating rates – until the end of 2015. Domestic demand remained the main driver of economic growth, while external trade negatively affected the rise of GDP. Indicators suggest that industrial production will only moderately expand, however services sectors are likely to keep growing strongly over the forecast horizon.

For 2016 we expect GDP to grow by 1.4 percent, which roughly equals the rise of potential output. Domestic demand will be the driving force of economic expansion, while contribution to growth by external trade is likely to remain negative, because imports increase faster than exports. Due to unfavourable conditions on foreign markets corporate investments are expected to expand only moderately. Private consumption, investments in residential construction and public consumption will however rise strongly because of social benefits resulting from refugee migration, government expenditures and measures to enhance housing supply. In addition, the policy of the ECB contributes to favourable financing conditions which stimulate investment in real estate and the purchase of durable consumer goods. Further, fiscal policy is expansionary and the increase of pensions will be extraordinarily high this year.

In 2017 economic expansion is expected to accelerate because of a diminishing negative contribution of external trade. Investments in residential construction will further benefit from additional public funds for social housing and special depreciation rules. However, the beneficial effects of decreased oil prices on real income will fade and public consumption induced by refugee migration will decline. Thus, the increase in domestic demand will slow down. Accordingly, we expect GDP to rise by 1.6 percent next year.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Currently, inflation is mainly determined by the decrease of the price of crude oil. Over the forecast horizon this effect is likely to diminish. Due to the expected expansion of domestic demand, domestic price increases will accelerate. We expect the inflation rate to increase by 0.4 percent in 2016 and by 1.5 percent in 2017. Employment is likely to rise further over the forecast horizon. However, refugees seeking asylum in Germany will increasingly enter the labour market. Because their employment opportunities will remain low in the short run, unemployment will gradually rise. The unemployment rate will be 6.3 percent this year and 6.5 percent next year.

Due to expansionary fiscal policy and public expenditures resulting from refugee migration, the budget surplus will amount to EUR 4 bn this year, after EUR 19 bn last year. While budgets in 2017 will remain affected by refugee migration and an expansionary fiscal policy, the surplus will rise to EUR 8 bn because of revenues resulting from the auctioning of radio frequencies.

However, there are risks to the German economy, especially from the international environment. Global trade has slowed down during the recent years. Moreover, the EU has re-introduced checks on persons at Schengen borders as a result of refugee migration. If these developments continue, the concept of an open, internationally oriented economy would be jeopardized. This would result in structural adjustment processes which would devalue the German capital stock and lead to a reduction in employment.

Key Forecast Data

2015 to 2017

	2015	2016 ^f	2017 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	1.7	1.4	1.6
Employed persons ² , in 1000	43 032	43 475	43 800
Unemployed ³ , in 1000	2 795	2 760	2 910
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	6.4	6.3	6.5
Consumer prices, change in percent	0.2	0.4	1.5
Labor unit costs ⁵ , change in percent	1.8	2.1	1.8
Fiscal balance ⁶			
in EUR bn	19.4	4	8
in percent of GDP	0.6	0.1	0.2
Current account balance ⁷			
in EUR bn	257.0	255	258
in percent of GDP	8.5	8.2	8.0

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office, Deutsche Bundesbank, and the Federal Labor Office. - ¹In real terms. - ²Domestic. - ³National definition. - ⁴In % of civilian labor force. - ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. - ⁶National Accounts definition. - ⁷Balance of payments (BOP) definition. - ^fForecast.

1. Überblick

1.1 Expansionstempo verlangsamt sich

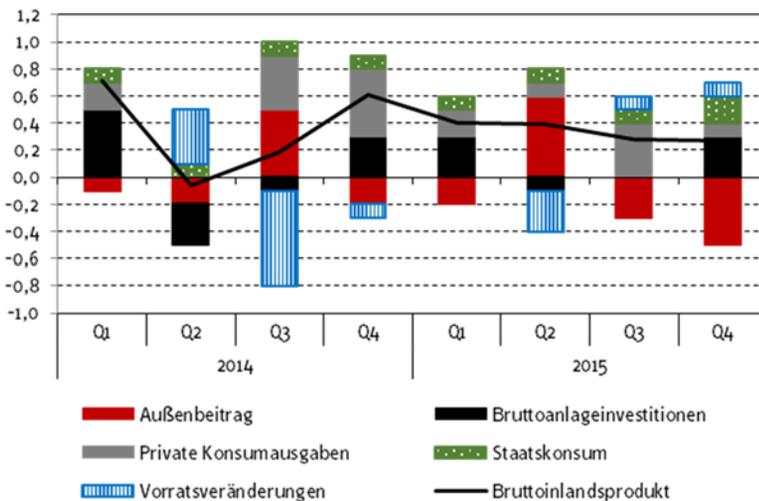
Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland setzte sich bis Ende des Jahres 2015 fort (Kasten 1). Allerdings waren die Expansionsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) leicht rückläufig. Sie lagen in der zweiten Jahreshälfte unter dem Zuwachs des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials (Barabas et al. 2016). Damit dürfte die Produktionslücke weiterhin leicht negativ sein. Treibende Kraft der Konjunktur war nach wie vor die Inlandsnachfrage, während der Außenhandel per saldo den BIP-Anstieg zuletzt dämpfte, im vierten Quartal noch etwas stärker als im dritten (Schaubild 1).

Außenhandel
dämpft
Anstieg des BIP

Die inländischen Triebkräfte der Konjunktur haben sich dabei in der zweiten Jahreshälfte verschoben: Im dritten Quartal wurden vor allem die privaten Konsumausgaben vom nochmaligen Rückgang des Rohölpreises und den dadurch induzierten Realeinkommenseffekten gestützt. Im vierten Quartal hingegen leistete insbesondere der Staatskonsum aufgrund zusätzlicher Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration einen nennenswerten Beitrag zur Expansion. Aber auch die Anlageinvestitionen stiegen nach dem Rückgang zur Jahresmitte wieder.

Schaubild 1

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts¹ 2014 bis 2015; Wachstumsbeiträge in %-Punkten



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 1

Klassifikation der Jahre 2010 bis 2015 in zyklischer Hinsicht

Eine wichtige Grundlage jeder Konjunkturprognose ist die Identifikation der aktuellen Konjunkturphase. Das RWI verwendet hierfür ein nicht-zeitreihenanalytisches Verfahren, die kanonische Diskriminanzanalyse (Heilemann und Münch 1999). Dabei wird untersucht, inwieweit sich die Quartale anhand von metrisch skalierten Variablen (sog. Klassifikatoren) zu verschiedenen Konjunkturphasen zuordnen lassen, deren Anzahl vorab festgelegt wird. Hier wird dazu ein Vier-Phasen-Schema aus Aufschwung, oberer Wendepunktphase (Boom), Abschwung und unterer Wendepunktphase (Rezession) verwendet. Ausgehend davon werden sog. Diskriminanzfunktionen geschätzt, aus denen sich wiederum für jedes Quartal ableiten lässt, welcher Konjunkturphase es mit welcher Wahrscheinlichkeit zuzuordnen ist.

Da das Klassifikationsergebnis wesentlich von der Vorgabe der Phasen abhängt, erfolgt die Zyklensklassifikation in einem iterativen Prozess. Als Ausgangssituation wird eine Phaseneinteilung vorgegeben, und aus rund 70 potenziellen Klassifikatoren werden mittels statistischer Verfahren jene ausgewählt, die eine möglichst gute Trennung der vorgegebenen Phasen liefern. Anschließend werden in der Schätzung falsch zugeordnete Quartale, die am Übergang zwischen zwei Zyklusphasen liegen, entsprechend der Schätzung zugeordnet und die Diskriminanzfunktionen neu geschätzt.

Dabei ändert sich erfahrungsgemäß sowohl die Auswahl der Klassifikatoren als auch die Zuordnung einiger Quartale zu einer Zyklusphase. Dieser Prozess wird solange wiederholt, bis eine stabile Zyklensklassifikation gefunden ist. Auf dieser Stufe findet man häufig eine große Zahl von Klassifikatoren, die ökonomisch nicht immer plausibel erscheinen. Daher wird in einem nächsten Schritt die Zahl der Klassifikatoren auf solche reduziert, die sich als robust gegenüber alternativen Phasendefinitionen erwiesen. Auf deren Grundlage wird der beschriebene iterative Prozess neu gestartet.

Ausgewählte Klassifikatoren und ihre Gruppenmittelwerte

Veränderungen in % bzw. %-Punkten

	Aufschwung	Oberer Wendepunkt	Abschwung	Unterer Wendepunkt
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,4	3,8	0,6	-0,8
Ausrüstungsinvestitionen ¹	5,6	7,7	-6,2	-7,4
Außenbeitrag ²	3,6	4,0	1,2	3,7
BIP-Deflator ¹	1,9	2,5	5,3	3,1
Abhängig Beschäftigte ¹	0,6	2,1	-0,4	-0,2
Kurzfristzins	3,6	6,5	10,4	3,7
Langfristzins, real	3,2	3,5	3,6	2,3
Steuern der Unternehmen ¹	7,7	4,8	3,3	-6,6
Produktivität je Stunde ¹	2,2	3,5	2,0	1,3

Eigene Berechnungen. - ¹Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. - ²Nominal, in % des BIP.

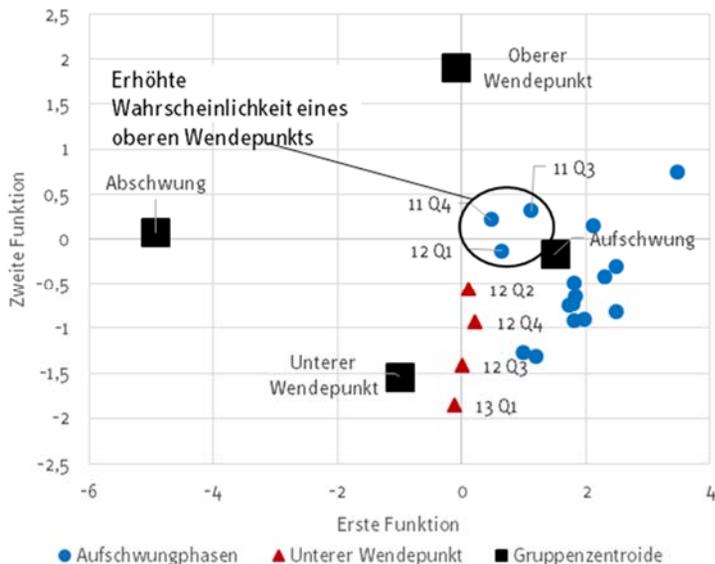
1. Überblick

Die Tabelle zeigt die aus dem iterativen Prozess resultierenden Klassifikatoren. Aufgrund der Verlängerung des Stützbereichs und der durch die Revision der VGR im Jahr 2014 geänderten Datenbasis hat sich die Auswahl gegenüber der von uns früher verwendeten Klassifikatoren verändert (Döhrn et al. 2013a: 48). Keinen Erklärungsbeitrag mehr leisten die Lohnstückkosten, dafür helfen nunmehr die Steuerzahlungen der Unternehmen und die Stundenproduktivität, die Zyklen richtig zu klassifizieren. Anhand dieser Klassifikatoren lassen sich 92,2% der Quartale zwischen 1972 und 2015 den von uns vorab spezifizierten Zyklusphasen richtig zuordnen.

Das Schaubild stellt die Klassifikation der Quartale ab 2011 dar. Da die beiden ersten Diskriminanzfunktionen gemeinsam den mit Abstand größten Erklärungsbeitrag liefern, beschränkt sich die Darstellung auf diese beiden. Die meisten Quartale – so die des Jahres 2015 – werden als Aufschwung klassifiziert. Sie befinden sich in dem Quadranten rechts des Zentroiden der unteren Wendepunktphasen und unterhalb des Zentroiden der Aufschwungphasen. Die Periode ab dem zweiten Quartal 2012 bis zum ersten Quartal 2013 wird mit Wahrscheinlichkeiten zwischen 83,4% und 99,5% als untere Wendepunktphase klassifiziert, womit die Zuordnung eindeutiger erfolgt als in früheren Rechnungen (Döhrn et al. 2013b: 47-48). Die Klassifikation ist robust sowohl gegenüber geänderten Phasenzuordnungen im Stützbereich als auch gegenüber Veränderungen des Stützbereichs.

Ergebnisse der Klassifikation für die Jahre 2011 bis 2015

Werte der ersten und der zweiten Diskriminanzfunktion



Eigene Berechnungen. - ¹Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. - ²Nominal, in % des BIP.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Ähnlich wie vor der großen Rezession 2008/09 findet das Verfahren keine Abschwungphase im Vorfeld der unteren Wendepunktphase. Auch gibt es nur schwache Hinweise auf einen oberen Wendepunkt. In der Periode vom dritten Quartal 2011 und dem ersten Quartal 2012 liegt die Wahrscheinlichkeit einer oberen Wendepunktphase zwischen 45,2% und 17,1%, ist also durchaus erhöht, aber nur im vierten Quartal 2011 ist es die Phase mit der höchsten Wahrscheinlichkeit.^a

Alles in allem weist das Klassifikationsverfahren darauf hin, dass die Konjunktur derzeit nicht durch typische Auf- und Abschwünge charakterisiert ist. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte die in historischer Perspektive untypische Zinsentwicklung sein. In der Vergangenheit ging Abschwüngen häufig eine geldpolitische Reaktion auf ein Anziehen der Teuerung voraus; im Mittelwert früherer Abschwungphasen lag der Kurzfristzins im zweistelligen Bereich. Dies war bereits im Vorfeld der Rezession 2008/09 nicht der Fall und erst recht nicht in jüngster Zeit.

Ob vor diesem Hintergrund die zweite Jahreshälfte 2012 als Rezession in die Chronologie der Konjunkturzyklen eingehen wird, sei dahingestellt. Immerhin findet die OECD bei ihrer Zyklischen Klassifikation anhand des OECD Composite Leading Indicators einen konjunkturellen Höhepunkt im Juni 2011 und einen Tiefpunkt im Februar 2013, was zu der hier vorgestellten Abgrenzung passt.^b

^aAuf Schwierigkeiten bei der Klassifikation dieser Quartale weist hin, dass hier – anders als sonst – die dritte Diskriminanzfunktion einen vergleichsweise hohen Beitrag zur Separierung der Phasen leistet. – ^bVgl. dazu <http://www.oecd.org/std/leading-indicators/oecd-composite-leading-indicators-referenceturningpointsandcomponentseries.htm>.

Für den Beginn des Jahres 2016 zeichnet sich eine anhaltende, aber nochmals gegenüber der zweiten Jahreshälfte 2015 leicht abgeschwächte Expansion ab. Dabei dürfte die Entwicklung weiterhin zweigeteilt sein:

- Für die **Industrie** deuten die realwirtschaftlichen Indikatoren auf ein alles in allem verhaltenes Wachstum hin. Zwar nahm die Industrieproduktion im Januar sehr kräftig zu. Der weiterhin schwache Auftragseingang lässt aber darauf schließen, dass diese Belebung nicht von Dauer sein wird.² Dafür spricht auch, dass sich die Erwartungen der Unternehmen zuletzt spürbar verschlechtert haben. Dazu dürften die eingetrübten Aussichten für die internationale Konjunktur und der Konflikt in der EU über den Umgang mit der Flüchtlingsmigration beigetragen haben.

² Der starke Anstieg der Industrieproduktion steht im Widerspruch zum Rückgang der Exporte im Januar, da die Industrie von exportorientierten Branchen geprägt wird. Auf Probleme bei der Saisonbereinigung könnte hinweisen, dass die mit dem Berliner Verfahren BV 4.1 bereinigte Industrieproduktion in der Grundtendenz flach verläuft. Die Zunahme im Januar ist mit 1,5% weniger als halb so hoch wie bei der mit dem Census-Verfahren bereinigten Produktion (3,2%), und sie folgt auf ein Minus in gleicher Höhe im Dezember 2015.

1. Überblick

Dies äußert sich auch darin, dass die ifo Exporterwartungen im Februar 2016 auf den niedrigsten Wert seit November 2012 gesunken sind.

i Im **Dienstleistungssektor** hingegen sind die realwirtschaftlichen wie auch die Stimmungskennzeichen deutlich besser. Der Umsatz im Einzelhandel, aber auch im Gastgewerbe blieb bis zuletzt aufwärtsgerichtet. Auch der Beschäftigungsaufbau fand überwiegend im Dienstleistungssektor statt: Von den im zweiten Halbjahr geschaffenen rund 400 000 sozialversicherungspflichtigen Stellen entstanden 340 000 im Dienstleistungssektor.³ Das Geschäftsklima im Dienstleistungssektor bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau, auch wenn es sich gegenüber der zweiten Jahreshälfte abgeschwächt hat.

Dienstleistungssektor trägt Expansion

Für die kommenden Monate lässt die weiterhin nur zögerliche Expansion der Weltwirtschaft – insbesondere in den Schwellenländern – erwarten, dass die Nachfrage aus dem Ausland schwach bleibt. Hierauf weisen auch die Auftragseingänge hin. Die Aufträge von außerhalb des Euro-Raums haben sich jüngst zwar wieder verbessert, liegen aber immer noch deutlich unter denen von vor einem Jahr. Die Aufträge aus dem Euro-Raum, die bis zum Sommer 2015 deutlich gestiegen waren und die Schwäche der Drittlandsausfuhren kompensierten, befinden sich seitdem in einer Seitwärtsbewegung (Schaubild 3).

Die schwache Auslandsnachfrage trägt wohl dazu bei, dass die Unternehmen vorsichtiger bei ihren Investitionen agieren. Die Inlandsaufträge im Investitionsgütergewerbe haben sich nach einem kräftigen Anstieg im Jahr 2014 kaum noch verbessert. Im Januar 2016 waren sie etwas schwächer als im Durchschnitt des vierten Quartals 2015.

Günstig sind hingegen die Aussichten für den Dienstleistungssektor. Zum einen stimuliert der Staat die Binnennachfrage durch seine erhöhten Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration und durch eine leicht expansiv ausgerichtete Finanzpolitik. Zum anderen stärkt der neuerliche Rückgang des Rohölpreises gegen Ende des Jahres 2015 nochmals die Kaufkraft der Konsumenten, zumal die Beschäftigung bis zuletzt aufwärts gerichtet blieb.

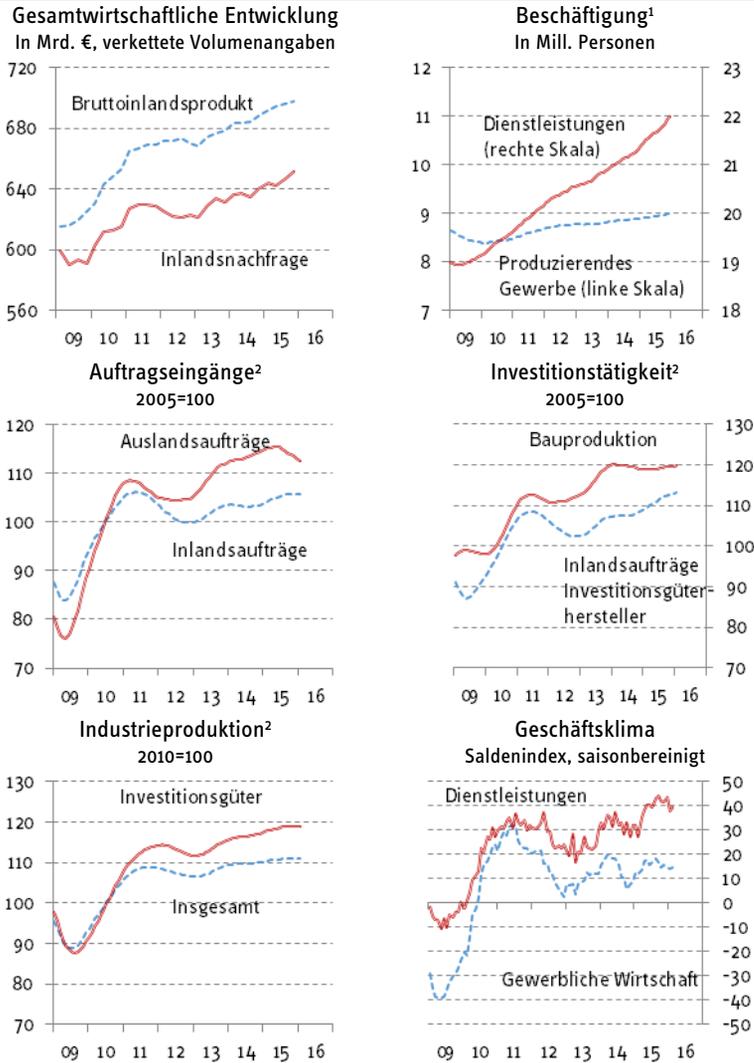
Gesunkener Rohölpreis stärkt Kaufkraft

Das Kurzfristmodell, welches das RWI für die Prognose der Veränderung des saisonbereinigten BIP im laufenden und im kommenden Quartal jeweils gegenüber dem Vorquartal verwendet, liefert für die beiden ersten Quartale des Jahres 2016 Prognosen, deren Mittelwerte im Bereich zwischen 0,3% und 0,4% liegen (Schaubild 4). Das alternative Modell, das einen reduzierten Datensatz zur Prognose heranzieht und dessen Prognosen in der ex-post Analyse erfahrungsgemäß treffsicherer sind, das

³ Dezember 2015 gegenüber Juni 2015.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 2
Indikatoren der Konjunktur
 2009 bis 2016



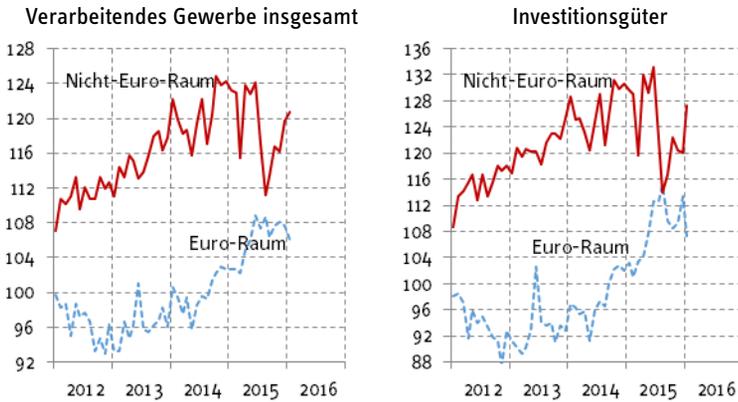
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des ifo Instituts. – ¹Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. – ²Trend-Zyklus-Komponente nach BV 4.1.

1. Überblick

Schaubild 3

Auftragseingänge aus dem Ausland nach Regionen¹

2012 bis 2016; real, saison- und arbeitstäglich bereinigt



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – ²Aufträge ohne Großaufträge.

aber für Prognosen möglicherweise hilfreiche Informationen ausblendet (an de Meulen 2015: 38), liefert etwas geringere Prognosen und sieht den häufigsten Wert bei einem Zuwachs von 0,1%, was auf ein Abwärtsrisiko hindeutet.

Die milde Witterung hat allerdings zu Jahresbeginn die Produktion insbesondere im Ausbaugewerbe deutlich begünstigt. Dies wird erfahrungsgemäß einen Gegeneffekt im zweiten Quartal nach sich ziehen.⁴ Da das RWI Kurzfristmodell eine Witterungsbereinigung vornimmt, spiegelt sich dies auch in den Ergebnissen für das zweite Quartal wider. Wir erwarten vor diesem Hintergrund einen Zuwachs um 0,35% im ersten und einen von knapp 0,30% im zweiten Quartal 2016.

Witterung beeinflusst erstes Quartal

1.2 Annahmen der Prognose

Unserer Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der Welthandel mit Waren wird 2016 um 2,4% und 2017 um 3,4% zunehmen.

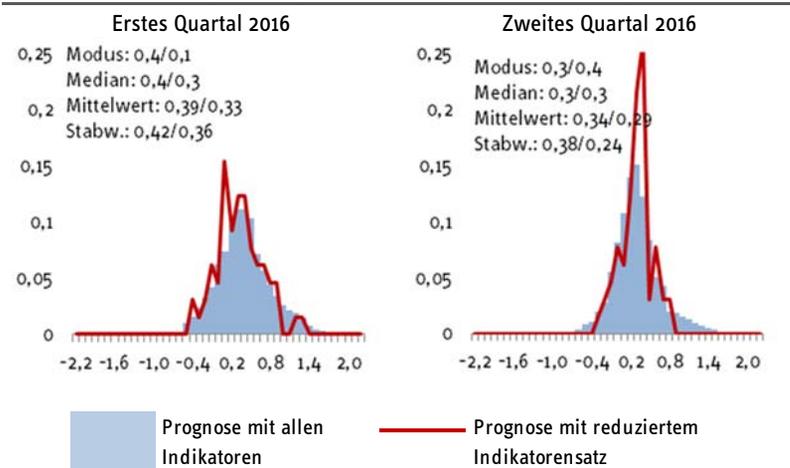
⁴ Solche witterungsbedingten Schwankungen haben keine realwirtschaftliche Ursache, sondern sind Folge davon, dass die üblicherweise verwendeten Saisonbereinigungsverfahren rein zeitreihenanalytisch vorgehen und Ursachen saisonaler Schwankungen wie das Wetter nicht berücksichtigen. Vgl. dazu Döhrn und an de Meulen (2015).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 4

Kurzfristschätzung der Zuwachsrates des BIP

Prozentuale Verteilung der Prognosen der Vorquartalsveränderung



Eigene Berechnungen. Zur Methode vgl. an de Meulen (2015). Der erste Wert der statistischen Kennziffern bezieht sich auf ein Modell mit allen Indikatoren, der zweite Wert auf das Modell auf den nach dem bei an de Meulen (2015) beschriebenen Verfahren reduzierten Indikatorensetz.

- ☐ Rohöl (Sorte Brent) wird sich im Prognosezeitraum ausgehend von dem zuletzt erreichten Niveau von rund 40 \$/barrel mit einer Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real auf dem zuletzt erreichten Niveau bleibt. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen Preis von 39 \$/barrel in diesem und von 41 \$/barrel im kommenden Jahr.
- ☐ Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar liegt im Prognosezeitraum unverändert bei 1,10 \$/€.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- ☐ Die Tariflöhne je Stunde (in der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank) dürften in diesem Jahr um 2,5% und im kommenden um 2,4% steigen. Der gesetzliche Mindestlohn wird zum 1.1.2017 um reichlich 3% angehoben.
- ☐ Die Geldpolitik wird bis zum Ende des Prognosezeitraums expansiv ausgerichtet bleiben. Die maßgeblichen Leitzinsen werden nicht verändert. Der Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wird 0,0% betragen, die Verzinsung der Einlagefazilität -0,4%. Die Ankaufprogramme werden wie angekündigt fortgeführt.
- ☐ Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr expansiv ausgerichtet. Die aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen resultierenden Impulse belaufen sich in diesem Jahr auf 10 Mrd. € bzw. in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 0,3%. Für das

1. Überblick

kommende Jahr ist mit geringeren finanzpolitischen Impulsen im Umfang von knapp 3 Mrd. € zu rechnen. In diesen Angaben sind Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration nicht enthalten.

Bezüglich der Flüchtlingsmigration wird angenommen, dass im Verlauf des Prognosezeitraums die Zahl der in Deutschland registrierten Asylbewerber zwar sinkt, dass aber weiterhin im Vergleich zu früher mehr Asylanträge gestellt werden. Für das Jahr 2016 unterstellen wir eine fluchtbedingte Zuwanderung von 750 000 Personen, für 2017 eine von 500 000 Personen (Kasten 2).

1.3 Inlandsnachfrage trägt weiterhin Konjunktur

Die Konjunktur dürfte im Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet bleiben. Die gesamtwirtschaftliche Produktion erhöht sich in der Grundtendenz mit Raten, die in etwa der Zunahme des Produktionspotenzials entsprechen. Getragen wird die Expansion voraussichtlich allein von der Inlandsnachfrage. Der Beitrag der Außenwirtschaft zur Zunahme des BIP dürfte im Jahr 2016 – wie bereits gegen Ende des Vorjahres – negativ sein, insbesondere aufgrund nur geringer Zuwächse bei den Exporten.

Angesichts der ungünstigen Perspektiven auf den Auslandsmärkten dürften sich überdies die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bei ihren Investitionen zurückhalten, weshalb die Unternehmensinvestitionen im Vergleich zu Aufschwungsphasen der Vergangenheit mit eher bescheidenen Raten zunehmen. Kräftig expandieren dürften hingegen die privaten Konsumausgaben, die Wohnungsbauinvestitionen und der Staatsverbrauch. Eine Ursache hierfür ist die Flüchtlingsmigration und dadurch induzierte Transfers, Konsumausgaben des Staates und Aktivitäten zur Verbesserung des Wohnungsangebots.

Aber auch die Zinspolitik der EZB leistet einen Beitrag. Die Rendite von Anlagen in Geldkapital ist gering und dürfte nach den jüngsten Zinsbeschlüssen eher sinken, was Investitionen in Immobilien und Käufe langlebiger Konsumgüter begünstigt. Stimulierend wirken auch die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik und die in diesem Jahr ungewöhnlich kräftige Anhebung der Altersrenten. Da von dieser Nachfragekonstellation in hohem Maße binnenwirtschaftlich orientierte Branchen profitieren, die bereits im vergangenen Jahr die günstige Entwicklung der Beschäftigung bestimmt haben, dürfte die Erwerbstätigkeit ungeachtet einer im Vergleich zu 2015 schwächeren Zunahme des BIP weiter spürbar zunehmen, wenngleich mit im Verlauf abnehmenden Raten.

Verhaltene
Zunahme der
Unternehmens-
investitionen

Expansion
bleibt
„beschäftigungs-
intensiv“

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 2

Wirkungen der Flüchtlingsmigration auf die Staatsausgaben und Arbeitsmarkt

In unserem Konjunkturbericht vom Dezember 2015 (Döhrn et al. 2015: 9-14) hatten wir die Mehrausgaben des Staates aufgrund der Flüchtlingsmigration im Jahr 2015 auf 4,7 Mrd. € und in den Jahren 2016 und 2017 auf 12,6 bzw. 11,4 Mrd. € geschätzt, jeweils ausgedrückt als Abweichungen gegenüber den 2014 angefallenen Ausgaben. In diesen Rechnungen sind die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Leistungen nach dem SGB II für arbeitslose anerkannte Asylbewerber, Aufwendungen für Integrationsmaßnahmen, Verwaltungskosten und Bildungskosten für die Kinder unter den Asylbewerbern berücksichtigt. Die Ausgaben wurden aus einem auf Monatsdaten basierenden Rechenmodell abgeleitet, dessen Annahmen in Döhrn et al. (2015: 9-14) ausführlich beschrieben wurden.

Hier wird eine aktualisierte Rechnung vorgestellt, die sich zwar nicht im grundlegenden Aufbau, aber doch in einigen Annahmen von der damaligen unterscheidet.^a

- i** Die Datenbasis wurde um die Zahl der Asylbewerber in den Monaten November 2015 bis Februar 2016 ergänzt.
- ii** Der Anteil der im EASY-System erfassten, aber anschließend doch keinen Asylantrag stellenden Migranten wird aufgrund neuerer Informationen (Deutscher Bundestag 2016: 26) auf 15% (statt bisher 20%) herabgesetzt.
- iii** Die Personalkosten der Kommunen in Zusammenhang mit der Gewährung von Leistungen an Asylbewerber werden nicht mehr mit pauschal 100 € pro Monat und Asylbewerber angesetzt, sondern auf 8% der Leistungen nach AsylbLG. Dieser Prozentsatz wurde aus einer Stichprobe von Kommunalhaushalten abgeleitet.
- iv** Zusätzlich werden Kosten für Betrieb und Verwaltung von kommunalen Unterkünften berücksichtigt, die nicht zu den Leistungen nach AsylbLG zählen. Hierfür wird ebenfalls nach einer Stichprobe von Kommunalhaushalten ein Aufschlag auf die Leistungen nach AsylbLG von 24% angesetzt.^b

Die Wirkungen der Flüchtlingsmigration auf den Arbeitsmarkt werden in dem Rechenmodell mit einer Annahme zur Wahrscheinlichkeit berücksichtigt, mit der ein zu Beginn eines Monats arbeitsloser Asylbewerber bis zum Ende des Monats eine Beschäftigung findet. Da Asylbewerber bereits vor Entscheidung über ihren Asylantrag eine Beschäftigung aufnehmen dürfen, wird in Übereinstimmung mit Angaben bei Brücker et al. (2015: 10) unterstellt, dass bei der Entscheidung über den Asylantrag 20% der Erwerbsfähigen beschäftigt sind.^c

Für die Zeit danach wird unterstellt, dass pro Monat 1% der anfangs arbeitslosen Asylbewerber eine Beschäftigung finden. Dies impliziert für 4 Jahre ab Aberkennung bzw. fünf Jahre ab Zuzug die von Brücker et al. (2015: 10) ermittelte Beschäftigungsquote von 50%. Unterstellt ist bei alledem eine Partizipationsrate von 65%.^d

1. Überblick

Annahmen zur Flüchtlingsmigration

2014 bis 2017

	2014	2015	2016 ^P	2017 ^P
Basisszenario				
Flüchtlingszuwanderung ¹	238 676	1091 894	750 000	500 000
Gestellte Asylanträge ²	202 815	449 776	769 900	600 000
Asylentscheide	128 911	286 009	650 912	660 000
Anerkannte Asylbewerber	40 563	140 902	453 557	479 358
Aufwendungen des Staates (Mrd. €) ³				
Insgesamt		5,0	15,2	17,2
Davon: AsylbLG		2,8	7,3	5,8
SGB II		0,7	3,5	7,3
Sonstige ⁴		1,5	4,5	4,4
Arbeitsmarktwirkungen, Jahresdurchschnitte, Veränderungen gegen Vorjahr (1000 Personen)				
Erwerbspersonen		35	147	215
Erwerbstätige		10	38	68
Arbeitslose		23	108	136
Stärkerer Rückgang der Flüchtlingsmigration				
Flüchtlingszuwanderung ¹	238 676	1091 894	450 000	300 000
Gestellte Asylanträge ²	202 815	449 776	769 900	405 000
Asylentscheide	128 911	286 009	650 912	660 000
Anerkannte Asylbewerber	40 563	140 902	453 557	479 358
Aufwendungen des Staates (Mrd. €) ³				
Insgesamt		5,0	13,7	12,0
Davon: AsylbLG		2,8	6,2	2,4
SGB II		0,7	3,3	6,7
Sonstige ⁴		1,5	4,2	3,0

Eigene Berechnungen. - ¹Im EASY-System erfasste Flüchtlinge. - ²Einschließlich Folgeanträge. - ³Mehraufwendungen gegenüber 2014. - ⁴Verwaltungskosten, Unterbringungskosten, soweit nicht durch AsylbLG abgedeckt, Integrationskosten, Bildungskosten. - ^PEigene Prognose.

Insgesamt ergibt diese Rechnung Mehraufwendungen für Asylbewerber gegenüber 2014 von 5,0 Mrd. € im Jahr 2015 und 15,2 bzw. 17,2 Mrd. € in den Jahren 2016 und 2017. Die Ausgaben des Jahres 2015 entfielen je zur Hälfte auf Transfers und Staatsverbrauch. Im Zeitverlauf steigt der Anteil von Transfers in dem Maße, wie anerkannte und arbeitslose Asylbewerber Anspruch auf Leistungen nach SGB II erlangen. Die Zahl der Erwerbspersonen würde unter diesen Annahmen bis zum Jahresende 2017 um 500 000 gegenüber 2014 zunehmen. Davon wären rund 150 000 erwerbstätig und 350 000 arbeitslos. Im Jahresdurchschnitt würde die Flüchtlingsmigration die Arbeitslosigkeit im Jahr 2016 um 108 000 und im Jahr 2017 um 136 000 Personen jeweils gegenüber dem Vorjahr steigern.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Die Schätzungen orientieren sich an den Ausgaben im Jahr 2014. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Unterbringungsmöglichkeiten könnten die Preise gestiegen sein und wegen der vielfach zu geringen Zahl von Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen viele Kommunen auf Unterbringungsmöglichkeiten wie Zeltstädte ausweichen, die mit höheren Kosten verbunden sind. So gibt die Stadt Essen die monatlichen Kosten für die Unterbringung eines Flüchtlings (einschließlich Verpflegung) in Zelten mit 2029 € an. Insofern könnten die Kosten deutlich darüber liegen.

Nicht berücksichtigt sind außerdem Investitionen in den Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen sowie zur Schaffung von Wohnraum. Andererseits ist nicht berücksichtigt, dass ein Teil der Aufwendungen des Staates über Steuern und Abgaben in die öffentlichen Haushalte zurückfließt und so eine teilweise Selbstfinanzierung der Aufwendungen bewirkt.

Im Februar 2016 ist allerdings die Zahl der im EASY-System erfassten Migranten deutlich gegenüber dem Vormonat gesunken, und die Grenzsicherungen der Balkanstaaten sowie die geplanten Vereinbarungen der EU mit der Türkei lassen erwarten, dass auch künftig mit einer geringeren Zahl von Flüchtlingen zu rechnen ist. Daher wird hier in einer zweiten Rechnung unterstellt, dass in diesem Jahr nur 450 000 und im kommenden nur 300 000 Migranten nach Deutschland kommen werden. Dies hätte beträchtliche Auswirkungen für die Aufwendungen des Staates, die 2016 um rund 2 Mrd. € und 2017 um etwa 5,5 Mrd. € niedriger ausfallen würden.

Plausibel erscheint, dass die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sich in den Jahren 2016 und 2017 nicht wesentlich von obigem Szenario unterscheiden werden.^e Der Grund dafür ist die nach dem Basisszenario sich ergebende sehr hohe Zahl unerledigter Asylanträge, die erwarten lässt, dass die Zahl der Asylentscheide gegenüber dem Basisszenario unverändert bleibt. Die Arbeitsmarktwirkungen eines geringeren Zuzugs würden sich erst in den Jahren nach 2017 einstellen.

^aÜberdies wurde ein Fehler in unserer Interpretation der Asylbewerberleistungsstatistik des Statistischen Bundesamtes beseitigt. Im Konjunkturbericht vom Dezember 2015 waren die Ausgaben für Asylbewerber in Einrichtungen fälschlicherweise auf die Zahl der in Übergangseinrichtungen untergebrachten Personen bezogen worden. Richtige Bezugsbasis sind die in Übergangseinrichtungen und Sammelunterkünften Untergebrachten. Auf die Kostenschätzung hat dies nur geringe Auswirkungen, da die Kosten pro Kopf der außerhalb von Einrichtungen Wohnenden entsprechend höher sind. – ^bDie Leistungen nach dem AsylBLG, die Verwaltungskosten der Leistungen an Asylbewerber und die Kosten der Unterbringung in kommunalen Einrichtungen ergeben in der Summe und auf ein Jahr hochgerechnet in etwa jenen Betrag, der von Kommunen gegenüber der Presse genannt wird (Hummel, Thöne 2016: 32). – ^cDies entspricht der Beschäftigungsquote von Migranten aus den Asylländern ein Jahr nach Zuzug bei Brücker et al. (2015). – ^dNach einer Umfrage des BAMF waren 2014 36,5% der Asylbewerber aus den Herkunftsländern der Fluchtmigration erwerbstätig, 23% waren arbeitsuchend und 9% waren in Ausbildung. Unterstellt man für die letzte Gruppe, dass sich die Hälfte in einer betrieblichen Ausbildung befindet und damit den Erwerbstätigen zuzurechnen ist, ergibt sich eine Partizipationsrate von 64% (Worbs und Bund 2016: 7). – ^eKleine Unterschiede ergeben sich dadurch, dass sich weniger Asylbewerber im Anerkennungsverfahren befinden, von denen ein geringer Teil erwerbstätig ist.

1. Überblick

Tabelle 2
Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts
2014 bis 2017; in %

	2014	2015	2016 ^P	2017 ^P
Statistischer Überhang ¹	0,7	0,5	0,4	0,6
Jahresverlaufsrate ²	1,5	1,3	1,4	1,9
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,6	1,5	1,3	1,8
Kalendereffekt ³	0,0	0,2	0,1	-0,2
Durchschnittliche Veränderung	1,6	1,7	1,4	1,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres – ³In % des realen BIP. – ^PEigene Prognose.

Alles in allem wird das BIP in diesem Jahr voraussichtlich um 1,4% zunehmen. Da ein Arbeitstag mehr zur Verfügung steht als im Jahr 2015, beträgt der Anstieg kalenderbereinigt lediglich 1,3% (Tabelle 2). Damit revidiert das RWI seine Prognose gegenüber der vom Dezember (Döhrn et al. 2015) deutlich nach unten. Ausschlaggebend hierfür sind ungünstigere Erwartungen bezüglich der Ausfuhren, deren voraussichtlichen Zuwachs wir vor einem Vierteljahr noch auf 3,8% beziffert hatten, was im längerfristigen Vergleich bereits ein niedriger Wert war. Nun zeichnet sich ein Plus von lediglich 1,5% ab, wozu ein Rückgang im vierten Quartal und ein damit einhergehender geringerer Überhang von 0,1%-Punkten sowie eine voraussichtlich schwache Zunahme im ersten Quartal 2016 gleichermaßen beitragen. Für die Inländische Verwendung erwarten wir sogar eine etwas kräftigere Zunahme als im Dezember.

Im Verlauf dieses Jahres dürfte die Expansion wieder an Kraft gewinnen, da die Exporte sich beleben, so dass der Außenbeitrag im kommenden Jahr neutral für die Expansion des BIP sein wird. Für die Wohnungsbauinvestitionen ist ebenfalls ein Anstieg im Verlauf angelegt, da die Mittel für den sozialen Wohnungsbau aufgestockt werden und Sonderabschreibungen Anregungen geben. Andererseits werden die Realeinkommenswirkungen der gesunkenen Ölpreise auslaufen und die durch die Migration bedingten Konsumausgaben des Staates wohl geringer werden. Die Inländische Verwendung dürfte 2017 per saldo etwas schwächer, aber im längerfristigen Vergleich immer noch kräftig steigen. Die Zunahme des BIP schätzen wir vor diesem Hintergrund auf 1,6% im Jahresdurchschnitt; arbeitstäglich bereinigt fällt das Plus um 0,2%-Punkte stärker aus.

Belebung
im kommenden
Jahr

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

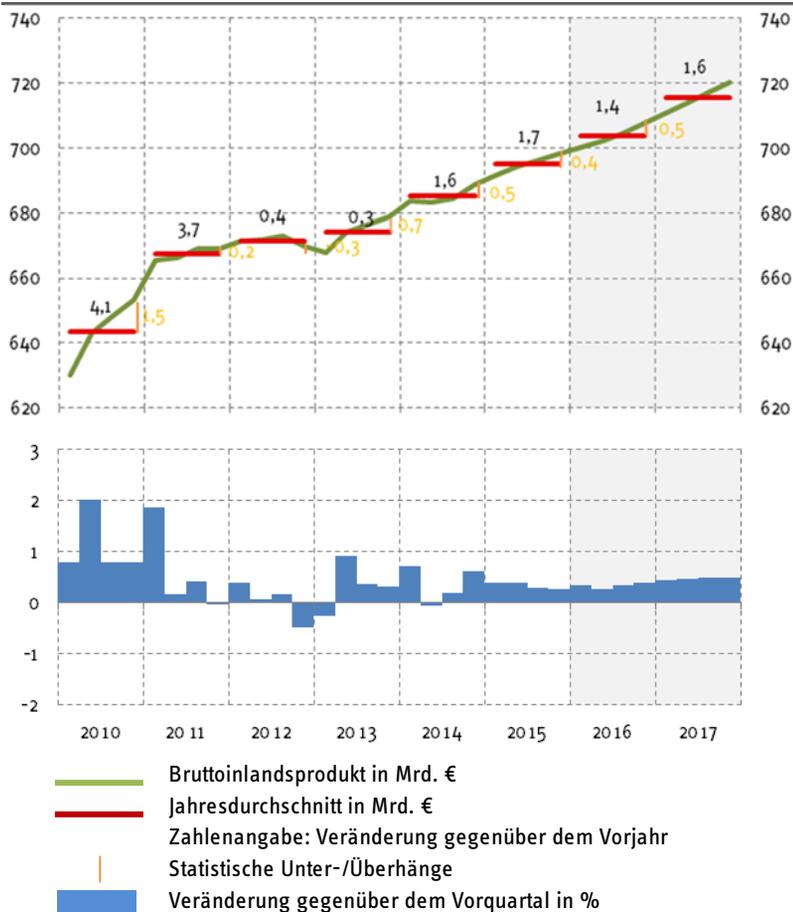
2015 bis 2017; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2015	2016 ^p	2017 ^p	2016 ^p		2017 ^p	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Verwendung¹							
Konsumausgaben	2,1	2,1	1,6	2,3	1,9	1,7	1,6
Private Haushalte ²	1,9	2,0	1,4	2,2	1,8	1,5	1,4
Staat	2,4	2,4	2,2	2,6	2,2	2,1	2,2
Anlageinvestitionen	2,2	3,1	2,2	3,9	2,4	2,1	2,4
Vorratsveränderung ³	-0,5	0,0	-0,1	0,1	0,0	-0,1	-0,1
Inlandsnachfrage	1,6	2,4	1,6	2,7	2,0	1,6	1,6
Außenbeitrag ³	0,2	-0,8	0,0	-0,8	-0,9	0,1	0,0
Exporte	5,4	1,5	4,1	1,7	1,4	4,2	3,9
Importe	5,8	3,9	4,7	4,0	3,9	4,9	4,6
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,4	1,6	1,7	1,0	1,6	1,6
Preise							
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,9	1,5	1,9	1,9	1,5	1,4
Konsumausgaben ²	0,6	0,8	1,3	0,6	1,0	1,3	1,2
Einfuhr	-1,6	-2,4	0,5	-2,8	-2,0	0,4	0,7
Einkommensverteilung							
Arbeitnehmerentgelt	3,9	3,8	3,6	4,1	3,6	3,5	3,8
Gewinne ⁴	3,9	2,8	2,1	3,7	2,0	2,6	1,6
Volkseinkommen	3,9	3,5	3,2	4,0	3,1	3,2	3,1
Abgaben ⁵ ./Subventionen	3,9	2,4	2,4	3,2	1,7	2,5	2,4
Nettonationaleinkommen	3,9	3,4	3,1	3,9	3,0	3,1	3,0
Abschreibungen	2,6	2,5	3,0	2,3	2,8	3,0	3,1
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,3	3,1	3,6	2,9	3,1	3,0
Entstehung							
Erwerbstätige	0,8	1,0	0,8	1,1	0,9	0,8	0,7
Arbeitszeit	0,3	0,1	0,0	0,4	-0,2	0,1	-0,2
Arbeitsvolumen	1,1	1,1	0,7	1,6	0,7	0,8	0,6
Produktivität	0,6	0,3	0,9	0,2	0,3	0,7	1,0
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,7	1,4	1,6	1,7	1,0	1,6	1,6
Output-Lücke⁶	0,3	0,3	0,5				

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Preisbereinigt. - ²Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. - ⁴Unternehmens- und Vermögenseinkommen. - ⁵Produktions- und Importabgaben. - ⁶Abweichung des BIP vom potenziellen BIP in % des potenziellen BIP. - ^pEigene Prognose.

1. Überblick

Schaubild 5
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 2010 bis 2017; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Augenblicklich wird die Teuerung wesentlich durch den neuerlichen Rückgang des Rohölpreises zum Jahreswechsel 2015/2016 bestimmt. Dessen Wirkungen werden im Prognosezeitraum wahrscheinlich auslaufen. Angesichts der erwarteten kräftigen Steigerungen der Inlandnachfrage wird sich der inländisch determinierte Preisanstieg voraussichtlich etwas beschleunigen. Alles in allem erwarten wir eine Inflationsrate von 0,4% in diesem und von 1,5% im kommenden Jahr.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Die Beschäftigung dürfte im Prognosezeitraum weiter steigen, auch weil die Expansion vom personalintensiveren Dienstleistungssektor getragen wird. Da aber aufgrund der hohen Asylbewerberzahlen in zunehmendem Maße Personen auf den Arbeitsmarkt treten, deren Beschäftigungschancen gering sind (Kasten 2), zeichnet sich gleichwohl für den Verlauf des Prognosezeitraums eine Zunahme der Arbeitslosigkeit ab. Wir prognostizieren eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 6,3% für dieses und von 6,5% für kommendes Jahr.

Rückläufiger
Budgetüberschuss des
Staates

Der Staat erzielte im vergangenen Jahr einen Budgetüberschuss von reichlich 19 Mrd. €. Angesichts der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der staatlichen Aufwendungen für Versorgung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen dürfte der Überschuss in diesem Jahr auf knapp 4 Mrd. € sinken. Auch im nächsten Jahr ist zwar mit Haushaltsbelastungen aus der Fluchtmigration und einer expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik zu rechnen, doch dürfte der Überschuss auf reichlich 8 Mrd. € zunehmen. Dies ist indes einem Sonderfaktor zu verdanken, denn die im Jahr 2015 erzielten Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen schlugen sich dann mit 3,8 Mrd. € ausgabenmindernd zu Buche.⁵

1.4 Unsicherheiten und Risiken

Unsere Prognose zeigt die von uns für am wahrscheinlichsten gehaltene Entwicklung der deutschen Wirtschaft in diesem und im nächsten Jahr. Die Prognoseunsicherheit quantifizieren wir anhand von Intervallen, die aus den Fehlern vergangener Prognosen abgeleitet sind. Diese sind zu einem frühen Zeitpunkt im Prognosezeitraum naturgemäß noch recht weit. Das 80% Prognoseintervall für das Jahr 2016 reicht von 0,2% bis 2,6%. Für 2017 liegt das Intervall zwischen -1,0% und 4,2% (Schaubild 6).

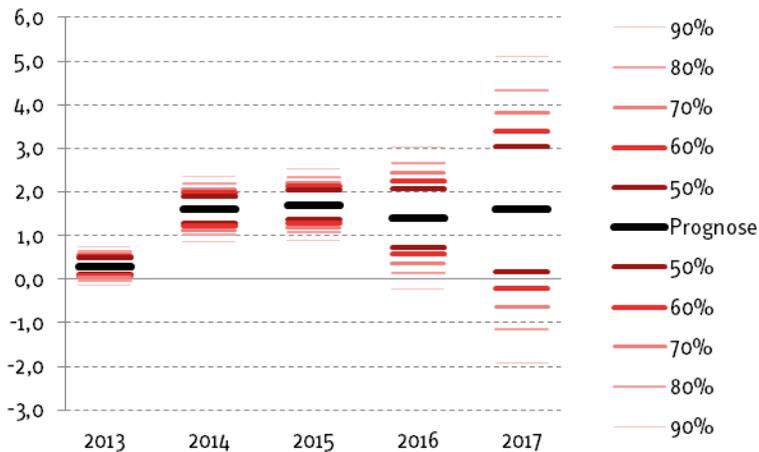
Beträchtliche
Risiken im
internationalen
Umfeld

Allerdings gibt es auch Risiken, die durch ein solches Prognoseband nicht abgedeckt werden. So bewegt sich die deutsche Wirtschaft derzeit in einem schwierigen internationalen Fahrwasser. Die weltwirtschaftliche Expansion hat sich deutlich abgeschwächt und der Welthandel expandiert mit in historischer Perspektive sehr niedrigen Raten, wobei unklar ist, ob dies ein konjunkturelles oder ein strukturelles Phänomen ist.

Zugleich ist im Zuge der hohen Flüchtlingsmigration der Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union bedroht. So haben viele Länder Kontrollen an den Außengrenzen errichtet, und es gibt Anzeichen einer in manchen Ländern wieder stärker

⁵ Vgl. die Erläuterungen in Fußnote 15 auf Seite 81.

Schaubild 6
Prognose- und Revisionsintervalle für das BIP
2013 bis 2017; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Bis 2015: Revisionsintervall. Zur Methodik vgl. Döhrn et al. (2007): 44-45; (2010): 60-61 und Fußnote 10; Döhrn et al. (2011): 65.

nationalstaatlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Beides bedroht das Geschäftsmodell der deutschen Industrie, das aufgrund ihrer hohen preislichen und technologischen Wettbewerbsfähigkeit stark auf den Export ausgerichtet ist und auf dem Prinzip offener Grenzen beruht. Insofern besteht das Risiko, dass Deutschland vor weitreichenden strukturellen Anpassungen steht.

Bisher scheint Deutschland diese Verschlechterung der Rahmenbedingungen gut verkraftet zu haben. Jedenfalls entwickelte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion bislang recht robust und für den aktuellen Rand zeichnet sich eine allenfalls leichte Verlangsamung ab. Einen Beitrag dazu leisteten aber temporär wirkende Faktoren: Der gesunkene Rohölpreis bescherte *Terms of Trade*-Gewinne, die die inländische Nachfrage stimulierten, und die steigenden Aufwendungen des Staates im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration wirken kurzfristig wie ein defizit-finanziertes Konjunkturprogramm. Zudem blieb die Beschäftigung in der Industrie bisher stabil, was möglicherweise auf einen befürchteten Fachkräftemangel zurückzuführen ist.

Allerdings stellt sich die Frage, wie lange eine Durststrecke im Export durchzuhalten ist. Geht bei den Unternehmen die Hoffnung auf baldige Besserung verloren, könnten sie bereits innerhalb des Prognosezeitraums ihre Personal- und Kapazitätsplanungen anpassen. Dies hätte nicht nur Auswirkungen auf die Industrie selbst, sondern auch

Deutsches
„Geschäfts-
modell“
bedroht

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

auf den derzeit noch sehr dynamisch wachsenden industrienahen Dienstleistungssektor. BIP und Beschäftigung würden sich dann vermutlich deutlich ungünstiger entwickeln als hier prognostiziert.

2. Die Verwendungskomponenten

2.1 Außenhandel dämpft Expansion

In der zweiten Jahreshälfte 2015 schwächte sich die Dynamik der Exporte deutlich ab, im Schlussquartal waren die Ausfuhren sogar rückläufig. Zwar verlangsamte sich auch der Anstieg der Einfuhren, per saldo wirkte der Außenhandel allerdings in der zweiten Jahreshälfte dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Expansion.

Schwache
Exporte
in fast alle
Regionen

Die Exportschwäche war im Handel mit fast allen Partnerländern spürbar. Besonders stark gingen die Lieferungen in die asiatischen Länder und im Schlussquartal in die ölexportierenden Länder zurück. Aber auch in den Euro-Raum sowie in die USA wurden zuletzt weniger Waren geliefert. Im Schlussquartal spielte möglicherweise auch der VW-Skandal eine Rolle, die Ausfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen jedenfalls deutlich zurück.

Die abnehmenden Zuwächse bei den Einfuhren sind unter anderem auf schwache Konsumgüter- und Vorleistungsgüterimporte zurückzuführen. Die Einfuhr von Investitionsgütern wurde dagegen bis Ende 2015 ausgeweitet, wenn auch mit abnehmenden Raten. Im Gegensatz zu der deutlichen Schwäche im Warenhandel legten die Ein- und Ausfuhren von Dienstleistungen in der zweiten Jahreshälfte kräftig zu.⁶

Ungünstige
Export-
erwartungen

Für den Beginn dieses Jahres zeichnet sich ein weiterer Rückgang der Exporte ab. Der Spezialhandel ist im Januar in nominaler Betrachtung um 0,5% gegenüber dem Vormonat gesunken, unter Berücksichtigung der Preisentwicklung dürfte das Minus 0,2% betragen haben. Die Frühindikatoren deuten keine rasche Besserung an. So haben sich die ifo Exporterwartungen am aktuellen Rand deutlich verschlechtert. Allerdings dürfte der Rückgang der Exporte im ersten Quartal 2016 schwächer ausfallen als im Schlussquartal 2015. Zumindest legten die Auftragseingänge ohne Großaufträge zuletzt leicht zu.

⁶ Auffällig ist der kräftige Anstieg der Einnahmen von Instandhaltungs- und Reparatursleistungen, was darauf hinweisen könnte, dass ausländische Unternehmen sich bei Investitionen in neue Maschinen zurückhalten und stattdessen Wartungs- und Reparatursleistungen an bestehenden Maschinen vornehmen lassen. Zudem stiegen die Einnahmen und Ausgaben bei Patenten spürbar. Offensichtlich haben vor allem Unternehmen aus Japan und China vermehrt Patente in Deutschland angemeldet (Deutsches Patent- und Markenamt 2016).

2. Die Verwendungskomponenten

Tabelle 5

Beitrag der Verwendungskomponenten¹ zum Wachstum des BIP

2011 bis 2017; in %-Punkten

	2011	2012	2013	2014	2015	2016 ^P	2017 ^P
Inlandsnachfrage	2,8	-1,0	0,8	1,2	1,5	2,2	1,5
Konsumausgaben	0,9	0,8	0,5	0,9	1,5	1,6	1,2
Private Haushalte	0,8	0,5	0,4	0,5	1,1	1,1	0,8
Staat	0,2	0,2	0,2	0,3	0,5	0,5	0,4
Anlageinvestitionen	1,4	-0,1	-0,3	0,7	0,4	0,6	0,5
Ausrüstungen	0,5	-0,2	-0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Bauten	0,8	0,1	-0,1	0,3	0,0	0,3	0,2
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,4	-1,6	0,6	-0,3	-0,5	0,0	-0,1
Außenbeitrag	0,9	1,4	-0,5	0,4	0,2	-0,8	0,0
Exporte	3,5	1,2	0,7	1,8	2,5	0,7	1,9
Importe	-2,6	0,1	-1,2	-1,5	-2,3	-1,5	-1,8
BIP²	3,7	0,4	0,3	1,6	1,7	1,4	1,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Lundberg-Komponenten berechnet unter Verwendung der Vorjahrespreise. - ²Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.- ^PEigene Prognose.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Ausfuhren wieder moderat steigen, wenn auch mit im längerfristigen Vergleich geringen Raten. Positive Impulse sind vor allem aus dem Euro-Raum und den USA zu erwarten, wo sich die verhaltene aber robuste Expansion wohl fortsetzen wird. Anregungen aus den Schwellenländern sind hingegen wenig wahrscheinlich, insbesondere weil sich die Expansion in China wohl weiter verlangsamt und verstärkt vom Dienstleistungssektor getragen wird. Zudem hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zuletzt wieder etwas verschlechtert.

Impulse aus den USA und dem Euro-Raum

Im kommenden Jahr dürften die Ausfuhren bei etwas kräftigerem Welthandel wieder stärker zulegen. Insgesamt erwarten wir einen Zuwachs der Ausfuhren um 1,5% in diesem und um 4,1% im kommenden Jahr. Nennenswerte Effekte der Wiedereinführung von Personenkontrollen in einigen Ländern des Euro-Raums auf den Warenhandel im Prognosezeitraum erwarten wir nicht (Kasten 3).

Die Einfuhren dürften zu Jahresbeginn 2016 im Gegensatz zu den Ausfuhren deutlich zugelegt haben. Darauf deutet der Spezialhandel im Januar hin. Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die Importe jedoch nur leicht an Dynamik gewinnen. Eine

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 3

Gesamtwirtschaftliche Kosten der Wiedereinführung von Grenzkontrollen

Als Reaktion auf die stark gestiegene Flüchtlingsmigration haben zahlreiche Länder des Schengen-Raums vorübergehend Personenkontrollen an den Binnengrenzen der EU eingeführt. Daraus resultieren Wartezeiten für Reisende und Gütertransporte. Diese sind mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Die Literatur (vgl. z.B. Fox et al. 2003) unterscheidet dabei mehrere Kostenarten:

- i** Kosten aufgrund von Wartezeiten an der Grenze, entweder in Gestalt höherer Personal- und Kapitalkosten, oder in Form von Opportunitätskosten;
- i** Kosten der Grenzkontrollen für den Staat aufgrund eines erhöhten Personaleinsatzes;
- i** Kosten für Unternehmen aufgrund der erhöhten Unsicherheit über Lieferzeiten, wenn dies z.B. zu einer höheren Lagerhaltung führt;
- i** Kosten durch unterbliebene Geschäfte mit dem Ausland;
- i** Kosten durch negative Auswirkungen eines verringerten internationalen Wettbewerbs auf den technischen Fortschritt.

In welchem Maße diese Kosten auftreten, hängt von der Zeitspanne ab, für die Grenzkontrollen angewendet werden. So dürften Wettbewerbseffekte nur bei dauerhaft angewendeten Grenzkontrollen auftreten. Zudem beeinflussen sich die Kostenarten gegenseitig. So kann ein verstärkter Personaleinsatz des Staates die Wartezeiten verringern (Roberts et al. 2013). Auch können erhöhte Kosten der Transporteure einen Anstieg der Kosten für die Lagerhaltung vermeiden, wenn durch den Einsatz von mehr Fahrern und Fahrzeugen die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Insofern darf man die für einzelne Fragestellungen ermittelten Kosten nicht ohne weiteres addieren.

Auf kurze Sicht am bedeutsamsten dürften die durch Wartezeiten verursachten Kosten sein. Ernst & Whinney (1988) ermittelten für die Zeit vor Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes Kosten von Grenzprozeduren von 1% bis 2% des Exportwertes. Untersuchungen für Japan und für die Grenze zwischen den USA und Mexiko gelangen zu ähnlichen Größenordnungen (Walkenhorst und Yasui 2003). Allerdings entfällt der größte Teil dieser Kosten auf Kontrollen des Warenverkehrs und Begleitdokumente, deren Wiedereinführung derzeit nicht zur Debatte steht. Auf Wartezeiten entfällt nach Ernst & Whinney (1988) etwas mehr als ein Zehntel der Gesamtkosten, womit sie eher im Bereich von 0,1 bis 0,2% des Außenhandelsvolumens zu verorten wären.

Zu einer ähnlichen Größenordnung gelangt eine Analyse der Wirkungen der Einführung verstärkter Grenzkontrollen der USA nach dem 11. September 2001 auf den kanadischen Export (DAMF Consultants et al. 2005). Bezogen auf die deutschen Warenexporte und -importe des Jahres 2015 entsprechen 0,2% einem jährlichen Mehraufwand von 4,2 Mrd. €, wobei dieser nur zum Teil vom deutschen Handelspartner zu tragen sein dürfte. Aussilloux und Le Hir (2016) finden in ihrer aktuellen Studie für Frankreich sogar nur Kosten im zwei- bis niedrigen dreistelligen Millionenbereich.

2. Die Verwendungskomponenten

Strittig ist, ob man Opportunitätskosten von Reisenden, etwa von Berufspendlern, in Rechnung stellen sollte. Wartezeiten beeinträchtigen zweifelsohne deren Wohlfahrt. Zu realwirtschaftliche Wirkungen käme es aber nur, wenn dadurch das Arbeitsangebot sinkt oder die Löhne steigen. Ansonsten gehen Wartezeiten zu Lasten der Freizeit. Dies kann zwar bedeuten, dass z.B. auf einen Theaterbesuch verzichtet werden muss. Das so nicht verausgabte Geld dürfte aber für andere Zwecke verwendet werden.

Gravierender sind wohl die Wirkungen von Wartezeiten auf den Dienstleistungshandel, wegen ihrer abschreckenden Wirkungen auf den „kleinen Grenzverkehr“, z.B. den Einkaufstourismus oder Tagesausflüge. Sowohl eine Untersuchung der Folgen der Verschärfung von Kontrollen an der US-mexikanischen Grenze im Jahr 2004 (HDR 2010) als auch Aussilloux und Le Hir (2016) stellen höhere Effekte auf den Personen- als auf den Warenverkehr fest.

Größere Wirkungen hätten Grenzkontrollen, die über einen längeren Zeitraum gelten. Ernst & Whinney (1988) schätzten im Vorfeld des Europäischen Binnenmarktes den steigenden Effekt eines Wegfalls der EU-Binnengrenzen auf den Warenaustausch in der EU auf 1% bis 3% des Exports. Aus heutiger Sicht zeigen Gravitationsmodelle, dass die Mitgliedschaft im Schengen-Raum den bilateralen Warenaustausch zweier Länder sogar um 10 bis 20% steigerte (Aussilloux und Le Hir 2016).^a Bei Wiedereinführung von Kontrollen könnte dieser Handelsgewinn wegfallen.

Aufschluss über die dadurch entstehenden Wirkungen auf das BIP können Simulationen mit makroökonomischen Mehrländermodellen geben. Aktuell wurden solche Rechnungen von Aussilloux und Le Hir (2016) und von Prognos (2016) durchgeführt. Beide betrachten die bis 2025 auftretenden Wirkungen und unterstellen eine Verteuerung des Handels um 3% (Prognos im oberen Szenario). Sie gelangen aber zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen. Aussilloux und Le Hir (2016) ermitteln ein im Jahr 2025 um gut 10% niedrigeres Handelsvolumen und ein um 0,8% niedrigeres BIP der Länder des Schengen-Raums.

Prognos (2016) gelangt zu einem mehr als zehn Mal so großen Effekt. Gegeben die oben dargestellten Kostenschätzungen dürfte allerdings eine Verteuerung des Handels um 3% sehr hoch gegriffen sein. Für geringere Wirkungen sprechen auch die Erfahrungen aus der Verschärfung der US-Grenzkontrollen nach dem 11. September 2001. Burt (2009) findet keine negativen Wirkungen auf den Umfang kanadischer Ausfuhren in die USA, wenn er für andere Faktoren wie Konjunktur und Wechselkurse kontrolliert.

Alles in allem dürften die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Wiedereinführung von Grenzkontrollen auf die kurze Frist überschaubar sein, solange es wirklich nur bei Kontrollen bleibt. Problematisch wäre es, wenn die Grenzkontrollen lediglich das Symptom einer generellen Abkehr von den Idealen der europäischen Integration wären. Hierfür gibt es angesichts des wachsenden Zuspruchs nationalistischer Parteien in vielen Ländern – leider – durchaus Anzeichen.

^aDavis und Gift (2014) kommen auf eine ähnliche Größenordnung. Sie kontrollieren allerdings u.a. nicht für die Mitgliedschaft in der EU als solches und dürften daher den Schengen-Effekt überschätzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 6

Terms of Trade Gewinn aufgrund des gesunkenen Ölpreises

2013 bis 2016; in Mrd. €

	2013	2014	2015	2016 ^a
Außenhandel in laufenden Preisen				
Einfuhr				
Erdöl	57,02	49,48	32,85	26,09
Erdgas	30,84	27,02	27,93	24,86
Mineralölerzeugnisse	30,21	26,89	19,78	16,45
Ausfuhr				
Erdöl	0,06	0,01	0,01	0,01
Erdgas	5,83	5,40	8,40	7,71
Mineralölerzeugnisse	15,19	14,90	12,24	10,32
Außenhandel in Preisen des Vorjahres				
Einfuhr				
Erdöl	59,93	53,65	51,08	32,85
Erdgas	32,64	31,62	31,94	27,93
Mineralölerzeugnisse	32,85	28,78	27,50	19,78
Ausfuhr				
Erdöl	0,06	0,02	0,03	0,01
Erdgas	5,81	6,45	9,12	8,40
Mineralölerzeugnisse	16,29	16,76	16,03	12,24
Terms of Trade Gewinn¹				
Erdöl	2,90	4,17	18,22	6,76
Erdgas	1,82	3,55	3,29	2,38
Mineralölerzeugnisse	1,53	0,03	3,93	1,40
Insgesamt	6,25	7,75	25,44	10,54

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Außenhandelssaldo (Einfuhren-Ausfuhren) in Preisen des Vorjahres abzüglich Außenhandelssaldo in laufenden Preisen. - ^aBerechnet auf Grundlage der Mengen von 2015 und der Preise vom Dezember 2015.

wesentliche Determinante der deutschen Importe sind erfahrungsgemäß die Ausrüstungsinvestitionen. Diese werden aber wohl auch aufgrund des unsicheren weltwirtschaftlichen Umfelds voraussichtlich nur moderat ausgeweitet. Zudem lässt die mäßige Entwicklung bei den Exporten vermuten, dass weniger Vorleistungsgüter benötigt werden.

Der private Konsum wirkt voraussichtlich zwar erneut stützend auf die Einfuhren, sein „Importgehalt“ ist aber deutlich kleiner als der der Ausrüstungsinvestitionen und der Exporte. Im kommenden Jahr dürften die Importe einhergehend mit robusteren

2. Die Verwendungskomponenten

Exporten und Ausrüstungsinvestitionen etwas stärker zunehmen. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir ein Plus von 4,0% in diesem und von 4,7% im kommenden Jahr. Damit bremst der Außenhandel in diesem Jahr die Expansion des Bruttoinlandsproduktes deutlich, während im kommenden Jahr der Wachstumsbeitrag Null sein wird.

Die *Terms of Trade* werden sich in diesem Jahr voraussichtlich erneut merklich verbessern. So ist bei den Einfuhrpreisen nach einem starken Rückgang im Schlussquartal 2015 für das erste Quartal dieses Jahres mit einem Rückgang in ähnlicher Größenordnung zu rechnen, da die Ölpreise abermals deutlich gesunken sind. Die Ausführpreise dürften zu Beginn 2016 ebenfalls sinken, allerdings in deutlich geringerem Ausmaß. Ab der zweiten Jahreshälfte werden voraussichtlich sowohl die Einfuhr- als auch die Ausführpreise wieder leicht steigen.

Beträchtliche
Terms of Trade-
Gewinne durch
gesunkenen
Ölpreis

Für den Jahresdurchschnitt 2016 erwarten wir für die Einfuhrpreise einen Rückgang um 2,4%, auch aufgrund des hohen Unterhangs (-1,0%), und für die Ausführpreise einen um 0,6%. Im kommenden Jahr dürften Einfuhr- und Ausführpreise mit ähnlichen Raten leicht steigen, sodass sich die *Terms of Trade* kaum ändern werden.

Alles in allem hat Deutschland in den beiden vergangenen Jahren aufgrund der gesunkenen Rohstoffpreise einen beträchtlichen *Terms of Trade*-Gewinn erzielt. In Euro ausgedrückt betrug dieser im abgelaufenen Jahr im Fall von Rohöl, Mineralölprodukten und Erdgas 25,4 Mrd. € (Tabelle 6). Für 2016 zeichnet sich ein nochmaliger, wenn auch kleinerer Kaufkraftgewinn ab.

2.2. Expansion der Unternehmensinvestitionen bleibt verhalten

Die Unternehmensinvestitionen⁷ haben nach einem Anstieg 2014 um 4,6% im vergangenen Jahr lediglich um 2,5% zugenommen. Während die Investitionen in sonstige Anlagen mit stabilen Raten expandierten, zeigten die in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge im Jahresverlauf einen deutlichen Abwärtstrend. Das Plus von 4,2% im Jahresdurchschnitt ist allein dem Überhang aus dem Vorjahr und einem starken ersten Quartal zu verdanken.⁸ Im Wirtschaftsbau konnte ein Einbruch zur Jahresmitte durch einen kräftigen Anstieg zum Jahresende nicht wettgemacht werden, so dass die Investitionen im Jahresdurchschnitt um 1,4% zurückgingen.

Schwäche im
Wirtschaftsbau

⁷ Zu den Unternehmensinvestitionen zählen hier die Ausrüstungs- und die sonstigen Anlageinvestitionen der nichtstaatlichen Sektoren sowie die Wirtschaftsbauinvestitionen.

⁸ Die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt belebten sich im zweiten Halbjahr 2015 zwar, jedoch ist dies ausschließlich auf die staatlichen Investitionen zurückzuführen. Diese – zu denen auch Investitionen in militärische Waffensysteme zählen – haben zwar nur einen Anteil von 6% an den Ausrüstungsinvestitionen insgesamt, verlaufen aber sehr unstedt. So sind sie im Jahr 2014 real um 18,1% gesunken, während sie 2015 um 16,6% expandierten. Dies schlägt auf die Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen insgesamt durch.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 7

Anlageinvestitionen in Deutschland

2015 bis 2017; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	Anteile ¹	2015	2016 ^P	2017 ^P
Anlageinvestitionen insgesamt	100	2,2	3,1	2,2
Ausrüstungen	33,0	4,8	3,3	2,8
sonstige Anlagen	17,9	2,7	2,5	2,4
Bauinvestitionen insgesamt	49,1	0,3	3,3	1,8
Wohnbauten	29,5	1,6	3,6	2,2
Nichtwohnbauten	19,6	-1,5	2,9	1,4
gewerbliche Bauten	13,9	-1,4	3,2	0,7
öffentliche Bauten	5,7	-1,6	2,2	2,9
nachrichtlich:				
Unternehmensinvestitionen ²	59,9	2,5	2,1	1,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Anteile des Jahres 2015 an den nominalen Investitionen in %. - ²Ausrüstungs- und sonstige Anlageinvestitionen des nicht-staatlichen Sektors zuzüglich gewerbliche Bauinvestitionen. - ^PEigene Prognose.

Für den Beginn dieses Jahres lassen die Indikatoren eine nur moderate Expansion der Unternehmensinvestitionen erwarten. Zwar lag der um die Großaufträge bereinigte Auftragszugang für Investitionsgüter aus dem Inland im Januar über dem Wert im vierten Quartal 2015 und der zuletzt gestiegene *Order Capacity Index* deutet auf gut gefüllte Auftragsbücher hin. Zudem sind jüngst die Produktion und die Inlandsumsätze von Investitionsgütern gestiegen. Allerdings verschlechterten sich seit Dezember 2015 die Geschäftserwartungen in der Gewerblichen Wirtschaft, zuletzt sogar sehr kräftig, und die Unsicherheit bleibt sowohl gemessen am *News Index* für Deutschland als auch am VDAX hoch. Vor diesem Hintergrund dürfte die Investitionstätigkeit der Unternehmen im ersten Halbjahr verhalten bleiben.

Überlagert wird die schwache Grundtendenz durch Sonderfaktoren beim Gewerblichen Bau. Das starke vierte Quartal war offenbar auf größere Investitionen der Deutschen Bahn zurückzuführen. Für das erste Quartal 2016 zeichnet sich eine vergleichsweise hohe Produktion ab, weil es aufgrund der in weiten Teilen Deutschlands milden Temperaturen nur zu geringen witterungsbedingten Einbußen kam. Dem dürfte aber erfahrungsgemäß – als technische Gegenreaktion – ein Rückgang der saisonbereinigten Produktion im zweiten Quartal gegenüber stehen. In der Grundtendenz wird der Anstieg voraussichtlich moderat bleiben. So haben sich die Baugenehmigungen nach einem merklichen Rückgang im dritten Quartal 2015 am aktuellen Rand zwar leicht erholt, jedoch sind die Auftragseingänge im gewerblichen Bau im Dezember

Bessere Auftragslage, aber ungünstige Geschäftserwartungen

Gewerblicher Bau: Schwache Grundtendenz durch Sonderfaktoren überlagert

2. Die Verwendungskomponenten

deutlich gesunken. Darüber hinaus lässt die verhaltene Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen nur wenige bauliche Maßnahmen im gewerblichen Bereich erwarten.

Für den weiteren Prognosezeitraum ist keine deutliche Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen zu erwarten. Zwar werden von der in vielen Bereichen hohen Kapazitätsauslastung wohl Impulse ausgehen. Doch dürften ungünstige Erwartungen bezüglich der weltwirtschaftlichen Entwicklung dazu beitragen, dass sich exportorientierte Unternehmen bei den Investitionen zurückhalten. Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen in diesem Jahr wohl um 2,1% expandieren. Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg 1,6% betragen (Tabelle 7).

Weiterhin geringe Dynamik der Unternehmensinvestitionen

Unter diesen Voraussetzungen können die Investitionen des Unternehmenssektors per saldo weiterhin aus dem Cash-Flow finanziert werden. Darauf weist der positive Finanzierungssaldo des Sektors Kapitalgesellschaften hin (Tabelle „Hauptaggregate der Sektoren“ im Anhang).

2.3 Nachfrage der privaten Haushalte trägt weiterhin die Konjunktur

Die Nachfrage der privaten Haushalte trug im vergangenen Jahr wesentlich zur Expansion der Gesamtwirtschaft bei. Die privaten Konsumausgaben legten um 1,9% gegenüber dem Vorjahr zu und leisteten einen Beitrag zur Expansion des BIP in Höhe von 1,1%-Punkten. Überdies wurden die privaten Wohnungsbauinvestitionen um 1,6% ausgeweitet. Die Nachfrage der Haushalte profitierte davon, dass die Realeinkommen um 2,1% zunahmen; das ist der höchste Zuwachs seit 14 Jahren. Dazu trug auch die gegenüber 2015 nochmals niedrigere Teuerung bei.

Nominal legten die verfügbaren Einkommen um 2,8% zu (Tabelle 8). Die Brutto-lohneinkommen stiegen sogar um 4,0%, netto verblieb ein vergleichsweise großes Plus von 3,7%, weil der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag zum 1. Januar 2015 angehoben wurden. Die monetären Sozialleistungen nahmen um 3,6% zu. Dazu trugen auch finanzpolitische Maßnahmen bei; so wurde rückwirkend zu Jahresbeginn das Kindergeld erhöht. Daneben führte die hohe Flüchtlingsmigration zu steigenden Transfers. Die Kapitaleinkommen erhöhten sich im Jahresdurchschnitt lediglich um 0,7%. Zwar legten die Selbständigeneinkommen wieder stärker zu, jedoch waren die Vermögenseinkommen weiter rückläufig. Dämpfend auf die Nachfrage wirkte, dass die Sparquote von 9,5% auf 9,7% stieg.

Hohe Zunahme der Lohn-einkommen ...

Im Prognosezeitraum dürfte der Anstieg der verfügbaren Einkommen kräftig bleiben. Für dieses Jahr zeichnet sich bei anhaltend günstiger Arbeitsmarktlage ein

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 8

Privater Konsum und verfügbare Einkommen

2013 bis 2017; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2013	2014	2015	2016 ^p	2017 ^p
Konsumausgaben, real	0,6	0,9	1,9	2,0	1,4
Sparquote (in %)	9,1	9,5	9,7	9,7	9,7
Verfügbare Einkommen	1,8	2,3	2,8	3,0	2,8
darunter:					
Nettolohneinkommen	2,9	3,6	3,7	3,9	3,0
Kapitaleinkommen	0,3	-0,2	0,7	0,7	0,9
Transfereinkommen	2,4	2,7	3,6	4,3	4,5
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter ¹	3,1	3,9	4,0	4,0	3,6
Konsumdeflator	1,2	0,9	0,6	0,8	1,3
Verfügbare Realeinkommen	0,5	1,3	2,1	2,2	1,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Im Inland. – ^pEigene Prognose.

Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um 4,0% ab. Die Nettolohneinkommen dürften um 3,9% zulegen, weil zum 1. Januar Steuerentlastungen in Kraft traten. So wurden der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag erneut erhöht und die Eckwerte des Einkommensteuertarifs angehoben („Abbau der kalten Progression“).

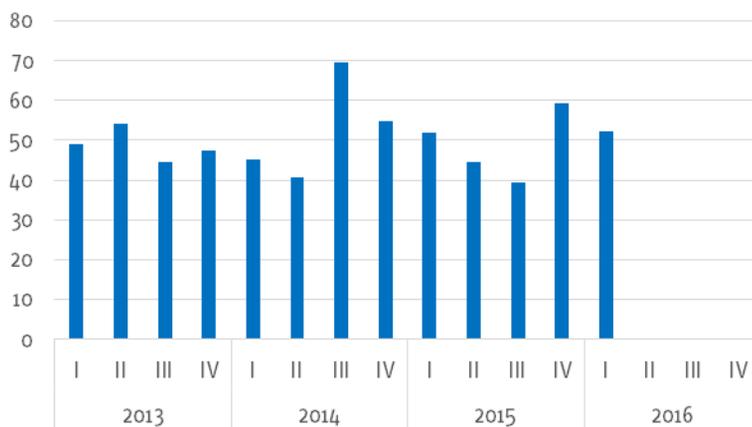
Die monetären Sozialleistungen werden voraussichtlich beschleunigt um 4,3% steigen. Insbesondere werden die Altersrenten zur Jahresmitte kräftig erhöht – wohl um mindestens 4,5%.⁹ Zudem machen sich abermalige Anhebungen des Kindergeldes und des Kinderzuschlags sowie ein höherer Hartz-IV-Regelsatz und die Wohngeldreform bemerkbar. Schließlich werden aufgrund der Flüchtlingsmigration die Leistungen an Asylbewerber deutlich zunehmen. Allein die Kapitaleinkommen dürften bei anhaltend niedrigen Zinsen schwach bleiben. Alles in allem erwarten wir für das Jahr 2016 eine spürbare Zunahme der verfügbaren Einkommen um 3,0%. Zwar dürfte die Teuerung allmählich anziehen, die Zunahme der Realeinkommen fällt mit 2,2% allerdings etwas höher aus als 2015.

Für das Jahr 2017 ist eine schwächere Zunahme der verfügbaren Einkommen zu erwarten. Die Arbeitsmarktdynamik dürfte sich abschwächen, und die Abgabenbelastung zunehmen, weil der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,2%-Punkte steigt

⁹ Vgl. dazu die Erläuterung in Fußnote 16 auf Seite 83.

2. Die Verwendungskomponenten

Schaubild 7
RWI-Konsumindikator
2013 bis 2016



Eigene Berechnungen. Zur Methode vgl. <http://www.rwi-essen.de/forschung-und-beratung/wachstum-konjunktur-oeffentliche-finanzen/projekte/konsumindikator/>.

und eine Anhebung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung in der gleichen Größenordnung wahrscheinlich ist. Jedoch dürften die Transfereinkommen 2017 nochmals kräftig zunehmen.

- ☐ Da die Zunahme der verfügbaren Einkommen wohl kräftig bleibt, dürften die **privaten Konsumausgaben** auch in diesem Jahr deutlich zunehmen. Hierauf weisen bereits der spürbare Anstieg der Einzelhandelsumsätze im Januar 2016 und die hohen Kfz-Neuzulassungen im Februar hin, die den höchsten Wert seit 2009 erreichten. Allerdings ging der RWI-Konsumindikator im März von 59,3 auf 52,2 zurück (Schaubild 7), was auf eine Abschwächung des Zuwachses hindeutet. Dafür spricht auch, dass die Kaufkraftwirkungen des Ölpreisrückgangs auslaufen. Eine Eintrübung der Verbraucherstimmung lässt ebenfalls der von der EU Kommission in Auftrag gegebene Konsumklimaindex erkennen. Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr eine Ausweitung des privaten Konsums um 2,0%. Im kommenden Jahr dürften die Konsumausgaben bei anziehenden Teuerungsraten verlangsamt steigen, jahresdurchschnittlich um 1,4%.

... lassen privaten Konsum spürbar zunehmen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Wohnungsbau
bleibt
lebhaft

Bei den **Wohnungsbauinvestitionen** weisen Auftragseingänge und Baugenehmigungen¹⁰ auf eine anziehende Investitionstätigkeit hin, zumal die Einkommensperspektiven und die Finanzierungskonditionen günstig bleiben. Hinzu kommt eine steigende Nachfrage nach Wohnraum, nicht zuletzt aufgrund der Flüchtlingsmigration. Die Bautätigkeit anregen dürften zudem Maßnahmen zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus, die für die Jahre 2016 bis 2018 eine Sonderabschreibung in Höhe von 35% der Baukosten vorsieht. Vor diesem Hintergrund dürften die Wohnungsbauinvestitionen im Prognosezeitraum merklich expandieren. Der für 2016 erwartete Zuwachs um 3,6% resultiert allerdings zum Teil aus dem statistischen Überhang von 1,0%-Punkt. Im Jahresverlauf beträgt die Zunahme 1,6%. Für das kommende Jahr prognostizieren wir eine Verlaufsrate von 3,1%, aus der sich ein durchschnittlicher Zuwachs von 2,2% ergibt.

Dass die Nachfrage der privaten Haushalte im Prognosezeitraum Stütze der Konjunktur bleiben dürfte, zeigt sich auch darin, dass sich bei konstanter Sparquote der Finanzierungssaldo des Sektors im kommenden Jahr in Relation zum verfügbaren Einkommen verringert (Tabelle „Hauptaggregate der Sektoren“ im Anhang).

3. Produktion und Arbeitsmarkt

3.1 Produktionsanstieg vom Dienstleistungssektor getragen

Gedämpfte
Entwicklung im
Verarbeitenden
Gewerbe ...

Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich im Verlauf des Jahres 2015 leicht verlangsamt. Wesentlichen Anteil daran hatte das Schrumpfen der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im vierten Quartal. Das Minus wurde allerdings dadurch ausgeglichen, dass die Bauproduktion nach einer Schwächephase zur Jahresmitte wieder kräftiger expandierte und sich die Aufwärtstendenz in den Dienstleistungssektoren – wenn auch mit Unterschieden zwischen den Wirtschaftsbereichen – fortsetzte (Tabelle 9).

Für die erste Jahreshälfte 2016 zeichnet sich eine weiterhin verhaltene Zunahme der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ab. Der kräftige Anstieg der Produktion im Januar dürfte ein Einmaleffekt gewesen sein. Auftragseingänge und Exporterwartungen sprechen für eine schwache Grundtendenz. Dass die Rohstahlerzeugung nach einem Plus im Januar im Februar saisonbereinigt stark zurückgegangen ist, könnte

10 Da Umbau oder Ausbau bisher anderweitig genutzter Gebäude oder Räume zu Wohnungen dem Wohnungsbau zugeordnet wird, dürfte der hohe Anstieg der Produktion im Ausbaugewerbe auch im Zusammenhang mit den Aufwendungen für die Unterbringung von Asylbewerbern stehen. So haben die Baugenehmigungen für Ausbaumaßnahmen an bestehenden Gebäuden gegen Ende 2015 sprunghaft zugenommen, insbesondere die Genehmigungen für Wohnheime.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

ein weiterer Hinweis darauf sein. Für den Verlauf des Jahres rechnen wir aber dennoch mit einer Belebung im Verarbeitenden Gewerbe.

In der Bauwirtschaft dürfte die Wertschöpfung im ersten Quartal kräftig zunehmen, nicht zuletzt begünstigt durch die milde Witterung, die sich in einem außerordentlich kräftigen Plus bei der Produktion im Ausbaugewerbe im Januar niedergeschlagen hat. Darauf dürfte es im zweiten Quartal zwar eine technische Gegenreaktion geben, die Grundtendenz bleibt aber wohl aufwärts gerichtet. Die niedrigen Zinsen dürften die Bautätigkeit weiter stimulieren und die Politik gibt Impulse für die Bauwirtschaft.

... aber kräftig steigende Bauproduktion

Im Dienstleistungssektor ist das Bild gemischt. Im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe nahm die Wertschöpfung ungeachtet der günstigen Umsatzentwicklung nur wenig zu, was auf einen intensiven Wettbewerb in der Branche hinweist. Der Finanz- und Versicherungssektor erwirtschaftete im vierten Quartal 2015 zwar nach deutlichen Rückgängen ein Plus, dies dürfte aber nichts an der negativen Grundtendenz ändern, da im Umfeld wohl weiter sinkender Zinsen die Margen unter Druck bleiben.

Tabelle 9
Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹
2015 bis 2016; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2015				2016 ^P			
	1.Q	2.Q	3.Q ^P	4.Q ^P	1.Q	2.Q	3.Q	4.Q
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,5
Darunter:								
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,6	0,3	0,2	0,5	0,3	0,2	0,4	0,5
Darunter:								
Verarbeitendes Gewerbe	0,6	0,6	0,2	-1,3	0,1	0,4	0,5	0,5
Energie, Wasservers., Bergbau	1,3	1,6	1,7	-3,1	0,9	-0,3	0,4	0,4
Baugewerbe	2,0	-1,5	-0,6	2,3	2,9	-2,0	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,9	-0,2	0,0	0,0	-0,2	0,2	0,3	0,4
Information und Kommunikation	-0,2	1,6	1,0	0,9	1,0	0,9	1,0	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstl.	0,1	-1,1	-0,9	1,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,7	0,2	0,6	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4
Unternehmensdienstleister	0,6	1,1	0,6	0,9	0,5	0,4	0,4	0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,5	0,0	-0,2	0,1	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Dienstleister	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und arbeitstäglich bereinigt. – ^PEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 4

Die Prognose vom Frühjahr 2015 im Rückblick

Die im März vergangenen Jahres veröffentlichte Prognose des RWI für das Jahr 2015 war gemessen an den im Februar 2016 veröffentlichten VGR etwas zu optimistisch. Statt der erwarteten Zunahme des BIP um 2,1% hat sich lediglich ein Plus von 1,7% ergeben. Allerdings ist der Prognosefehler deutlich geringer als im langfristigen Durchschnitt und entspricht der Unsicherheit über die tatsächliche BIP-Rate gemessen an den in der Vergangenheit durchgeführten Revisionen. Auch bei nahezu allen Komponenten des BIP liegt der Prognosefehler unter dem langfristigen Durchschnitt. Eine Ausnahme ist der Staatsverbrauch, dessen Zunahme deutlich unterschätzt wurde. Dies liegt insbesondere an den im Jahresverlauf deutlich zunehmenden Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration, die zu Jahresbeginn 2015 nicht absehbar waren.

Der Prognosefehler bei den privaten Konsumausgaben liegt zwar im Bereich früherer Fehler. Das Ausmaß, in dem der Konsum überschätzt wurde überrascht jedoch vor dem Hintergrund, dass wichtige Determinanten der Realeinkommen sich besser entwickelten als vor Jahresfrist prognostiziert: Der Ölpreis war im Jahresdurchschnitt niedriger,

Prognose und Istwerte des BIP und seiner Komponenten 2015

	Prognose März 2015	Ist ¹	Absoluter Prognosefehler		Nachrichtlich: Durchschnittliche Revision ⁴
			Bericht März 2015 ³	Durchschnitt 1991-2014	
Privater Konsum	2,6	1,9	0,7	0,8	0,4
Staatskonsum	1,3	2,4	1,0	0,6	0,6
Anlageinvestitionen	2,7	2,2	0,5	2,5	1,6
Ausrüstungen	3,6	4,8	1,2	3,8	1,7
Bauten	2,6	0,3	2,3	2,5	1,5
Vorratsveränderung ⁵	-0,3	-0,5	0,2	0,4 ^a	0,5
Inlandsnachfrage	2,1	1,6	0,5	0,9	0,5
Außenbeitrag ⁵	0,2	0,2	0,0	0,6	0,2
Exporte	4,9	5,4	0,5	2,5	0,9
Importe	5,3	5,8	0,5	2,5	1,1
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,7	0,4	0,7	0,4
nachrichtlich:					
Verbraucherpreise	0,4	0,3	0,1	0,3	0,00

Eigene Berechnungen. – ¹Datenstand 23. Februar 2016. – ²RWI-Konjunkturberichte vom März. – ³Abweichung durch Rundungen. – ⁴Erste Veröffentlichung der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Vergleich zum endgültigen Wert; 1993-2011. – ⁵Wachstumsbeitrag. – ^a1996-2013.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

was die Kaufkraft stärkte, und die Beschäftigung nahm etwas kräftiger zu. Allerdings stiegen die Effektivlöhne langsamer als erwartet; per saldo nahmen die Brutto- wie auch die Nettolöhne und -gehälter geringfügig schwächer zu als vor Jahresfrist prognostiziert. Deutlich ungünstiger entwickelten sich jedoch die Gewinneinkommen. Sie nahmen nur um 0,7% statt den erwarteten 1,7% zu, was sich rein rechnerisch in einem um 0,3%-Punkte geringeren Anstieg der Verfügbaren Einkommen niederschlägt. Dämpfend auf den Konsum wirkte zudem, dass die Sparquote sich etwas stärker erhöhte als erwartet.

Fehler in Prognosen können sich auch dadurch ergeben, dass die ihnen zugrundeliegenden Daten nachträglich revidiert wurden. In der nachstehenden Tabelle wird der Prognosefehler zerlegt in den Beitrag des Überhangs, der sich durch Revisionen in den Daten ergibt, und der Abweichung der prognostizierten Verlaufsrate von der Realisation. Zumeist resultiert der Prognosefehler in der Tat aus einer von uns falsch eingeschätzten Verlaufsrate. Eine Ausnahme sind die Ausrüstungsinvestitionen. Hier ist der Fehler in der Prognose vor allem der Änderung der Daten für das Jahr 2014 und dem daraus resultierenden höheren Überhang geschuldet. Dass der Fehler der Exportprognose im längerfristigen Vergleich gering ausfällt, liegt daran, dass einer zu optimistischen Prognose der Entwicklung im Verlauf von 2015 eine Abwärtsrevision der Daten für 2014 gegenüberstand.

Technische Komponenten der Prognosefehler 2015

	Fehler insgesamt ¹	Veränderung des Überhangs 2014	Fehler in Prognose der Verlaufsrate
Privater Konsum	-0,7	0,1	-0,8
Staatskonsum	1,0	0,2	0,8
Ausrüstungen	1,2	1,4	-0,3
Bauten	-1,9	-0,5	-1,3
Exporte	0,5	-0,4	0,9
Importe	0,5	0,2	0,3
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	0,0	-0,4

Eigene Berechnungen. – ¹Abweichung der am 23. Februar 2016 veröffentlichten Zahl von der Prognose März 2015. Unterschiede zur Tabelle oben durch Arbeitstageeffekte.

Zunehmen wird voraussichtlich weiter die Wertschöpfung der Unternehmensdienstleister und im Grundstücks- und Wohnungswesen; der letztgenannte Bereich profitiert von der steigenden Nachfrage nach Wohneigentum und nach einfachen Wohnungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Letztere dürfte auch die Wertschöpfung in der öffentlichen Verwaltung und im Bereich Bildung und Unterricht stimulieren.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Alles in allem erwarten wir, dass das BIP in diesem Jahr um 1,4% und damit etwas schwächer expandiert als im vergangenen Jahr. Bei der im Jahresverlauf nicht unwahrscheinlichen wieder günstigeren Entwicklung des internationalen Umfelds dürfte sich aber die Konjunktur erneut beleben.

3.2. Zunahme der Beschäftigung setzt sich fort

Wesentlichen Anteil an der robusten Zunahme der Inlandsnachfrage hatte die solide Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2015. Die Erwerbstätigkeit stieg im zehnten Jahr in Folge und ihr Jahresdurchschnitt übertraf erstmals den Wert von 43 Millionen. Der Anstieg fiel mit 329 000 allerdings geringer aus als im Vorjahr. Bremsend dürfte die Einführung des allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50€ je Stunde gewirkt haben, der zu einer kräftigen Reduktion der Geringfügigen Beschäftigung geführt hatte. Im Jahresverlauf beschleunigte sich die Zunahme der Erwerbstätigkeit jedoch wieder. Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit setzte sich fort und war nochmals stärker als im Jahr 2014. Sie erreichte Ende des vergangenen Jahres saisonbereinigt das niedrigste Niveau seit 1991.

Beschäftigungs-
anstieg nur
vorübergehend
gedämpft

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit wurde ausschließlich von der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen; diese nahm im Jahresdurchschnitt um 628 000 zu. Der weitaus überwiegende Teil des Beschäftigungsaufbaus entfiel erneut auf den Dienstleistungssektor. So entstanden zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse insbesondere im Gastgewerbe (im Dezember +6,5% gegenüber dem Vorjahr), bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+6,3%), der Arbeitnehmerüberlassung (+5,7%) und im Wirtschaftszweig Verkehr und Lagerei (+4,4%). Die Beschäftigung in der Öffentlichen Verwaltung, die bislang tendenziell rückläufig war, stieg im letzten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahr. Dies dürfte darauf hinweisen, dass es zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration auch zu Neueinstellungen wohl insbesondere bei den Kommunen kam. Dagegen setzte sich in den Wirtschaftszweigen Bergbau, Energie- u. Wasserversorgung, in der Entsorgungswirtschaft sowie im Finanz- und Versicherungssektor die schwache Beschäftigungsentwicklung fort. Anders als die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind die Zahl der Selbständigen, der Arbeitsmöglichkeiten (Ein-Euro-Jobs) und der geringfügig Beschäftigten gesunken. Es ist anzunehmen, dass ein Teil der Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden sind, da gerade in Wirtschaftszweigen mit einem bislang hohen Anteil von Geringfügig Beschäftigten die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überproportional stieg.

Stellenzuwachs
insbesondere
im Dienst-
leistungs-
sektor

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Tabelle 10

Arbeitsmarktbilanz

2011 bis 2017; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2011	2012	2013	2014	2015	2016 ^p	2017 ^p
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.909	57.845	57.639	58.349	58.999	59.658	60.082
Erwerbstätige Inland	41.577	42.060	42.328	42.703	43.032	43.473	43.801
Erwerbstätige Inländer	41.534	42.007	42.269	42.640	42.964	43.407	43.734
Selbständige	4.563	4.560	4.459	4.397	4.300	4.228	4.165
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	136	77	27	33	32	25	19
Arbeitnehmer	37.014	37.500	37.869	38.306	38.732	39.245	39.636
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28.687	29.341	29.713	30.197	30.829	31.403	31.763
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	5.014	4.981	5.017	5.029	4.853	4.804	4.819
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	4.212	3.928	3.901	3.803	3.631	3.588	3.764
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2.976	2.897	2.950	2.898	2.795	2.759	2.909
Aktivierung und berufliche Eingliederung	161	144	161	162	167	187	207
Berufliche Weiterbildung	178	148	155	161	166	161	157
„Ein-Euro-Jobs“	188	137	111	97	87	76	66
Gründungszuschuss	128	69	19	26	26	23	18
Kurzarbeiter	148	112	124	94	88	80	79
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter)	4.267	3.970	3.949	3.840	3.668	3.620	3.797
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	7,1	6,8	6,9	6,7	6,4	6,3	6,5
Erwerbslosenquote ⁴	5,5	5,0	4,9	4,7	4,3	4,2	4,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. - ¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. - ²Vollzeitäquivalente. - ³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^pEigene Prognose, Angaben gerundet.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen wurde 2015 um 1,1% ausgeweitet. Hier machte sich bemerkbar, dass 2,3 Arbeitstage mehr zur Verfügung standen als im Vorjahr. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen hat sich dabei wie schon im Vorjahr merklich um 0,3% erhöht. Dies könnte darauf hinweisen, dass die Tendenz zu kürzeren Arbeitszeiten zum Stillstand gekommen ist. So hat die Zahl der Vollzeitbeschäftigten

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

allem Anschein nach schneller zugelegt als die der Beschäftigten in Teilzeit. Die Arbeitsproduktivität konnte nochmals gesteigert werden, je Stunde um 0,6%, je Erwerbstätigen um 0,9%.

Das Erwerbspersonenpotenzial dürfte 2015 infolge von Zuwanderung erneut gestiegen sein. So betrug der Wanderungssaldo im vergangenen Jahr nach vorläufigen Schätzungen mindestens 900 000 Personen (Destatis 2016). Hier machte sich insbesondere die Flüchtlingsmigration bemerkbar (Kasten 2). Mindernd auf das Arbeitskräfteangebot wirkt hingegen die natürliche Bevölkerungsbewegung. Von der Erwerbsneigung gingen nur noch geringe Impulse auf das Erwerbspersonenpotenzial aus. So stagnierte die Partizipationsrate der inländischen 15 bis 64-jährigen Bevölkerung im letzten Quartal 2014 und im ersten Quartal 2015, und nahm in den beiden folgenden Quartalen im Vergleich zum Vorjahr jeweils um 0,2%-Punkte ab.¹¹

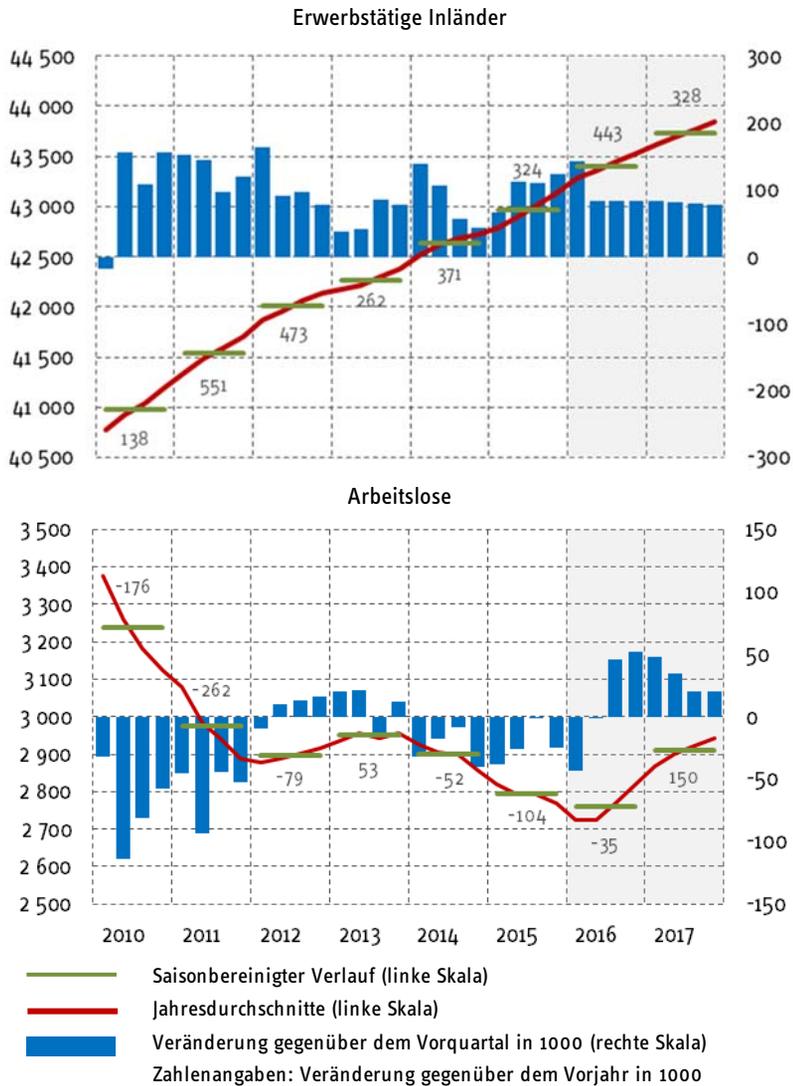
Dabei ist zu beobachten, dass die Erwerbsbeteiligung der Männer seit Ende 2014 gesunken ist, während die Erwerbsneigung der Frauen weiter zugenommen hat. Dies dürfte auf die seit Juli 2014 geltende abschlagsfreie Rente ab 63 zurückzuführen sein. Auf sie haben aufgrund der jeweiligen Erwerbsbiografien mehr Männer als Frauen Anspruch (BA 2016). Insgesamt dürfte der hohe Wanderungssaldo im Jahr 2015 bedeutsamer gewesen und das Erwerbspersonenpotenzial um mehr als 100 000 Personen ausgeweitet worden sein.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen war im Jahresdurchschnitt um 104 000 niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang war der stärkste seit 2011, ist aber gemessen am Anstieg der Erwerbstätigkeit erneut gering. Dies spricht dafür, dass offene Stellen hauptsächlich aus der Stillen Reserve oder dem Kreis der Zuwanderer besetzt wurden. Allem Anschein nach entspricht das Qualifikationsprofil der Arbeitslosen nicht den Anforderungen der Unternehmen. Darüber hinaus gibt es weitere Hinweise auf Engpässe am Arbeitsmarkt. So nimmt die Anzahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen im Trend zu, und auch die Vakanzzeit steigt. Sie lag im Februar 2016 bereits acht Tage über ihrem Vorjahreswert. Dementsprechend erreichte der Anteil der Unternehmen, die in der DIHK Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn 2016 den Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko einschätzten, einen Höchststand.

¹¹ In der Gruppe der 15-74-Jährigen, die für die Schätzung des Produktionspotenzials nach der EU-Methode maßgeblich ist, ist die rückläufige Dynamik weniger ausgeprägt. Die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung im Alter von 65-74 ist also gestiegen.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Schaubild 8
Erwerbstätige und Arbeitslose
 2010 bis 2017; saisonbereinigter Verlauf in 1000 Personen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Im Prognosezeitraum dürfte die Beschäftigung aufwärtsgerichtet bleiben. So ist die Zahl der Offenen Stellen weiterhin hoch. Insbesondere die Öffentlichen Verwaltungen haben im Verlauf des vergangenen Jahres ihr Stellenangebot deutlich ausgeweitet. Hier dürfte sich der Personalbedarf zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingsmigration ebenso bemerkbar machen wie im Wirtschaftszweig Erziehung und Unterricht sowie bei den Wach- und Sicherheitsdiensten. Allerdings lassen die vorlaufenden Indikatoren für die kommenden Monate einen gedämpften Beschäftigungsaufbau erwarten. So ist das ifo Beschäftigungsbarometer sowohl im Januar als auch im Februar gesunken und der BA-X der Bundesagentur für Arbeit ging das erste Mal seit knapp zwei Jahren wieder zurück. Alles in allem erwarten wir für 2016 eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit um ca. 440 000 (1%). Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg mit 330 000 (0,8%) etwas geringer ausfallen (Tabelle 10).

Beschäftigungs-
aufbau setzt sich
mit geringerem
Tempo fort

Das Arbeitsvolumen dürfte bei der von uns erwarteten Produktionsausweitung schwächer zunehmen als 2015. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich gleichwohl ein Zuwachs von 1,1% aufgrund des hohen statistischen Überhangs. Zudem steht nochmals ein Arbeitstag mehr zur Verfügung. Weiterhin dürften die Beschäftigten ihre durchschnittliche Arbeitszeit erhöhen, so dass das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen um 0,1% steigt. Im kommenden Jahr, in dem es zwei Arbeitstage weniger geben wird, dürfte sich die Ausweitung des Arbeitsvolumens verlangsamen und um 0,7% zulegen.

Die Arbeitslosigkeit im Prognosezeitraum dürfte wesentlich von der Flüchtlingsmigration beeinflusst werden. Einerseits stehen die Asylbewerber wegen der Dauer der Asylverfahren und der zunächst anstehenden Qualifizierungsmaßnahmen erst mit Verzögerung vollständig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Daher dürfte die hohe Flüchtlingsmigration in den Jahren 2016 und 2017 nur gedämpft auf die Arbeitslosigkeit durchschlagen. Andererseits dürfte die Integration in den Arbeitsmarkt schleppend verlaufen. In dieser Prognose ist unterstellt, dass das Erwerbspersonenpotential infolge der Flüchtlingsmigration insgesamt um etwa 325 000 in diesem und um 400 000 im kommenden Jahr steigen wird (Schaubild 8).

Arbeitslosigkeit
zunehmend
durch Flüchtlings-
migration
beeinflusst

Zu Jahresbeginn ist die Anzahl der registrierten Arbeitslosen erneut gesunken und liegt weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Für die zwei kommenden Monate lässt das IAB-Arbeitsmarktbarometer keinen Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit erwarten. Im Verlauf des Jahres dürfte sie jedoch allmählich anziehen, da mehr und mehr Personen aus den Asylyugangsländern als arbeitslos registriert werden.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Zwischen Mitte 2015 und Anfang 2016 hat die Zahl der Arbeitslosen aus nicht-europäischen Asylzugangsländern bereits beschleunigt zugenommen.¹² Im Durchschnitt erwarten wir für 2016 einen Abbau der Arbeitslosigkeit in Höhe von ca. 35 000 Personen, zumal die hohe Abnahme der Anzahl der registrierten Arbeitslosen aus dem Vorjahr nachwirkt. Im kommenden Jahr dürfte sie durchschnittlich um 150 000 steigen. Die Arbeitslosenquote liegt damit 2015 bei 6,3% und 2016 bei 6,5%.

4. Löhne und Preise

4.1. Keine Beschleunigung des Lohnanstiegs

Im Jahr 2015 nahmen die Löhne angesichts des allem Anschein nach hohen Arbeitskräftebedarfs verhalten zu. Während die Effektivlöhne stärker stiegen als 2014, blieben die Tariflohnerhöhungen deutlich hinter denen aus dem Vorjahr zurück. Die Tariflöhne je Stunde erhöhten sich um 2,4%, die je Arbeitnehmer um 2,3%. In mehreren Branchen kamen Nullmonate zum Tragen, was den durchschnittlichen Tariflohnanstieg dämpfte. Weiterhin wurden aufgrund lang laufender Verträge in einigen Branchen keine Neuabschlüsse ausgehandelt. Dort gab es relativ geringe Stufenerhöhungen; in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie wurden die Löhne und Gehälter sogar nicht angehoben.

Tariflöhne stiegen schwächer als im Vorjahr

Effektiv stiegen die Stundenlöhne im vergangenen Jahr ebenfalls um 2,4%. Obwohl 2,3 Arbeitstage mehr zur Verfügung standen, was normalerweise negativ auf die Stundenverdienste wirkt, fiel die Lohndrift leicht positiv aus. Der Grund dafür dürfte die Einführung des allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohns gewesen sein, der insbesondere in Ostdeutschland die Löhne der gering qualifizierten Arbeitnehmer deutlich erhöhte. So stiegen dort im ersten Quartal 2015 die durchschnittlichen Verdienste der ungelernten Arbeiter um 9,4% und die der Angelernten um 6,4%. In Deutschland gesamt fiel der Zuwachs mit 3,1 bzw. 2,7% moderater aus.

Positive Lohndrift durch Mindestlohn

Ebenfalls lassen sich branchenspezifische Effekte erkennen. Zum Beispiel beschleunigten sich in personalintensiven Dienstleistungszweigen, wie dem Handel, dem Gastgewerbe und dem Bereich Verkehr und Lagerei, in denen ein hoher Teil der Beschäftigten niedrig entlohnt wird, der Lohnanstieg in den ostdeutschen Bundesländern in den ersten drei Monaten 2015 deutlich. Da die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im Vorjahresvergleich abermals – um 0,4% – zunahm, erhöhten sich in Deutschland gesamt die Effektivlöhne je Beschäftigten um 2,9%.

¹² Bei der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist eine ähnliche Dynamik zu beobachten, wenngleich die Zunahmen moderater ausfielen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 11

Löhne und Lohnkosten

2013 bis 2017; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2013	2014	2015	2016 ^P	2017 ^P
Je Arbeitnehmer					
Tariflöhne	2,5	2,9	2,3	2,5	2,4
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	2,1	2,7	2,9	2,6	2,6
Lohndrift	-0,4	-0,2	0,6	0,1	0,2
Je Stunde					
Tariflöhne	2,5	3,0	2,4	2,5	2,4
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	2,9	2,1	2,4	2,4	2,5
Lohndrift	0,4	-0,9	0,1	-0,1	0,1
Arbeitskosten (nominal)	2,6	2,0	2,3	2,3	2,5
Arbeitskosten (real)	0,5	0,3	0,2	0,4	1,1
Lohnstückkosten (nominal)	2,2	1,9	1,8	2,1	1,8
Lohnstückkosten (real)	0,1	0,2	-0,2	0,2	0,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Im Inland. – ^PEigene Prognose.

In der laufenden Tarifrunde wurden bisher nur Abschlüsse für kleinere Branchen (Süßwarenindustrie und Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie) getätigt. In einigen bedeutsamen Tarifbereichen wie der Metall- und Elektroindustrie und dem Bauhauptgewerbe haben die Verhandlungen erst begonnen; im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden steht der Verhandlungsaufakt Ende März an. Die Forderungen der Arbeitnehmerseite liegen im Bereich von 4,5 bis 6%. Die tatsächlichen Abschlüsse dürften – wie üblich – deutlich darunter bleiben. Für das Jahr 2016 erwarten wir alles in allem einen Anstieg der Tariflöhne je Stunde bzw. je Arbeitnehmer um 2,5%. Im kommenden Jahr dürften die Tariflöhne um 2,4% zulegen. Die Abschlüsse blieben mithin im Verteilungsspielraum, den wir angesichts eines trendmäßigen Wachstums der Arbeitsproduktivität von gut 1% und einer trendmäßigen Inflation (gemessen am BIP-Deflator) von 1½% auf rund 2½% schätzen.

Vom Mindestlohn dürften kaum noch Impulse für die Lohndynamik ausgehen. Eine erstmalige Anhebung des derzeitigen Niveaus von 8,50 € je Stunde ist zum Januar 2017 vorgesehen. Die Mindestlohnkommission wird sich bei der Festlegung der neuen

Tarifabschlüsse
bleiben im
Rahmen des
Verteilungs-
spielraums

4. Löhne und Preise

Lohnuntergrenze am monatlichen Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen des Statistischen Bundesamts orientieren.¹³ Dieser ist zwischen Dezember 2014 und Februar 2016 um 2,6% gestiegen. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Anhebung des Mindestlohns weniger als 50 Cent betragen wird.

Angesichts einer günstigen Arbeitsmarktlage dürften die Effektivlöhne im Prognosezeitraum weiter solide steigen. Da jedoch 2016 ein weiterer Arbeitstag mehr zur Verfügung steht, dürfte die Erhöhung der effektiven Löhne und Gehälter je Stunde in diesem Jahr mit 2,4% leicht hinter der Tariflohnentwicklung zurückbleiben. Die Arbeitnehmer werden allerdings ihre Arbeitszeit erneut ausweiten. Deshalb erwarten wir einen Anstieg der Effektivlöhne um 2,6%. Im kommenden Jahr dürften die effektiven Löhne je Stunde um 2,5% zunehmen, je Arbeitnehmer um 2,6%.

4.2 Inflation wird von Energiepreisen geprägt

Der Auftrieb der Verbraucherpreise ist weiterhin sehr gering. Im Durchschnitt des Jahres 2015 betrug die Inflation 0,3%. Zwar beschleunigte sie sich bis zum Jahreswechsel leicht, von 0,0% im September 2015 auf 0,5% im Januar 2016. Im Februar stagnierten die Preise im Vorjahresvergleich allerdings wieder. Maßgeblich für den neuerlichen Rückgang sind der seit Jahresbeginn weiter gesunkene Ölpreis und der damit einhergehende Rückgang der Energiepreise. Im Februar lagen diese um 8,5% unter dem Vorjahreswert. Die Kerninflation (Verbraucherpreise ohne Energiepreise) schwankt hingen seit knapp zwei Jahren um etwa 1%, im Februar betrug sie 0,9%.

Im Prognosezeitraum dürfte der Preisauftrieb zwar anziehen, jedoch schwach bleiben. Maßgeblich sind auch hier die in den vergangenen Monaten gesunkenen Energiepreise. Allerdings dürfte dieser Effekt im Verlauf des Prognosezeitraums auslaufen. Aber auch der endogene Preisauftrieb dürfte nur moderat ausfallen. Es zeichnet sich ab, dass der Lohnanstieg hinter dem der vergangenen Jahre zurückbleibt, und die Eintrübung der konjunkturellen Erwartungen dürfte den Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen zumindest kurzfristig negativ beeinflussen.

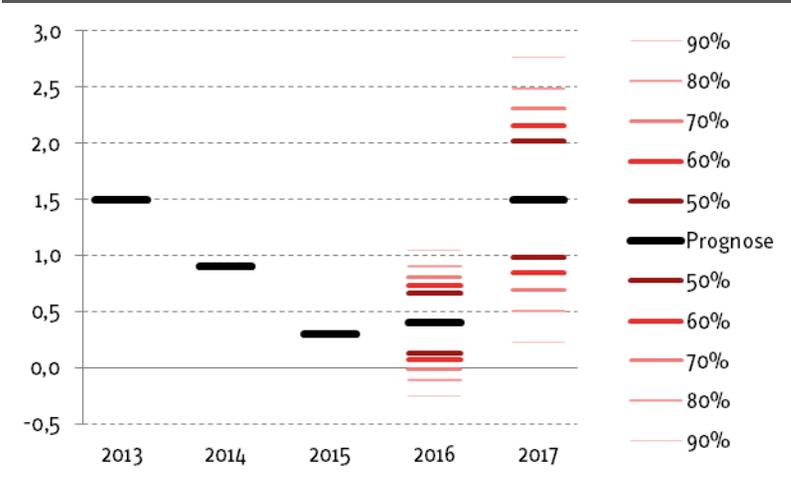
Im kommenden Jahr wird die Inflation dann voraussichtlich deutlich stärker, wenn gleich insgesamt auch nur moderat, ausfallen. Zum einen wird sich die Inflationsrate bei auslaufendem Basiseffekt gesunkener Ölpreise der Kerninflation annähern. Zum anderen wird die Kerninflation anziehen. Hierfür spricht auch die zu erwartende Nachfrage nach Wohnraum aufgrund der gestiegenen Zuwanderung. So fielen Mietsteigerungen für Wohnungen am unteren Ende der Qualitätsskala (Altbauwohnung

Kerninflation
verharrte
bei 1%

¹³ Geschäftsordnung der Mindestlohnkommission, http://www.mindestlohn-kommission.de/SharedDocs/Downloads/DE/Geschaeftsordnung.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 9
Prognoseintervalle für den Anstieg der Verbraucherpreise
 2013 bis 2017; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Das Prognoseintervall für die Inflationsrate wird analog zum Intervall für die BIP-Prognose (Schaubild 6) aus den Fehlern der Inflationsprognose im Zeitraum 1991 bis 2015 abgeleitet.

bis 70 Quadratmeter) in den vergangenen Monaten bereits deutlicher aus als für höherwertige Objekte.

Mieten für einfache Wohnungen ziehen an

Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die Inflation sich von 0,4% in diesem auf 1,5% im kommenden Jahr beschleunigt. Beruhend auf den Fehlern vergangener Prognosen ergibt sich daraus ein 80%-Konfidenzintervall, das von -0,1 bis 0,9 reicht (Schaubild 9). Das Konfidenzband für das kommende Jahr ist deutlich breiter. Die Kerninflation dürfte sich von 1,2% auf 1,5% im Jahr 2016 leicht beschleunigen.

5. Sinkender Budgetüberschuss durch Aufwendungen infolge der Flüchtlingsmigration

Die Finanzlage des Staates hat sich im vergangenen Jahr weiter verbessert. Der Budgetüberschuss stieg von 9 Mrd. € auf 19,4 Mrd. € – den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Ausschlaggebend hierfür waren zum einen die aufgrund der guten Binnenkonjunktur kräftig sprudelnden Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben. Hinzu kam der Wegfall temporärer Belastungen aufgrund von Gerichtsurteilen,

5. Öffentliche Finanzen

die im Jahr 2014 zu erhöhten Steuererstattungen geführt hatten.¹⁴ Zum anderen sanken aufgrund der äußerst günstigen Refinanzierungskonditionen erneut die Zinsausgaben; ausgabemindernd wirkte zudem die Buchung der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.¹⁵

Nach den einschlägigen Konjunkturbereinigungsverfahren, welche die finanziellen Folgen der derzeitigen Niedrigzinsphase nicht berücksichtigen, kann der Budgetüberschuss als strukturell klassifiziert werden, da die Produktionskapazitäten der deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahr annähernd normal ausgelastet waren und die Produktionslücke somit weitgehend geschlossen war (Barabas et al. 2016).

Hoher
Budget-
überschuss
im Jahr 2015

In diesem Jahr ist die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet. Zum einen hat die Bundesregierung u.a. die Mittel für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, die Energieeffizienz und den Klimaschutz aufgestockt. Zudem gibt sie Investitionszuschüsse an finanzschwache Kommunen und stockt die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf. Zum anderen werden das Kindergeld, das Wohngeld und das BAföG erhöht und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgeweitet. Drittens ergeben sich steuerliche Entlastungen daraus, dass der Grund- und der Kinderfreibetrag bei der Einkommensteuer nochmals angehoben wurden und die in den Jahren 2014 und 2015 aufgelaufenen Mehrbelastungen aus der kalten Progression abgebaut werden. Zudem wird die steuerliche Freistellung von Altersvorsorgeaufwendungen ausgebaut. Schließlich sind die Krankenhausstrukturreform und das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention mit Mehrausgaben verbunden.

Finanzpolitik
im Prognose-
zeitraum expansiv
ausgerichtet

All diesen Mehrausgaben stehen geringe Mehreinnahmen durch die Ausweitung der LKW-Maut und die Anhebung der kassenindividuellen Zusatzbeiträge gegenüber. Insgesamt belaufen sich die aus den diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen resultierenden Impulse für die Konjunktur auf 10 Mrd. € bzw. in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 0,3% (Tabelle 12).

¹⁴ Die aus zwei Urteilen des Bundesfinanzhofes aus dem Jahr 2014 resultierenden Ansprüche auf Steuererstattungen von schätzungsweise 8 Mrd. €, die den Unternehmen erst in den Folgejahren zufließen, werden in den VGR als Vermögensübertragungen an Unternehmen zum Zeitpunkt der Rechtskräftigkeit des Urteils („accrual“) gebucht.

¹⁵ Die Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen in Höhe von 5,1 Mrd. € werden in den VGR auf der Ausgabenseite als Veräußerung von nichtproduzierten Vermögensgütern und damit als negative Staatsausgaben gebucht. Sie werden aber nicht zum Zeitpunkt der Versteigerung, sondern bei Beginn der effektiven Nutzbarkeit der Funkfrequenzen gebucht. Dadurch wurde nur ein sehr geringer Teil (0,5 Mrd. €) im Jahr 2015 gebucht; der überwiegende Teil schlägt in den Jahren 2017 (3,8 Mrd. €), 2018 (0,2 Mrd. €) und 2019 (0,6 Mrd. €) zu Buche (Statistisches Bundesamt 2016; Deutsche Bundesbank 2016: 62.).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 12

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und Haushaltsentlastungen (+) gegenüber 2015 in Mrd. €

	2016	2017
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Erhöhung von Kindergeld, Grund- und Kinderfreibetrag sowie Abbau der kalten Progression aus den Jahren 2014/2015	-4,7	-4,5
Alterseinkünftegesetz	-1,1	-2,2
Sonstige steuerliche Maßnahmen	0,0	-0,2
Ausweitung der Mautpflicht auf weitere Stecken und Fahrzeuge	0,3	0,3
Einnahmen der Sozialversicherung		
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1.1.2017 um 0,2 Prozentpunkte	-	2,5
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um jeweils 0,2 Prozentpunkte in 2016 und 2017	2,4	4,8
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Zusätzliche investive Ausgaben	-2,8	-4,2
Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-0,5	-0,5
Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau	-0,5	-1,0
Erhöhung der BAföG-Leistungen	-0,1	-0,3
Reform des Wohngeldrechts und Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes	-0,6	-0,6
Programm für Bildung und Erziehung	-0,4	-0,8
Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen	-0,9	-1,5
Ausgaben der Sozialversicherung		
Zweites Pflegestärkungsgesetz	-	-2,5
Krankenhausstrukturgesetz	-0,7	-1,4
Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention	-0,2	-0,3
Insgesamt	-9,9	-12,5
In Relation zum nominalen BIP	-0,3%	-0,4%
Nachrichtlich:		
Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration	-10,2	-12,2

Berechnungen des RWI nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen. - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen. - ²Die Wirkungen der Steuerrechtänderungen sind auf das Kassenjahr bezogen.

Für das kommende Jahr ist nur mit geringen finanzpolitischen Impulsen zu rechnen. Sie resultieren vorwiegend aus in den Vorjahren aufgelegten Investitionsprogrammen. Ausgeweitet werden zwar die Leistungen der Pflegeversicherung, insbesondere zur besseren Versorgung von Demenzerkrankten, doch wird zu ihrer Finanzierung

5. Öffentliche Finanzen

der Beitragssatz um 0,2%-Punkte angehoben. Zudem dürften erneut viele Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge anheben. Alles in allem dürften sich die finanzpolitischen Impulse im Jahr 2017 gegenüber 2016 auf knapp 3 Mrd. € belaufen.

Über die diskretionären Maßnahmen hinaus führt die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen zu beträchtlichen Mehrausgaben des Staates. Das RWI geht davon aus, dass sich die Aufwendungen für die Unterbringung, die Versorgung und die Integration der Asylbewerber in diesem Jahr auf 12½ Mrd. € belaufen, nach reichlich 7 Mrd. € im Vorjahr (Kasten 2). Für das kommende Jahr ist mit leicht höheren Aufwendungen zu rechnen. Einerseits dürfte die Flüchtlingsmigration abnehmen, andererseits dürfte die Arbeitsmarktintegration der anerkannten Asylbewerber schleppend verlaufen, so dass sie in höherem Umfang Anspruch auf Leistungen nach SGB II haben.

Flüchtlingsmigration führt zu Mehrausgaben des Staates

Die Ausgaben des Staates dürften vor diesem Hintergrund in diesem Jahr um 3,7% und im kommenden Jahr um 3,8% expandieren. Bereinigt um Einmaleffekte, die aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen resultieren, beläuft sich der Anstieg im Jahr 2017 auf 4,1%.

Die Vorleistungen des Staates, die auch Unterbringungskosten der Flüchtlinge umfassen, dürften in diesem und im kommenden Jahr mit 4,9% bzw. 3,5% kräftig zulegen. Noch stärker werden die sozialen Sachleistungen mit 5,6% in diesem und 5,8% im kommenden Jahr expandieren; dies ist neben den flüchtlingsbedingten Mehrausgaben vor allem auf Leistungsausweitungen zurückzuführen. Zum einen ist im Juli vergangenen Jahres das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention in Kraft getreten. Zum anderen trat zu Beginn dieses Jahres die Krankenhausstrukturreform in Kraft, die eine qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung sicherstellen soll. Schließlich werden durch das Pflegestärkungsgesetz II ab Beginn des kommenden Jahres die Leistungen in der Pflegeversicherung insbesondere zur besseren Versorgung der Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz ausgeweitet.

Höhere Sachleistungen im Gesundheitswesen

Überdurchschnittliche Ausgabenzuwächse sind auch bei den monetären Sozialleistungen zu erwarten. Ausschlaggebend hierfür ist insbesondere die zu erwartende kräftige Anhebung der Altersrenten. Darin schlagen sich nicht nur die zunehmende Beschäftigung und die steigenden Löhne nieder, sondern auch Nachholeffekte bei der Berechnung des Rentenanstiegs.¹⁶ Zudem nehmen die Leistungen nach dem SGB II

¹⁶ Bei der Anpassung der Renten 2015 wurde noch nicht berücksichtigt, dass Änderungen in der Beschäftigtenstatistik im Jahr zuvor die Höhe der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer – einen Faktor, der den Rentenwert beeinflusst – nach unten verzerrt hatten. Um diesen statistischen Sondereffekt zu kompensieren, wird die Rentenerhöhung dieses Jahr entsprechend höher ausfallen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

merklich zu, da Flüchtlinge nach erfolgter Anerkennung in zunehmendem Maße die staatliche Grundsicherung (Hartz IV) beziehen. Ferner werden die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Ausgaben für Sprach- und Integrationskurse ausgeweitet (BMWi 2016: 88-89). Ausgabensteigernd wirkt darüber hinaus, dass das Kindergeld, das Wohngeld und die BAföG-Leistungen aufgestockt wurden. Damit dürften die Transfers in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 4,4% zunehmen.

Staat weitet
Personal-
bestand aus

Die Personalausgaben des Staates dürften in diesem und im kommenden Jahr um 3,1% bzw. 3,0% steigen. Dies ist nicht nur auf Tarifsteigerungen zurückzuführen, sondern auch auf Ausweitungen des Personalbestands insbesondere bei der Polizei, beim Zoll sowie in den Bereichen Schule und Sozialarbeit, die nicht zuletzt als Reaktion auf die Flüchtlingsmigration zu erwarten sind.

Zusätzliche Ausgaben zeichnen sich ab, um die Lage in den Flüchtlingslagern in den Krisenregionen zu verbessern und die EU-Außengrenzen zu sichern. Hingegen dürften die Abführungen an die EU in diesem Jahr leicht sinken. Steigernd auf die Vermögentransfers wirkt, dass die Bundesregierung die Mittel für den sozialen Wohnungsbau aufgestockt hat.¹⁷

Die staatlichen Bruttoinvestitionen dürften aufgrund der angesprochenen Programme in diesem und dem kommenden Jahr um 3,2% bzw. und 3,6% und damit stärker als zuletzt zulegen. Für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und den Klimaschutz sowie die Städtebauförderung in den Jahren 2016 bis 2018 stehen zusätzliche Mittel von 10 Mrd. €, zur Förderung kommunaler Investitionen von 3,5 Mrd. € und für den Breitbandausbau von 2,7 Mrd. € zur Verfügung.¹⁸ Diese Mittel dürften verstärkt abgerufen werden. Höhere Investitionen lässt auch die verbesserte Finanzlage vieler Gemeinden¹⁹ erwarten, auf die jedoch zugleich höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration zukommen. Die hier prognostizierten Investitionssteigerungen setzen allerdings voraus, dass trotz der guten Auslastung der Bauwirtschaft keine angebotsseitigen Engpässe entstehen. Zudem könnten sich die Planungskapazitäten der Kommunen als limitierender Faktor erweisen, und es könnte auch in stärkerem Maße als unterstellt zu Mitnahmeeffekten kommen. Jedenfalls sind im vergangenen Jahr die öffentlichen Investitionen sogar leicht gesunken, obwohl viele der genannten Programme schon bereit standen.

Investitions-
programme
werden verstärkt
genutzt

17 Die steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus mindert erst mittelfristig das Steueraufkommen; die Mindereinnahmen dürften von 0,03 Mrd. € im Jahr 2017 auf 1,20 Mrd. € im Jahr 2020 steigen.

18 Mit dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds werden Investitionen von finanzschwachen Kommunen bis zu 90% bezuschusst; der Kofinanzierungsanteil der Kommunen von mindestens 10% kann auch vom Land übernommen werden.

19 Die Gemeinden erzielten im vergangenen Jahr einen Überschuss von 3,9 Mrd. €, nach einem Defizit von 2,4 Mrd. € in 2014.

5. Öffentliche Finanzen

Die Zinsausgaben des Staates werden in diesem Jahr abermals abnehmen und zwar um 4,7%. Weiterhin profitieren die Gebietskörperschaften bei der Refinanzierung fälliger Schuldtitel von dem historisch niedrigen Zinsniveau. Zudem wird sich der gesamtstaatliche Schuldenstand aufgrund der Budgetüberschüsse bei Bund und Ländern weiter verringern. Im kommenden Jahr dürften die Zinsausgaben mit 2,6% etwas langsamer sinken, weil in zunehmendem Maße ohnehin schon niedrig verzinsten Anleihen zur Refinanzierung anstehen.

Weitere
Einsparungen
bei den
Zinsausgaben

Die Staatseinnahmen dürften in diesem Jahr mit einem Plus von 2,5% langsamer zulegen als im Vorjahr (3,9%). Für 2017 ist hingegen ein stärkerer Anstieg um 4,1% zu erwarten. Prägend wirkt hier die Entwicklung bei den Steuern, auf die knapp die Hälfte der Einnahmen entfällt; ihr Anstieg wird sich in 2016 auf 1,9% verlangsamen. Zwar sprechen die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter sowie der Inlandsnachfrage für sich genommen für höhere Zuwächse, doch dämpfen die angesprochenen Steuerrechtsänderungen per saldo den Anstieg. Im kommenden Jahr dürfte das Steueraufkommen mit 4,5% verstärkt zunehmen, weil sich die steuerlichen Bemessungsgrundlagen aufgrund der binnenwirtschaftlich getragenen Konjunktur weiterhin deutlich verbessern dürften und keine weiteren Steuerentlastungen zu erwarten sind. Zudem greift die kalte Progression wieder ungeschmälert.

Staatseinnahmen
steigen dank
guter Binnen-
konjunktur
kräftig

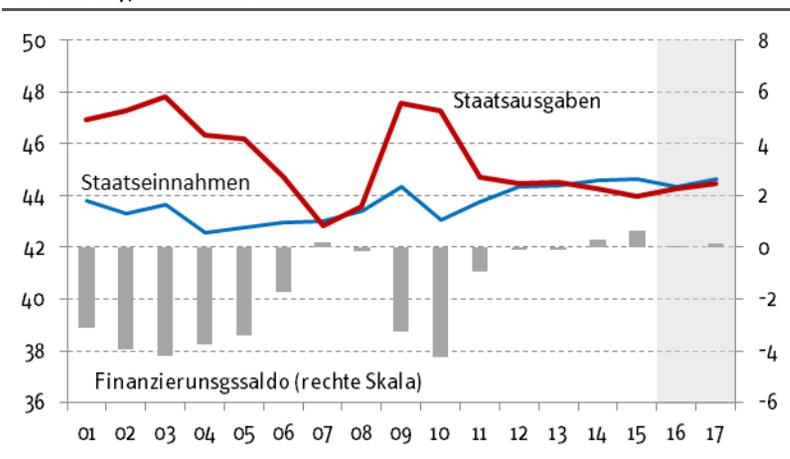
Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherungen wird in diesem und im kommenden Jahr mit 4,1% bzw. 4,3% expandieren. Ausschlaggebend für den kräftigen Anstieg ist zum einen der aus dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau und den merklichen Einkommenssteigerungen resultierende Anstieg der Lohnsumme. Zum anderen wurden neben der üblichen Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen von vielen Krankenkassen die Zusatzbeiträge erhöht, im Durchschnitt um 0,2%-Punkte auf 1,1%. Für das kommende Jahr ist ein stärkerer Anstieg der Beitragsbelastung zu erwarten, weil viele Krankenkassen den Zusatzbeitrag abermals erhöhen dürften und bereits ein um 0,2%-Punkte höherer Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung beschlossen wurde. Damit wird die gesamte Beitragsbelastung erstmals seit 2012 wieder die Marke von 40% übersteigen.

Die übrigen Einnahmen des Staates dürften in diesem und im kommenden Jahr um 0,1% bzw. 1,5% zulegen. Zwar kommt es einerseits zu Mehreinnahmen, weil das mautpflichtige Streckennetz ausgedehnt sowie der Kreis der mautpflichtigen Fahrzeuge ausgeweitet wurden²⁰ und weil viele Kommunen ihre Gebühren weiter

²⁰ Die Mautpflicht wurde zum 1. Juli 2015 auf weitere rund 1100 km vierspurige Bundesstraßen ausgedehnt. Zum 1. Oktober 2015 wurde die Mautpflichtgrenze von 12 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht auf 7,5 Tonnen gesenkt.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 10
Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates
2001 bis 2017; in Relation zum BIP



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. In der Abgrenzung der VGR; 2016 und 2017 eigene Prognose.

anheben. Andererseits dürften die in Abgrenzung der VGR als empfangene Vermögenseinkommen gebuchten Erbschaftsteuereinnahmen in beiden Jahren deutlich geringer ausfallen als im Jahr 2015, in das viele Unternehmen im Vorfeld der anstehenden Erbschaftsteuerreform Schenkungen vorgezogen hatten, um in den Genuss der alten Begünstigungsregeln zu kommen. Zudem wird die Ausschüttung der Deutschen Bundesbank, die in diesem Jahr mit 3,2 Mrd. € höher als im Vorjahr ausfällt, voraussichtlich nur zu 1,5 Mrd. € in den VGR gebucht.

Durch die Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration und die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik werden die budgetären Spielräume des Staates in diesem Jahr zwar enger, doch wird er insbesondere aufgrund der steuerergiebigen Struktur der gesamtwirtschaftlichen Expansion und weiterer Einsparungen beim Schuldendienst wieder einen Budgetüberschuss erzielen, und zwar voraussichtlich von knapp 4 Mrd. € bzw. in Relation zum BIP von 0,1% (Schaubild 10). Für 2017 zeichnet sich ein Überschuss von 8 Mrd. € ab, da dann der progressive Einkommensteuertarif wieder ungeschmälert greift. Zudem schlagen die Einnahmen aus der Nutzung von Funkfrequenzen im Staatshaushalt positiv zu Buche.

Nur noch
geringer
Budgetüberschuss
zu erwarten

5. Öffentliche Finanzen

Die gute Finanzlage des Staates trägt in Verbindung mit dem weiteren Portfolioabbau der staatlichen *Bad Banks*²¹ und dem Zuwachs des nominalen BIP zum kontinuierlichen Rückgang der Staatsschuldenquote bei. Sie dürfte im kommenden Jahr auf 66% sinken und damit nur noch wenig über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 60% liegen.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft befindet sich ungeachtet des außenwirtschaftlich verursachten Dämpfers in einer robusten Verfassung. Die Beschäftigung bleibt voraussichtlich aufwärts gerichtet und das BIP nimmt nach der vorliegenden Prognose mit Raten zu, die sich in der Größenordnung des Wachstums des Produktionspotenzials bewegen. Dabei ist für den Staatshaushalt trotz erheblicher Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingsmigration ein Überschuss zu erwarten. Allerdings ist die günstige Konstellation zu einem erheblichen Teil Faktoren zu verdanken, die außerhalb des direkten Einflusses der deutschen Wirtschaftspolitik liegen.

Ein bestimmender Faktor der Konjunktur derzeit und wohl auch im Prognosezeitraum ist die hohe Flüchtlingsmigration. Da erhebliche Aufwendungen für Unterbringung, Verpflegung und Integration der Migranten anfallen und in der öffentlichen Verwaltung zusätzliche Stellen geschaffen werden, wirkt sie kurzfristig wie ein defizit-finanziertes Nachfrageprogramm.

Sie ist aber für die mittlere Frist mit Risiken verbunden. Zwar wirkt sich die Migration, da das Arbeitskräftepotenzial steigen wird, positiv auf das Produktionspotenzial aus. Allerdings dürfte die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt aller Erfahrung nach schleppend verlaufen (Brücker et al. 2015), so dass ein beträchtlicher Teil der Migranten vorerst arbeitslos sein dürfte. Dies erhöht die Sozialausgaben, weshalb die Abgabenbelastung für einige Zeit höher ausfallen könnte, als sie ohne die Migration gewesen wäre. Wie die Bilanz der Migration für den Staatshaushalt und für das Wachstum ausfallen wird, ist vor diesem Hintergrund offen. Will man die Chancen nutzen, die eine Zuwanderung überwiegend junger Menschen für eine alternde Gesellschaft bietet, ist die Integration in den Arbeitsmarkt der Schlüssel, was zunächst mit erheblichen Kosten verbunden ist und erst nach Jahren Erfolge zeigen dürfte (Bauer 2015).

Flüchtlings-
migration
schiebt
kurzfristig
Konjunktur ...

... ist aber
Herausforderung
für die
Zukunft

²¹ Der Beitrag der *Bad Banks* zum Schuldenstand des Staates dürfte sich auf 4,4% in Relation zum BIP in diesem auf 3,9% im kommenden Jahr verringern.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Geldpolitik
der EZB
stimuliert
deutsche
Wirtschaft ...

Der zweite bestimmende Faktor der Konjunktur ist schon seit einiger Zeit die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der EZB. Diese hat Anfang März 2016 den Expansionsgrad ihrer Politik nochmals erhöht. Durch diese Politik sind die Kreditzinsen auf historische Tiefststände geführt worden. Niedrige Finanzierungskosten in Verbindung mit geringen Renditen alternativer Kapitalanlagen sind wesentliche Gründe dafür, dass sich die Bauinvestitionen in Deutschland auf einem robusten, wenn auch nicht allzu steilen Aufwärtstrend befinden. Dieser wird durch die Migration und den durch sie bedingten erhöhten Bedarf an Wohnraum verstärkt. Zudem sind die niedrigen Zinsen ein wesentlicher Grund für die gute Lage der öffentlichen Haushalte, da sie trotz der seit 2008 gestiegenen Staatsverschuldung zu sinkenden Zinsausgaben führen.

... ist aber mit
zunehmenden
Risiken
verbunden

Angesichts nach wie vor deutlich unterausgelasteter Produktionskapazitäten im Euro-Raum und einer Inflation unterhalb der Zielrate der EZB ist eine expansive Ausrichtung der Geldpolitik zwar angemessen. Allerdings ist diese Politik auf die mittlere Frist mit nicht unerheblichen Risiken verbunden. So wird der Druck, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und Strukturreformen vorzunehmen, durch die niedrige Verzinsung von Staatsanleihen vermindert. Selbst Deutschland, das derzeit einzige Land des Euro-Raums mit einem Haushaltsüberschuss, wiese bei unveränderter Politik ein Haushaltsdefizit auf, wenn die Verzinsung der Staatsanleihen noch der vor Beginn der expansiven Geldpolitik der EZB entsprechen würde.

Ein weiteres Risiko resultiert daraus, dass Anleger auf der Suche nach Rendite riskantere Anlageformen wählen, und dubiose Projekte eine Finanzierung finden, mit womöglich negativen Folgen für die Stabilität der Finanzmärkte. Ein weiteres Risiko stellt die Nullzinspolitik auch für kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme dar. So wurde der Garantiezins für Lebensversicherung von 2,25% (die ab dem Januar 2007 galten) auf 1,25% herabgesetzt, was entweder zu künftig niedrigeren Renten führt oder höhere Sparleistungen erfordert, um eine angestrebte Rente zu erreichen. Schließlich dürfte es mit jedem Schritt hin zu einer expansiveren Politik schwerer werden, aus dieser wieder auszusteigen.

Zudem sind Zweifel angebracht, ob die nochmalige Erhöhung des Expansionsgrades der EZB-Politik die mit ihr angestrebten Ziele überhaupt erreichen kann. Der Zugang zu Krediten stellt inzwischen, folgt man der SAFE-Umfrage oder dem *Bank Lending Survey*, für die Unternehmen in den meisten Ländern nicht mehr das zentrale Problem dar. In Deutschland, der größten Volkswirtschaft des Euro-Raums, sind die Unternehmen sogar Netto-Sparer.

6. Zur Wirtschaftspolitik

6.1 Geldpolitik: Ein riskanter Weg

Als Reaktion auf den nur sehr geringen Preisauftrieb im Euro-Raum hat die EZB den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik in zwei Schritten – im Dezember des vergangenen sowie im März dieses Jahres – erhöht. Die Zinsen für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden auf 0,0%, die Verzinsung der Einlage- und der Spitzenrefinanzierungsfazilität auf -0,4% bzw. 0,25% gesenkt.

Ebenfalls beschlossen wurde eine Ausweitung des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (*Asset Purchase Programme – APP*).²² Im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (*Corporate Sector Purchase Programme – CSPP*) sollen ab Ende des zweiten Quartals auf Euro laufende Anleihen von Unternehmen im Euro-Raum mit Investment-Grade Rating erworben werden. Statt der bisherigen 60 Mrd. € wird das Gesamtvolumen der monatlichen Ankäufe ab April auf 80 Mrd. € pro Monat ausgeweitet. Das APP soll bis mindestens März 2017 fortgeführt und Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP gehaltenen Papiere wieder angelegt werden. Zudem wurde die Liste der Papiere, welche für das Programm für den Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (*Public Sector Purchase Programme – PSPP*) zugelassen sind, auf auf Euro lautende marktfähige Schuldtitel von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Euro-Raum ausgedehnt.

Neben den Veränderungen der Ankaufprogramme wurden auch vier neue längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (*Targeted Longer Term Refinancing Operations – TLTRO2*) mit einer Laufzeit von vier Jahren angekündigt. Diese sollen im Zeitraum zwischen Juni 2016 und März 2017 zugeteilt werden. Wie bereits bei den im Juni angekündigten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften richtet sich die Summe, welche sich Banken bei der EZB leihen können, nach der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte ausschließlich Wohnungsbaukredite. Die Verzinsung der Geschäfte richtet sich nach dem Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte zum Zeitpunkt der Zuteilung, kann jedoch in Abhängigkeit der Kreditvergabe bis auf den Satz der Einlagefazilität sinken. Schlussendlich sollen Hauptrefinanzierungsgeschäfte bis mindestens zum Ende der letzten Reserveperiode des Jahres 2017 als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt werden.

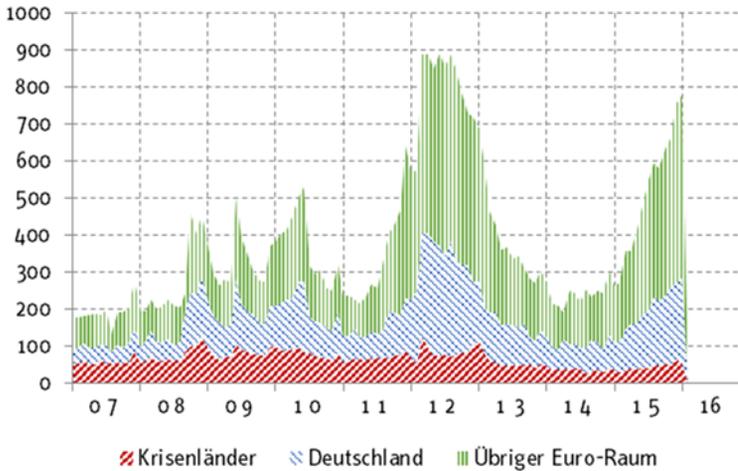
EZB weitet
Ankauf-
programme
aus ...

... und
tätigt weitere
langfristige
Refinanzierungs-
geschäfte

²² Bisher setzte sich das APP aus dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten der öffentlichen Hand (*Public Sector Purchase Programme – PSPP*), dem Programm zum Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen (*Covered Bond Purchase Programme 3 – CBPP3*) und dem Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities (*Asset-Backed Securities Purchase Programme – ABSPP*) zusammen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 11
Einlagen der Geschäftsbanken des Euro-Raums beim Eurosystem
2007 bis 2016; in Mrd. €



Eigene Berechnungen nach Angaben der EZB und der nationalen Notenbanken.

Liquiditätsausstattung des Bankensystems verbessert ...

Im Zuge der Ausweitung der Maßnahmen im Dezember 2015 hat die Liquiditätsausstattung des europäischen Bankensystems erneut zugenommen. Dies dürfte mit dem Ankauf von Wertpapieren im Rahmen des APP zusammenhängen. Wie angekündigt hat das Eurosystem monatlich Papiere im Volumen von rund 60 Mrd. € erworben. Seit März 2015, dem Beginn des PSPP, entfielen etwa 83% des Volumens auf dieses Programm, 15% auf forderungsbesicherte Wertpapiere und 2% auf gedeckte Schuldverschreibungen. Ende Februar belief sich das Volumen der im Rahmen des APP gehaltenen Papiere auf 772 Mrd. €.

Das Volumen der Haupt- und längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte veränderte sich dagegen in den vergangenen Monaten kaum. Im Durchschnitt der Mindestreserve-Erfüllungsperiode Dezember 2015/Januar 2016 betrug das durchschnittliche Volumen²³ der Hauptrefinanzierungsgeschäfte 72 Mrd. €, das der längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte 467 Mrd. €. Im Rahmen der im Juni 2014 angekündigten TLTRO wurden bis Ende Februar insgesamt 418 Mrd. € zugeteilt. Die Volumina des fünften und sechsten TLTRO, welche im September und Dezember 2015 zugeteilt wurden, lagen bei 16 Mrd. bzw. 18 Mrd. €.

23 Durchschnitt der wöchentlichen Ausweise in der Reserveperiode.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Die umfangreiche Bereitstellung von Liquidität schlägt sich in einer gestiegenen Überschussliquidität²⁴ nieder. In der Mindestreserveperiode Dezember 2015/Januar 2016 lag deren Volumen mit 640 Mrd. € etwa 135 Mrd. € über dem Durchschnitt der Mindestreserveperiode September/Oktober 2015. Dies deutet darauf hin, dass zumindest für das Bankensystem insgesamt die Liquiditätsausstattung nicht das vordringlichste Problem zu sein scheint. Allerdings zeigt eine differenziertere Betrachtung nach Ländern, dass die Liquidität immer noch sehr ungleich verteilt ist. So dürften die Geschäftsbanken der Krisenländer²⁵ kaum Überschussliquidität halten. Zumindest haben deren Einlagen beim Eurosystem (einschließlich der Mindestreserve) auch im Zuge des APP kaum zugenommen (Schaubild 11).

...schlägt sich
aber in steigender
Überschuss-
liquidität
nieder

Der Interbankengeldmarkt spielt bei der Liquiditätsallokation derzeit nur eine untergeordnete Rolle, vermutlich aufgrund der vorteilhaften Konditionen zur Refinanzierung bei der Zentralbank. So lag das umgeschlagene Volumen unbesicherten Tagesgelds im Februar im Durchschnitt bei nur 12 Mrd. €, im Vergleich zu 46 Mrd. € im Februar 2008. Trotz des geringen Volumens scheinen sich jedoch die geldpolitischen Impulse auf den Zins zu übertragen. So sank der Eonia (Zins für unbesichertes Tagesgeld) parallel zur Senkung der Einlagefazilität um 0,1%-Punkte. Der Zinsabstand zwischen der Verzinsung der Einlagefazilität und dem Eonia veränderte sich kaum und liegt bei etwa 6 Basispunkten (Schaubild 12).

Die Kreditkonditionen für den privaten Sektor haben sich in den vergangenen Monaten weiter verbessert. Wenngleich es bei der Kreditvergabe immer noch Unterschiede zwischen den Ländern geben dürfte, sind diese Unterschiede in den vergangenen Monaten wohl geringer geworden. Hierauf deuten zumindest Umfragen unter Kreditgebern und -nehmern hin. So gaben laut *Bank Lending Survey* der EZB die Banken im Euro-Raum per saldo zuletzt an, ihre Kreditvergabestandards für Wohnungsbau- und Unternehmenskredite gelockert zu haben.

Kredit-
konditionen
verbessern sich

Für den Jahresbeginn 2016 wurde eine weitere Lockerung der Vergabestandards für Kredite an den privaten Sektor erwartet. Als wichtigste Begründung hierfür wurde der Konkurrenzdruck im Finanzsektor genannt. Auch gaben die Banken an, dass die Programme des Eurosystems die Finanzierungskosten des privaten Sektors deutlich verbessert hätten. So wurden von den an den TLTRO teilnehmenden Banken im vierten Quartal 2015 die TLTRO als Begründung für eine Lockerung der Vergabestandards (insbesondere für Unternehmenskredite) und die Vergabe neuer Kredite angeführt.

²⁴ Volumen der Einlagefazilität zuzüglich Einlagen der Geschäftsbanken auf Girokonten beim Eurosystem abzüglich der Mindestreserve.

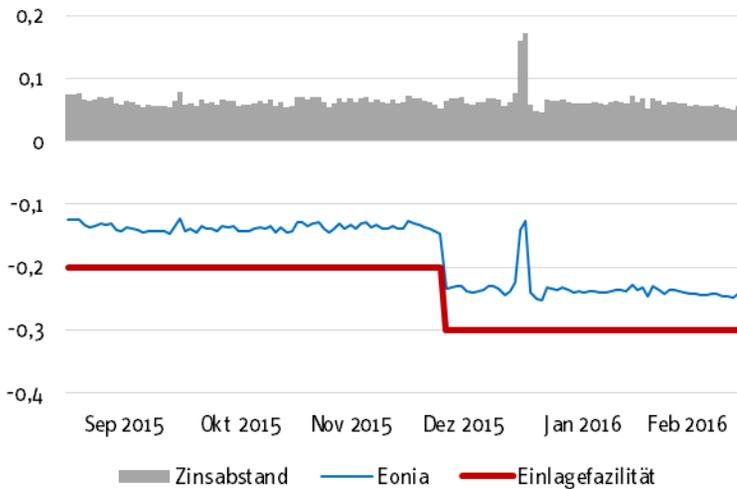
²⁵ Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 12

Geldmarkt- und Zentralbankzins im Euro-Raum

September 2015 bis Februar 2016; in % bzw. in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben der EZB.

Allerdings war die Zahl der an den TLTRO teilnehmenden Banken und das im Rahmen der letzten beiden Operationen zugeteilte Volumen mit insgesamt 34 Mrd. € eher gering. Im ersten Quartal 2016 berichteten die Banken außerdem, die zusätzliche Liquidität aufgrund des APP für die Kreditvergabe, insbesondere an Unternehmen, zu nutzen.

Neben einem erleichterten Zugang zu Krediten deuten die Umfragen auch auf eine gestiegene Kreditnachfrage von privaten Haushalten und Unternehmen hin. Auch wurde erwartet, dass die Nachfrage weiter zunehmen wird. Die Einschätzung der Banken deckt sich mit den Angaben von Unternehmen im Rahmen der SAFE-Umfrage. So gaben die Unternehmen im Herbst 2015 an, dass der Zugang zu Finanzierung ein nachrangiges Problem sei. Dementsprechend stieg der Anteil der Unternehmen, deren Kreditantrag vollständig bewilligt wurde, um 3%-Punkte auf 73%.

Diese Einschätzungen werden inzwischen auch im Kreditvolumen sichtbar. Das Volumen der an nichtfinanzielle Unternehmen vergebenen Kredite nimmt seit Mitte des vergangenen Jahres wieder zu, wenngleich ausgesprochen verhalten. Im Januar lag es, um Verkäufe und Verbriefungen bereinigt, um 0,6% über dem Vorjahreswert. Etwas stärker entwickelte sich das Volumen der Kredite an private Haushalte. Allerdings bestehen nach wie vor Unterschiede zwischen den Euro-Ländern. So gehen die

Kreditvolumen
nimmt nur
verhalten zu

6. Zur Wirtschaftspolitik

Kreditvolumina in den Krisenländern immer noch zurück, während sie im übrigen Euro-Raum zunehmen.

Bereits im Dezember 2015 hatte die EZB ihre geldpolitische Ausrichtung gelockert. Begründet hat sie die Ausweitung ihrer Maßnahmen mit der weiterhin geringen Inflation (EZB 2015). Sie knüpfte die Fortführung des APP an einen Anstieg der Inflation, womit sie die Verankerung der Inflationserwartungen sicherstellen möchte. Für die kurze Frist war ohnehin eine niedrige Inflation erwartet worden. Bei erneut gesunkenen Rohölpreisnotierungen wurden die Prognosen in der zweiten Jahreshälfte 2015 nach unten angepasst (Schaubild 13).

EZB reagiert auf Ölpreisbedingten Rückgang der Inflation ...

Welche geldpolitische Reaktion auf eine Veränderung der Inflation bzw. der Inflationserwartungen angemessen ist, hängt wesentlich davon ab, ob es sich um einen binnen- oder außenwirtschaftlichen bzw. einen transitorischen oder permanenten Schock handelt. Aktuell dürfte der Rückgang der Inflation maßgeblich auf einen Rückgang des Ölpreises, also einen Inflationssschock außenwirtschaftlichen Ursprungs, zurückzuführen sein. Wie lange der Ölpreisschock wirken wird, hängt im Wesentlichen von dessen Ursachen ab. Wie im internationalen Teil dieses Berichts ausgeführt, dürfte der Rückgang in der gegenwärtigen Situation sowohl auf angebotsseitige als auch auf nachfrageseitige Effekte zurückzuführen sein. Die massive Aufstockung der Ölreserven spricht jedoch für einen auf absehbare Zeit niedrigen Rohölpreis. Deshalb gehen wir in dieser Prognose von realer Konstanz des Ölpreises, d.h. einem permanenten Preiseffekt, aus. Bei einem permanenten Ölpreisschock sollte die Geldpolitik jedoch nur dann auf einen Rückgang der Inflation reagieren, wenn der Ölpreis sich über Zweitrundeneffekte auch in den binnenwirtschaftlichen Preisauftrieb übersetzt (Tober und Zimmermann 2009).²⁶

Die Signale, in welchem Maß sich ein Rückgang des Rohölpreises in den allgemeinen Preisauftrieb übersetzt, sind jedoch widersprüchlich. So lag die Kerninflation im Januar bei nur noch 0,7%, was für einen aktuell auch nur sehr geringen binnenwirtschaftlich determinierten Preisauftrieb spricht. Die aus Finanzmarktdaten abgeleiteten mittelfristigen Inflationserwartungen liegen deutlich unterhalb der von der EZB angestrebten Marke von knapp unter aber nahe bei zwei Prozent. Die erwartete Inflation in fünf Jahren betrug zuletzt nur noch 0,9%.²⁷ Die aus Umfragen gewonnenen

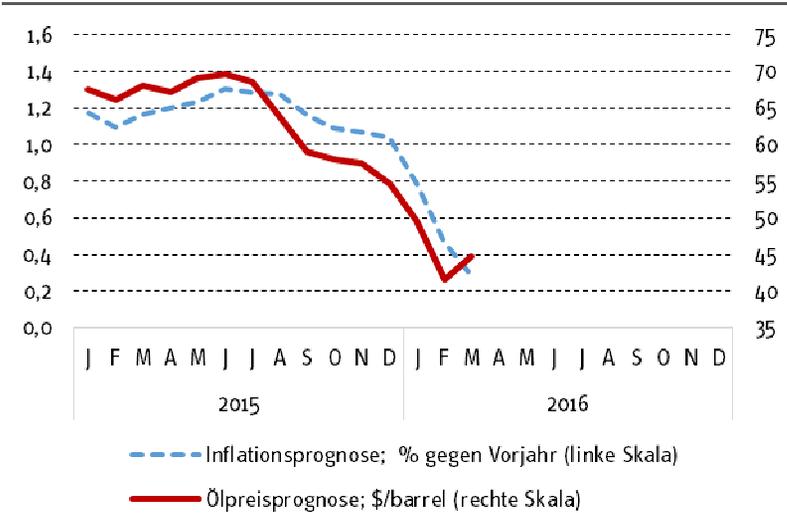
... aber auch Kerninflation ist gering

²⁶ Eine weitere Begründung für eine geldpolitische Reaktion wäre ein vom Ölpreis abhängiges Produktionspotenzial.

²⁷ Badel und McGillicuddy (2015) zeigen, dass es in den vergangenen Jahren eine Korrelation zwischen Ölpreisen und der mittelfristigen Inflationserwartung zu geben scheint, was den Informationsgehalt der aus Finanzmarktdaten gewonnenen Inflationserwartungen in Frage stellt.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 13
Prognose der Inflation 2016 im Euro-Raum und Ölpreisprognose¹
 2015 bis 2016



Nach Angaben von Consensus Economics. – Ölpreis in 12 Monaten.

Inflationserwartungen deuten hingegen auf weiterhin verankerte Inflationserwartungen hin. So erwarteten die am SPF teilnehmenden Institute im ersten Quartal 2016 eine durchschnittliche Rate von 1,8% für 2020.

Geldpolitische
 Impulse
 konjunkturell
 angemessen ...

Vor dem Hintergrund immer noch deutlich unterausgelasteter Kapazitäten, in etwa stagnierender Verbraucherpreise und Inflationserwartungen, die unter dem Zielwert der EZB liegen, stellt sich die Frage, ob die Geldpolitik in der aktuellen Situation weitere Impulse setzen sollte. Gegeben diese Ausgangssituation spräche eigentlich wenig gegen solche Maßnahmen, stünde derzeit die konventionelle Zinspolitik als Mittel zur Verfügung. Bei Zinsen an der Nullzinsschranke muss eine Zentralbank jedoch auf unkonventionelle Maßnahmen zurückgreifen. Die EZB hat sich dabei für den Kauf von Anleihen, im Wesentlichen von in Euro begebenen Anleihen des öffentlichen Sektors entschieden. Allerdings ist der Erwerb von Staatsanleihen im Euro-Raum mit besonderen Risiken verbunden.

... aber
 unkonventionelle
 Maßnahmen
 bleiben riskant

Anders als z.B. in den USA oder Großbritannien gibt es im Euro-Raum keine vom Euro-Raum als Ganzes begebenen Anleihen. Deshalb behilft sich das Eurosystem beim Anleihekauf mit dem Kauf nationaler Anleihen, verteilt nach dem Anteil der einzelnen Länder am Kapital der EZB. Die durchschnittliche Qualität dieser Anleihen dürfte jedoch unter der durchschnittlichen Qualität der Aktivseite des Eurosystems

6. Zur Wirtschaftspolitik

liegen, wodurch das Programm neben dem Element der quantitativen auch Elemente der qualitativen Lockerung enthält. Aufgrund des geplanten Volumens der Anleihekäufe dürften diese zudem bei gegebener Ausgestaltung des Programms bei einzelnen Ländern an die vom Eurosystem gesteckten Obergrenzen stoßen.²⁸ Auch deshalb dürfte die Ausweitung des APP auf 80 Mrd. € im März mit der Ausweitung der Anleihekäufe auf Unternehmensanleihen im Rahmen des CSPP einhergegangen sein.

Neben den potenziellen Risiken, welche sich das Eurosystem durch die Wertpapierkäufe in die Bilanz lädt, sind die Wirksamkeit und die Kanäle in der Literatur umstritten. Die Wirksamkeit wird im Wesentlichen durch zwei Kanäle erklärt. Zum einen über die Beeinflussung von Erwartungen, zum anderen über eine Beeinflussung des Portfolios des privaten Sektors. Die empirische Literatur kommt bisher zu keiner eindeutigen Einschätzung der Wirksamkeit von Wertpapierkäufen.²⁹

Wirksamkeit
der Ankauf-
programme
umstritten

Eine zumindest aus theoretischer Sicht gangbare Alternative zur impliziten Erwartungslenkung mittels Wertpapierkäufen ist die explizite Erwartungslenkung durch das Versprechen, die Geldpolitik über einen längeren Zeitraum, als es bei diskretionären Entscheidungen optimal wäre, expansiv zu gestalten, wie Eggertsson (2003) diskutiert. Eine temporäre Regelbindung wie die Konditionierung der Zinsetzung auf die Arbeitslosenquote, bis diese einen Schwellenwert unterschreitet, wie dies bspw. die FED angekündigt hat, erscheint eine mögliche Alternative zum Ankauf von Wertpapieren, welche mit erheblich weniger Risiken verbunden ist. Für den Prognosezeitraum erwarten wir jedoch, dass die EZB ihre eingeschlagene Strategie fortführen wird. Die im März angekündigten Maßnahmen werden wie angekündigt durchgeführt, die Leitzinsen auf dem aktuellen Niveau belassen werden.

6.2 Budgetäre Handlungsspielräume sind geringer als es scheint

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum aufgrund der diskretionären Maßnahmen, insbesondere aber der erheblichen Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration, expansiv ausgerichtet. Gleichwohl wird das gesamtstaatliche Budget im Prognosezeitraum einen Überschuss aufweisen. Dass die Finanzlage günstig bleibt, resultiert zum Teil aus den infolge der guten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage kräftig sprudelnden Steuer- und Beitragseinnahmen. Sie ist aber auch Sonderfaktoren zu verdanken. Zum einen führt das historisch niedrige Zinsniveau (Schaubild 14) zu erheblichen Einsparungen beim Schuldendienst. Zum anderen

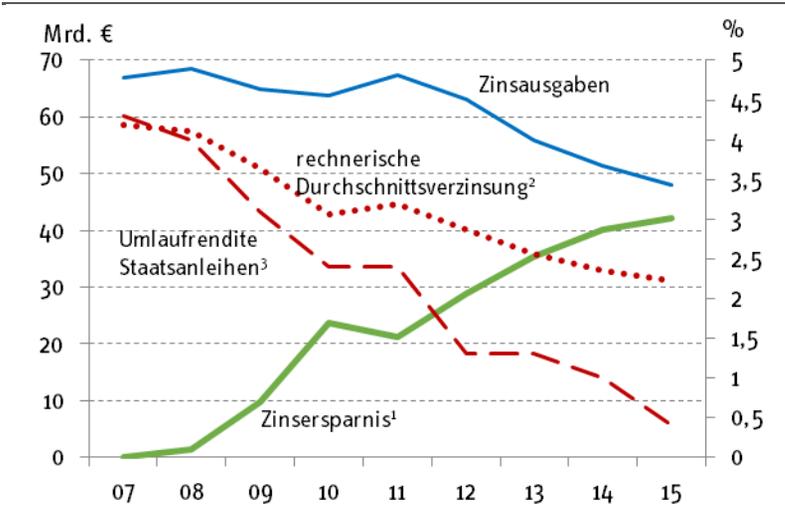
Staatshaushalt
profitiert von
niedrigen
Zinsen ...

²⁸ Vgl. Claeys et al. (2015) für eine Analyse vor Ausweitung des Programms auf Anleihen regionaler und lokaler Gebietskörperschaften und auf eine Obergrenze von 33% des Anleihevolumens.

²⁹ Vgl. Döhrn et al. (2015), Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2015: 28-31).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 14
Zinsentwicklung und Zinsausgaben des Staates
 2007 bis 2015



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von Feri. In der Abgrenzung der VGR. - ¹Zinsausgaben im Vergleich zu hypothetischen Ausgaben unter Zugrundelegung der Verzinsung von 2007. - ²Zinsausgaben in Relation zur Staatsverschuldung. - ³Staatsanleihen mit durchschnittlicher Fälligkeit.

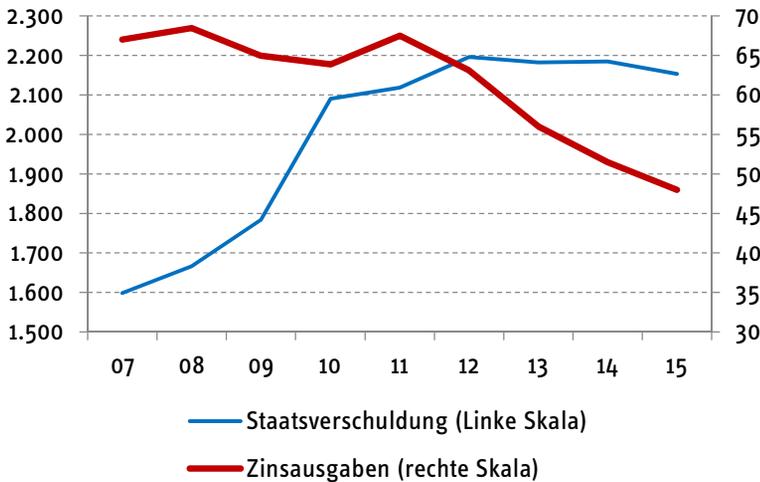
profitiert der Staat von einem demografischen Zwischenhoch: So erreichen gegenwärtig die geburtenschwachen Nachkriegsjahrgänge das Rentenalter, so dass der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung vorübergehend leicht zunimmt. Dies entlastet die Rentenversicherung merklich. Da beides nur vorübergehende Effekte sind, sind die budgetären Handlungsspielräume keineswegs so groß, wie es angesichts des trotz erheblicher Belastungen durch die Flüchtlingsmigration voraussichtlich weiter überschüssigen Staatshaushaltes scheint.

...und
 demografischem
 Zwischenhoch

Der deutliche Rückgang des Zinsniveaus ermöglichte den öffentlichen Haushalten spürbare Ersparnisse bei der Refinanzierung auslaufender Kredite. Die rechnerische Durchschnittsverzinsung der Staatsverschuldung ist in den vergangenen acht Jahren von 4,2 auf 2,2% gesunken (Schaubild 14). Während der Staat im Jahr 2007 bei einer gegenüber 2015 um 555 Mrd. € geringeren Staatsverschuldung (Schaubild 15) 67 Mrd. € für den Schuldendienst aufbringen musste, beliefen sich seine Zinsausgaben im vergangenen Jahr lediglich auf 48 Mrd. €. Hätte das Zinsniveau im Jahr 2015 noch dem des Jahres 2007 entsprochen, hätte er bei gegebener Staatsverschuldung

6. Zur Wirtschaftspolitik

Schaubild 15
Zinsausgaben und Schuldenstand des Staates
2007 bis 2015; in Mrd. €



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. In der Abgrenzung der VGR.

rund 90 Mrd. € für den Schuldendienst aufbringen müssen; seine Zinsersparnis im vergangenen Jahr belief sich mithin auf 42 Mrd. €; über den Zeitraum 2008 bis 2015 kumuliert wurden reichlich 200 Mrd. € weniger für den Schuldendienst ausgegeben.

Der kräftige Rückgang der Kapitalmarktzinsen wird auch in der mittelfristigen Finanzplanung sichtbar. Dort wurden die veranschlagten Zinsausgaben in den vergangenen Jahren wiederholt nach unten revidiert. So hatte der Bund in der mittelfristigen Finanzplanung für 2011 bis 2015 für das Jahr 2015 (Finanzbericht 2012) noch mit Zinsausgaben von 49 Mrd. € kalkuliert; tatsächlich musste er für den Schuldendienst nur 21,1 Mrd. € aufbringen (Tabelle 13); die Minderausgaben von knapp 28 Mrd. € entsprechen immerhin rund 0,9% des BIP. Die Planungen für 2016 wurden von anfänglich 41,1 Mrd. € auf 23,8 Mrd. € revidiert, und aufgrund des aktuellen Zinsentscheids der EZB dürften die Ausgaben noch geringer ausfallen. Spürbare Einsparungen bei den Zinsausgaben konnten auch die Länder und die Gemeinden erzielen.

Zinsersparnis sollte nicht als strukturelle Verbesserung gewertet werden

Bei der Berechnung des Einflusses der Konjunktur auf die Staatsfinanzen werden nach dem EU-Verfahren (Girouard und André 2005; Mourre et al. 2013; Mourre et al. 2014) die finanziellen Folgen rückläufiger Kapitalmarktzinsen als strukturelle Verbesserung interpretiert. Diese Verbesserungen dürfen aber nicht als budgetärer

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 13

Zinsausgaben des Bundes laut mittelfristiger Finanzplanung

2010 bis 2019; in Mrd. €

Finanzbericht \ Jahr	Jahr										
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	
Zinsausgaben nach Finanzplanung											
2009	43,4	44,7	47,1								
2010	39,3	41,3	46,7	52,0							
2011	36,8	36,0	36,4	40,5	48,0						
2012		35,3	38,4	42,3	46,0	49,0					
2013			34,2	31,7	34,4	37,4	41,1				
2014				31,6	29,0	31,3	32,5	34,1			
2015					27,6	27,0	30,0	31,7	34,3		
2016					9	23,1	23,8	22,4	25,5	27,1	
Ist	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,1					
Zinsersparnis gegenüber der Finanzplanung											
2009	10,3	11,9	16,6								
2010	6,2	8,5	16,2	20,7							
2011		3,2	5,9	9,2	22,1						
2012			7,9	11,0	20,1	27,9					

Nach Angaben der Finanzberichte 2009 bis 2016 und eigene Berechnungen.

Handlungsspielräume interpretiert werden. Vielmehr muss – soll eine Tragfähigkeit-sillusion vermieden werden – davon ausgegangen werden, dass das aus der sehr expansiven Geldpolitik der EZB und dem *Safe Haven*-Effekt deutscher Staatsanleihen resultierende niedrige Zinsniveau nicht dauerhaft ist. Spätestens wenn die Geldpolitik ihren Kurs strafft und sich die Lage im Euro-Raum normalisiert, ist mit steigenden Kapitalmarktzinsen zu rechnen. Der deutsche Fiskus wird dann bei der Emission von Schuldtiteln wieder höhere Renditen bieten müssen, was in den Planungen im Grundsatz bereits angelegt ist. Ein steigendes Zinsniveau führt zwar erst zeitverzögert zu höheren Zinsausgaben, da niedrig verzinsten Staatsanleihen erst nach und nach durch höher verzinsten ersetzt werden. Eine um einen Prozentpunkt höhere Durchschnittsverzinsung führt zu um reichlich 21 Mrd. € höheren Zinsausgaben. Das Zinsänderungsrisiko zeigt, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen trotz der für den Prognosezeitraum erwarteten geringen Haushaltsüberschüsse keineswegs abgeschlossen ist, zumal die Staatsschuldenquote in 2017 mit 66% über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 60% liegen dürfte.

Konsolidierung
des Staats-
haushalts
keineswegs
abgeschlossen

6. Zur Wirtschaftspolitik

Schaubild 16
Bevölkerungsanteil der 20 bis 64-jährigen
1970 bis 2040; in %



Nach Angaben der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Variante 1.

Mit Blick auf die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen sind auch die Folgen der Alterung der Bevölkerung und des zu erwartenden Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials für das Wachstum und die Staatsfinanzen zu bedenken. In den vergangenen Jahren profitierte die Rentenversicherung von einem demografischen Zwischenhoch, was daran festzumachen ist, dass der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter an der Bevölkerung vorübergehend leicht stieg. Dieses Zwischenhoch geht aber bereits im Prognosezeitraum zu Ende; insbesondere ab 2020 wird der Anteil der 20- und 65-jährigen an der Bevölkerung deutlich sinken und der Anteil der über 65-jährigen kräftig zunehmen (Schaubild 16).

Die damit einhergehende Minderung des Erwerbspersonenpotenzials dämpft zum einen die Wachstumsperspektiven und schmälert mithin die künftige Bemessungsgrundlage für Steuern und Abgaben. Gleichzeitig führt der demografische Wandel zu einem starken Anstieg des Altersquotienten³⁰, was im Bereich der sozialen Sicherung

Zu erwartender Anstieg des Altersquotienten ...

³⁰ Relation zwischen den Personen im Ruhestandsalter und den Personen im Erwerbsalter.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

mit einem deutlichen Anstieg der altersabhängigen Ausgaben einhergeht³¹ und steigende Sozialabgaben nach sich zieht.³² Mithin muss eine sich stetig verringernde Zahl von Erwerbstätigen für eine stetig steigende Zahl von Rentnern die Sicherung im Alter gewährleisten. Insofern war es kurzsichtig – geblendet durch die damals gute Finanzlage der Rentenversicherung – neue Transfers wie die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente ab 63 zu beschließen, die über den Rentenversicherungsbeitrag finanziert werden.³³

Die momentane Flüchtlingsmigration dürfte die aus dem tiefgreifenden demografischen Wandel resultierenden Probleme zwar mildern, sie beseitigt sie aber nicht. Ohnehin sind die Wirkungen der Migration auf den Staatshaushalt offen. Zwar erhöht sie tendenziell das Produktionspotenzial und damit auch die Staatseinnahmen, sie ist aber zumindest kurzfristig mit erheblichen Mehrausgaben verbunden, da die Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt nur schleppend verlaufen dürfte (vgl. Kasten 2), so dass die in den vergangenen Jahren rückläufige Arbeitslosigkeit nicht mehr sinkt, sondern merklich steigt. Die Chancen, die aus der Flüchtlingsmigration mittel- und langfristig resultieren, hängen davon ab, ob es gelingt, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies lässt sich derzeit mangels verlässlicher Aussagen zur Qualifikation der Migranten und zu deren Integrationsbereitschaft nur schwer abschätzen.

Angesichts dieser Herausforderungen erscheint es ratsam, den Konsolidierungsprozess fortzusetzen und die Staatsschuldenquote unter die 60%-Grenze zu senken, bevor die Kapitalmarktzinsen steigen und die ungünstige demografische Grundtendenz wieder zur Geltung kommt. Aufgrund der schwachen Entwicklung der Weltwirtschaft dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion in diesem Jahr zwar vorübergehend leicht abschwächen, fiskalpolitische Stimuli sind aus konjunkturpolitischen Gründen allerdings nicht erforderlich, da die Produktionskapazitäten annähernd normal ausgelastet sind. Um die qualitative Konsolidierung voranzubringen sollte man – wie von uns wiederholt empfohlen (vgl. z.B. Döhrn et al. 2013: 93f) – für einen effizienten Einsatz staatlicher Mittel sorgen und die bei Subventionen oder Steuervergünstigungen bestehenden Einsparpotenziale ausschöpfen, zumal dies die Wachs-

31 Zu den Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die sich durch den demografischen Wandel ergeben vgl. BMF (2016).

32 Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales geht im Rentenversicherungsbericht davon aus, dass sich der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 2020 auf 18,7% beläuft und er dann schrittweise über 20,4% im Jahr 2025 auf 21,5% im Jahr 2029 steigen wird (BMAS 2015).

33 Zu den gesamt- und finanzwirtschaftlichen Wirkungen des Rentenpakets vgl. Döhrn et al. (2014: 72f und 84f).

6. Zur Wirtschaftspolitik

tumskräfte stärken dürfte. Bei Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ist derzeit allerdings nicht erkennbar, dass Vorschläge für Kürzungen aufgegriffen werden, sondern es werden im Gegenteil neue Subventionen diskutiert, etwa zur Förderung der Elektromobilität.

Literatur

- Aussiloux, V. und B. Le Hir (2016), *The Economic Cost of Rolling Back Schengen*. Policy Brief, France Stratégie, Paris.
- BA - Bundesagentur für Arbeit (2016), Hintergrundinformation - Auswirkungen der Rente ab 63 Jahren nach langjährigen Beitragszeiten auf den Arbeitsmarkt, Berichtsmonat Dezember 2015, Nürnberg.
- Badel, A. und J. McGillicuddy (2015), Oil Prices and Inflation Expectations: Is there a Link? Federal Reserve Bank of St. Louis, *Regional Economist*: Juli 2015.
- Barabas, G., H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2016), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2020. In diesem Heft.
- Bauer, T. K. (2015), Schnelle Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern - Was ist zu tun? *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 64 (3): 305-313.
- BMAS - Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2015), Rentenversicherungsbericht 2015. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2015/rentenversicherungsbericht-2015.pdf?__blob=publicationFile&v=3. Download am 15.03.2016.
- BMF - Bundesministerium der Finanzen (2016), Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Tragfaehige_Staatsfinzen/2016-02-17-4-tragfaehigkeitsbericht-anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=4. Download am 15.03.2016.
- BMWi - Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016): Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern - Die Chancen des digitalen Wandels nutzen. Berlin, BMWI.
- Brücker, H., A. Hauptmann und E. Vallizadeh (2015), Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. Aktuelle Berichte 8/2015. Nürnberg, IAB.
- Burt, M., (2009), Tighter Border Security and Its Effect on Canadian Exports, *Canadian Public Policy - Analyse de Politiques* 35 (2): 149-169.
- Claeys, G., Á. Leandro und A. Mandra (2015), European Central Bank Quantitative Easing: The De-tailed Manual. Bruegel Policy Contribution 2015/02. Büssel, Bruegel.
- DAMF Consultants Inc. und L-P Tardif & Associates Inc. (2005), The Cumulative Impact of U.S. Import Compliance Programs at the Canada/U.S. Land Border on the Canadian Trucking Industry. Transport Canada, Montréal.
- Davis, D and T. Gift (2014), The Positive Effects of the Schengen Agreement on European Trade. *World Economy* 2014: 1541-1557.
- Destatis (2016), Deutlicher Bevölkerungsanstieg im Jahr 2015 auf mindestens 81,9 Millionen. Pressemitteilung Nr. 032 vom 29.01.2016, https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/01/PD16_032_12411.html. Download am 15.03.2016.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

- Deutsche Bundesbank (2016), Öffentliche Finanzen. *Monatsbericht* 68 (2): 60-75.
- Deutscher Bundestag (2015), Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 18/7248. Berlin.
- Deutsches Patent- und Markenamt (2016), Neue Rekordzahlen bei deutschen Marken und Patenten - starke Nachfrage nach Patenten aus Japan und nach eingetragenen Designs aus China. Pressemitteilung vom 2. März 2016. <http://presse.dpma.de/presseservice/pressemitteilungen/aktuellepressemittelungen/02032016/index.html> Download am 15.03.2016.
- Döhrn, R., T. Middendorf und T. Schmidt (2007), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Zur Unsicherheit der vorliegenden Prognose. *RWI Konjunkturberichte* 58 (1): 27-72.
- Döhrn, R., T. Kitlinski, T. Schmidt und S. Vosen (2010), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion gewinnt nur langsam an Fahrt. *RWI Konjunkturberichte* 61 (1): 37-96.
- Döhrn, R., P. an de Meulen, G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen und L. Zimmermann (2011), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Zunehmende Risiken für die Konjunktur. *RWI Konjunkturbericht* 62 (2): 41-88.
- Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, S. Vosen und L. Zwick (2013a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort. *RWI Konjunkturberichte* 64 (1): 41-100.
- Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, S. Vosen und L. Zwick (2013b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Binnennachfrage trägt Aufschwung. *RWI Konjunkturberichte* 64 (3): 41-105.
- Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2014), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung bleibt moderat. *RWI Konjunkturberichte* 65 (1): 37-94.
- Döhrn, R., G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin, T. Schmidt und L. Zwick (2015), Binnenwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich fort. *RWI Konjunkturberichte* 66 (4): 5-21.
- Döhrn, R. und P. an de Meulen (2015), Weather, the Forgotten Factor in Business Cycle Analyses. *Ruhr Economic Papers* 539, RWI Essen.
- Eggertson, G. B. (2003), How to Fight Deflation in a Liquidity Trap: Committing to Being Irresponsible. IMF Working Paper 03/64. Washington D.C, IMF.
- Ernst & Whinney (1988), The "Cost of Non-Europe": Border related Controls and Administrative Formalities. And: An Illustration in the Road Haulage sector. European Commission: Research on the "Cost of Non-Europe" – Basic Findings 4. Brüssel, EU.
- EZB – Europäische Zentralbank (2015), Economic Bulletin Dezember 2015, Frankfurt, EZB.
- Fox, A.K., J. Francois und P. Londoño-Kent (2003), Measuring Border Crossing Costs and their Impact on Trade Flows: The United States-Mexican Trucking Case. Presented at the 6th Annual Conference on Global Economic Analysis, Den Haag.
- GD – Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2015), Kräftiger Aufschwung dank günstigem Öl und schwachem Euro, Zu den Staatsanleihekäufen der Europäischen Zentralbank und ihren voraussichtlichen Wirkungen. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2015, München.
- Girouard, N. und C. André (2005), Measuring Cyclically-adjusted Budget Balances for OECD Countries. OECD Economics Department Working Papers, No. 434. Paris, OECD.
- HDR - Decision Economics (2010), Economic Impacts of Wait Times at the California – Mexico Border. Silver Spring.

6. Zur Wirtschaftspolitik

- Heilemann, U. und H. J. Münch (1999), Classification of West German Business Cycles 1955-1994. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219: 632-656.
- Hummel, C. und M. Thöne (2016), Finanzierung der Flüchtlingspolitik: Für eine ausgewogene Finanzierung der Flüchtlingsleistungen bei Bund, Ländern und Kommunen. Studie für die Robert Bosch Stiftung, Köln.
- Kitlinski, T. und P. an de Meulen (2015), The Role of Targeted Predictors for Nowcasting GDP with Bridge Models: Application to the Euro Area. *Ruhr Economic Papers* 559, Essen, RWI.
- an de Meulen, P. (2015), Das RWI-Kurzfristprognosemodell. *RWI Konjunkturberichte* 66 (2): 25-46.
- Mourre, G., G. Isbasoiu, D. Paternoster und M. Salto (2013), The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update. *Economic Papers* 478. Brüssel, EU.
- Mourre, G., C. Astarita und S. Princen (2014), Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU methodology. *Economic Papers* 536. Brüssel, EU.
- Prognos (2016), Kurzstudie: Abkehr vom Schengen-Abkommen, Gesamtwirtschaftliche Wirkungen auf Deutschland und die Länder der Europäischen Union. München.
- Roberts, B., N. Heatwole, D. Wei, M. Avetisyan, O. Chan, A. Rose und I. Maya (2013), The Impact on the US Economy of Changes in Wait Times at Ports of Entry. Report to U.S. Customs and Border Protection, National Center for Risk and Economic Analysis of Terrorism Events, University of Southern California, Los Angeles.
- Statistisches Bundesamt (2016), Staat erzielt Überschuss von 19 Milliarden Euro im Jahr 2015. Pressemitteilung 057/16 vom 23. Februar 2016.
- Tober, S. und T. Zimmermann (2009), Monetary Policy and Commodity Price Shocks. *Intereconomics* 44 (4): Seiten 231 - 237.
- Walkenhorst, P. und T. Yasui (2003), Quantitative assessment of the benefits of trade facilitation. TD/TC/WP (2003)31/FINAL, OECD, Paris.
- Worbs, S. und E. Bund (2016), Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland: Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarkteteiligung und Zukunftsorientierungen. BAMF-Kurzanalyse 1/2016. Nürnberg, BAMF.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Anhang

Hauptaggregate der Sektoren

2015; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 722,7	1 830,9	294,2	597,5	-
2 - Abschreibungen	531,2	304,2	67,2	159,7	-
3 = Nettowertschöpfung	2 191,5	1 526,7	227,0	437,8	- 236,1
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 540,3	1 097,3	230,7	212,3	13,0
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	21,4	12,8	0,1	8,6	-
6 + Empf. s. Subventionen	24,2	22,5	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	654,0	439,2	- 3,6	218,4	- 249,1
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 543,1	-	-	1 543,1	10,2
9 - Gel. Subventionen	26,8	-	26,8	-	4,7
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	326,5	-	326,5	-	5,4
11 - Gel. Vermögenseinkommen	724,8	645,9	48,5	30,4	179,7
12 + Empf. Vermögenseinkommen	788,3	379,5	23,3	385,5	116,2
13 = Primäreinkommen	2 560,3	172,9	270,9	2 116,6	- 301,7
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	354,8	73,1	-	281,7	10,0
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	364,3	-	364,3	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	621,8	-	-	621,8	3,4
17 + Empf. Sozialbeiträge	622,6	120,7	501,2	0,8	2,6
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	531,3	61,2	469,3	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	523,9	-	-	523,9	7,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	291,7	153,4	65,1	73,2	49,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	250,0	137,2	19,0	93,8	91,4
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 521,6	143,0	621,0	1 757,7	- 263,0
23 - Konsumausgaben	2 220,1	-	586,7	1 633,4	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 50,5	-	50,5	-
25 = Sparen	301,6	92,5	34,3	174,8	- 263,0
26 - Gel. Vermögenstransfers	40,6	2,7	30,0	7,9	3,8
27 + Empf. Vermögenstransfers	36,3	17,0	11,9	7,4	8,1
28 - Bruttoinvestitionen	569,7	315,8	65,9	188,0	-
29 + Abschreibungen	531,2	304,2	67,2	159,7	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,1	- 1,1	- 2,0	1,0	2,1
31 = Finanzierungssaldo	260,8	96,3	19,4	145,1	- 260,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 521,6	143,0	621,0	1 757,7	- 263,0
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	-382,7	382,7	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 521,6	143,0	238,2	2 140,4	- 263,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Hauptaggregate der Sektoren

2016; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 813,7	1 891,4	302,5	619,7	-
2 - Abschreibungen	544,6	311,3	69,1	164,2	-
3 = Nettowertschöpfung	2 269,1	1 580,1	233,4	455,6	- 232,6
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 599,5	1 139,9	237,9	221,7	13,6
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	21,2	12,4	0,1	8,7	-
6 + Empf. s. Subventionen	24,9	23,2	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	673,4	451,1	- 4,3	226,6	- 246,3
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 602,5	-	-	1 602,5	10,6
9 - Gel. Subventionen	27,5	-	27,5	-	4,7
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	334,5	-	334,5	-	5,4
11 - Gel. Vermögenseinkommen	723,8	647,9	46,3	29,7	181,5
12 + Empf. Vermögenseinkommen	788,3	385,8	22,3	380,2	117,0
13 = Primäreinkommen	2 647,4	189,0	278,7	2 179,7	- 299,4
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	359,6	70,9	-	288,6	10,0
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	369,1	-	369,1	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	644,6	-	-	644,6	3,5
17 + Empf. Sozialbeiträge	645,4	123,0	521,6	0,8	2,7
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	553,6	62,9	490,0	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	546,7	-	-	546,7	7,4
20 - Gel. s. lauf. Transfers	295,4	155,7	65,1	74,6	50,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	253,3	142,1	18,9	92,3	92,8
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 608,7	164,6	633,3	1 810,8	- 260,7
23 - Konsumausgaben	2 295,0	-	614,2	1 680,7	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 51,2	-	51,2	-
25 = Sparen	313,7	113,4	19,1	181,2	- 260,7
26 - Gel. Vermögenstransfers	40,3	2,7	29,5	8,1	3,8
27 + Empf. Vermögenstransfers	37,2	18,5	11,3	7,4	6,8
28 - Bruttoinvestitionen	597,6	333,7	68,0	195,9	-
29 + Abschreibungen	544,6	311,3	69,1	164,2	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,1	-	- 1,4	- 0,7	2,1
31 = Finanzierungssaldo	259,8	106,8	3,5	149,5	- 259,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 608,7	164,6	633,3	1 810,8	- 260,7
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	-403,4	403,4	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 608,7	164,6	230,0	2 214,2	- 260,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Hauptaggregate der Sektoren

2017; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 901,4	1 949,6	311,5	640,3	-
2 - Abschreibungen	561,0	319,7	71,6	169,8	-
3 = Nettowertschöpfung	2 340,4	1 629,9	239,9	470,5	- 234,6
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 657,5	1 183,1	245,1	229,2	14,2
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	21,7	12,7	0,1	8,9	-
6 + Empf. s. Subventionen	25,7	24,0	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	686,9	458,1	- 5,1	233,8	- 248,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 660,7	-	-	1 660,7	11,0
9 - Gel. Subventionen	28,3	-	28,3	-	4,7
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	342,8	-	342,8	-	5,4
11 - Gel. Vermögenseinkommen	721,6	646,9	45,1	29,7	186,0
12 + Empf. Vermögenseinkommen	788,3	387,0	22,9	378,5	119,3
13 = Primäreinkommen	2 728,7	198,2	287,2	2 243,3	- 303,8
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	382,8	79,2	-	303,6	10,0
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	392,3	-	392,3	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	669,5	-	-	669,5	3,6
17 + Empf. Sozialbeiträge	670,2	125,1	544,3	0,8	2,8
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	578,6	66,1	511,7	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	571,5	-	-	571,5	7,6
20 - Gel. s. lauf. Transfers	302,8	158,0	68,6	76,1	51,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	260,3	145,7	19,2	95,3	94,2
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 689,4	165,7	662,8	1 860,9	- 264,5
23 - Konsumausgaben	2 368,8	-	641,9	1 726,9	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 51,8	-	51,8	-
25 = Sparen	320,6	113,9	20,8	185,8	- 264,5
26 - Gel. Vermögenstransfers	40,8	2,7	30,0	8,1	3,8
27 + Empf. Vermögenstransfers	37,8	19,6	10,8	7,4	6,8
28 - Bruttoinvestitionen	617,1	344,7	70,4	202,0	-
29 + Abschreibungen	561,0	319,7	71,6	169,8	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,1	-	- 5,2	3,1	2,1
31 = Finanzierungssaldo	263,6	105,8	7,9	149,8	- 263,6
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 689,4	165,7	662,8	1 860,9	- 264,5
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	- 425,9	425,9	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 689,4	165,7	236,8	2 286,8	- 264,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,8	1,0	0,8	1,1	0,9	0,8	0,7
Arbeitsvolumen	1,1	1,1	0,7	1,6	0,7	0,8	0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,3	0,1	0,0	0,4	- 0,2	0,1	- 0,2
Produktivität ¹	0,6	0,3	0,9	0,2	0,3	0,7	1,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,7	1,4	1,6	1,7	1,0	1,6	1,6

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 220,1	2 295,0	2 368,8	1 117,4	1 177,6	1 154,4	1 214,4
Private Haushalte ²	1 633,4	1 680,7	1 726,9	819,7	861,0	843,5	883,4
Staat	586,7	614,2	641,9	297,7	316,5	310,9	331,0
Anlageinvestitionen	606,2	634,3	658,6	304,8	329,4	316,0	342,6
Ausrüstungen	200,1	207,7	214,7	98,7	109,0	102,3	112,4
Bauten	297,7	313,3	325,7	151,0	162,3	156,1	169,5
Sonstige Anlageinvestitionen	108,5	113,3	118,2	55,1	58,1	57,6	60,6
Vorratsveränderung ³	- 36,5	- 36,7	- 41,5	- 5,4	- 31,3	- 7,4	- 34,1
Inländische Verwendung	2 789,8	2 892,5	2 985,9	1 416,8	1 475,7	1 463,0	1 522,9
Außenbeitrag	236,1	232,6	234,6	120,3	112,4	121,4	113,2
Nachrichtl: in Relation zum BIP in %	7,8	7,4	7,3	7,8	7,1	7,7	6,9
Exporte	1 419,6	1 433,4	1 498,8	705,5	727,9	737,6	761,2
Importe	1 183,5	1 200,8	1 264,2	585,3	615,5	616,1	648,0
Bruttoinlandsprodukt	3 025,9	3 125,2	3 220,6	1 537,1	1 588,1	1 584,5	1 636,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,0	3,4	3,2	3,4	3,3	3,3	3,1
Private Haushalte ²	2,6	2,9	2,7	2,9	2,9	2,9	2,6
Staat	4,0	4,7	4,5	4,9	4,5	4,4	4,6
Anlageinvestitionen	3,6	4,6	3,8	5,3	4,0	3,7	4,0
Ausrüstungen	5,4	3,8	3,4	4,7	3,0	3,7	3,1
Bauten	2,0	5,3	3,9	6,0	4,5	3,4	4,5
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,4	4,4	4,5	4,3	4,4	4,3
Inländische Verwendung	2,6	3,7	3,2	3,9	3,5	3,3	3,2
Exporte	6,5	1,0	4,6	1,0	0,9	4,5	4,6
Importe	4,1	1,5	5,3	1,1	1,8	5,3	5,3
Bruttoinlandsprodukt	3,8	3,3	3,1	3,7	2,9	3,1	3,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 061,6	2 105,7	2 140,1	1 032,6	1 073,1	1 049,9	1 090,1
Private Haushalte ²	1 532,5	1 563,6	1 586,2	765,0	798,6	776,7	809,4
Staat	529,1	541,9	553,6	267,4	274,5	273,0	280,6
Anlageinvestitionen	558,4	576,0	588,9	277,2	298,8	283,0	305,9
Ausrüstungen	195,9	202,3	207,9	95,6	106,7	98,5	109,3
Bauten	263,3	272,0	277,0	131,8	140,2	133,5	143,5
Sonstige Anlageinvestitionen	99,6	102,1	104,5	49,9	52,2	51,1	53,5
Inländische Verwendung	2 586,4	2 648,1	2 691,6	1 307,8	1 340,3	1 329,4	1 362,2
Exporte	1 350,9	1 371,7	1 427,4	675,4	696,3	703,7	723,7
Importe	1 153,6	1 199,1	1 255,7	584,6	614,5	613,1	642,6
Bruttoinlandsprodukt	2 782,6	2 820,9	2 865,2	1 398,4	1 422,5	1 420,3	1 444,9

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,1	2,1	1,6	2,3	1,9	1,7	1,6
Private Haushalte ²	1,9	2,0	1,4	2,2	1,8	1,5	1,4
Staat	2,4	2,4	2,2	2,6	2,2	2,1	2,2
Anlageinvestitionen	2,2	3,1	2,2	3,9	2,4	2,1	2,4
Ausrüstungen	4,8	3,3	2,8	4,1	2,5	3,1	2,5
Bauten	0,3	3,3	1,8	4,4	2,3	1,3	2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	2,5	2,4	2,6	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,4	1,6	2,7	2,0	1,6	1,6
Exporte	5,4	1,5	4,1	1,7	1,4	4,2	3,9
Importe	5,8	3,9	4,7	4,0	3,9	4,9	4,6
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,4	1,6	1,7	1,0	1,6	1,6

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,6	0,8	1,3	0,6	1,0	1,3	1,2
Konsumausgaben des Staates	1,6	2,2	2,3	2,3	2,2	2,3	2,3
Anlageinvestitionen	1,4	1,4	1,6	1,3	1,5	1,5	1,6
Ausrüstungen	0,6	0,5	0,6	0,6	0,5	0,6	0,6
Bauten	1,7	1,9	2,1	1,6	2,1	2,1	2,1
Exporte	1,0	-0,6	0,5	-0,6	-0,5	0,3	0,6
Importe	-1,6	-2,4	0,5	-2,8	-2,0	0,4	0,7
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,9	1,5	1,9	1,9	1,5	1,4

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 116,6	2 179,7	2 243,3	1 070,1	1 109,6	1 100,9	1 142,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	280,4	289,7	300,3	140,5	149,2	145,4	154,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 262,7	1 312,8	1 360,4	626,7	686,1	648,6	711,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	573,5	577,2	582,6	302,9	274,3	307,0	275,7
Primäreinkommen der übr. Sektoren	443,8	467,7	485,4	218,2	249,5	227,7	257,7
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 560,3	2 647,4	2 728,7	1 288,4	1 359,1	1 328,6	1 400,1
Abschreibungen	531,2	544,6	561,0	270,4	274,2	278,5	282,6
Bruttonationaleinkommen	3 091,5	3 192,0	3 289,7	1 558,8	1 633,2	1 607,1	1 682,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 260,6	2 340,4	2 414,2	1 137,5	1 202,9	1 174,1	1 240,2
Unternehmens- und Vermögenseink.	717,5	737,9	753,6	370,3	367,6	380,1	373,5
Arbeitnehmerentgelt	1 543,1	1 602,5	1 660,7	767,2	835,3	794,0	866,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,0	3,0	2,9	2,9	3,1	2,9	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	3,3	3,7	3,5	3,1	3,5	3,8
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,0	3,6	4,2	3,7	3,5	3,7
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,9	2,6	2,6	2,7	2,5	2,4	2,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,7	0,7	0,9	-0,1	1,5	1,3	0,5
Primäreinkommen der übr. Sektoren	8,3	5,4	3,8	9,1	2,3	4,3	3,3
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3,9	3,4	3,1	3,9	3,0	3,1	3,0
Abschreibungen	2,6	2,5	3,0	2,3	2,8	3,0	3,1
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,3	3,1	3,6	2,9	3,1	3,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,9	3,5	3,2	4,0	3,1	3,2	3,1
Unternehmens- und Vermögenseink.	3,9	2,8	2,1	3,7	2,0	2,6	1,6
Arbeitnehmerentgelt	3,9	3,8	3,6	4,1	3,6	3,5	3,8

nach: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 263,4	1 315,6	1 362,8	634,3	681,3	657,3	705,5
Nettolöhne und -gehälter	838,4	871,1	897,0	411,8	459,4	423,1	473,8
Monetäre Sozialleistungen	523,9	546,7	571,5	273,3	273,4	286,9	284,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	98,9	102,2	105,6	50,7	51,5	52,7	52,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	573,5	577,2	582,6	302,9	274,3	307,0	275,7
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 79,2	- 82,0	- 84,5	- 39,9	- 42,0	- 40,1	- 44,4
Verfügbares Einkommen	1 757,7	1 810,8	1 860,9	897,3	913,5	924,2	936,7
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	50,5	51,2	51,8	25,6	25,6	25,5	26,3
Konsumausgaben	1 633,4	1 680,7	1 726,9	819,7	861,0	843,5	883,4
Sparen	174,8	181,2	185,8	103,2	78,1	106,2	79,6
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,7	9,7	11,2	8,3	11,2	8,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,7	4,1	3,6	4,5	3,7	3,6	3,6
Nettolöhne und -gehälter	3,7	3,9	3,0	4,4	3,5	2,8	3,1
Monetäre Sozialleistungen	3,6	4,3	4,5	4,5	4,2	5,0	4,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,3	3,3	3,3	2,7	3,9	4,0	2,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,7	0,7	0,9	- 0,1	1,5	1,3	0,5
Verfügbares Einkommen	2,8	3,0	2,8	3,0	3,1	3,0	2,5
Konsumausgaben	2,6	2,9	2,7	2,9	2,9	2,9	2,6
Sparen	4,3	3,7	2,5	3,5	3,8	3,0	1,9

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	690,9	703,6	735,2	350,5	353,1	365,7	369,5
Nettosozialbeiträge	501,2	521,6	544,3	253,0	268,6	263,7	280,6
Vermögenseinkommen	23,3	22,3	22,9	12,3	10,0	12,8	10,0
Sonstige Transfers	19,0	18,9	19,2	8,9	10,0	9,0	10,2
Vermögenstransfers	11,9	11,3	10,8	4,9	6,4	4,6	6,1
Verkäufe	103,5	105,4	107,4	49,6	55,9	50,5	56,9
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 350,0	1 383,5	1 440,0	679,3	704,2	706,4	733,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	396,1	417,2	437,9	200,1	217,1	210,2	227,7
Arbeitnehmerentgelt	230,7	237,9	245,1	114,2	123,7	117,8	127,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	48,5	46,3	45,1	23,3	22,9	22,6	22,5
Subventionen	26,8	27,5	28,3	13,5	14,0	13,9	14,4
Monetäre Sozialleistungen	469,3	490,0	511,7	243,4	246,5	255,4	256,3
Sonstige laufende Transfers	65,1	65,1	68,6	37,4	27,6	39,2	29,4
Vermögenstransfers	30,0	29,5	30,0	12,1	17,3	12,4	17,6
Bruttoinvestitionen	65,9	68,0	70,4	28,9	39,1	29,9	40,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögengsgütern	- 2,0	- 1,4	- 5,2	- 0,7	- 0,8	- 4,4	- 0,8
Insgesamt	1 330,6	1 379,9	1 432,0	672,4	707,5	697,0	735,1
Finanzierungssaldo	19,4	3,5	7,9	6,9	- 3,3	9,5	- 1,5

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

nach: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,7	1,9	4,5	2,0	1,7	4,3	4,6
Nettosozialbeiträge	4,0	4,1	4,3	4,2	4,0	4,2	4,5
Vermögenseinkommen	- 6,8	- 4,2	2,5	- 7,6	0,4	4,3	0,3
Sonstige Transfers	- 0,5	- 0,6	1,9	- 1,0	- 0,3	1,8	1,9
Vermögenstransfers	- 2,5	- 4,5	- 5,0	- 5,2	- 4,0	- 5,9	- 4,3
Verkäufe	2,0	1,8	1,9	1,8	1,9	1,8	1,9
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,9	2,5	4,1	2,5	2,5	4,0	4,2
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,6	5,3	5,0	5,6	5,1	5,1	4,9
Arbeitnehmerentgelt	2,7	3,1	3,0	3,1	3,1	3,1	3,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 5,7	- 4,7	- 2,6	- 4,7	- 4,7	- 3,2	- 2,0
Subventionen	5,2	2,7	2,9	2,5	2,9	3,0	2,8
Monetäre Sozialleistungen	4,1	4,4	4,4	3,9	4,9	4,9	4,0
Sonstige laufende Transfers	5,7	- 0,1	5,5	0,9	- 1,5	4,8	6,5
Vermögenstransfers	- 16,4	- 2,0	1,9	1,9	- 4,4	2,5	1,6
Bruttoinvestitionen	4,2	3,2	3,6	3,5	3,0	3,4	3,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,1	3,7	3,8	3,8	3,7	3,7	3,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.